

# **Beschlussbuch der Juso Landeskonferenz 2014**



**11. und 12. Oktober in Limbach**



2 **Progressive Kräfte im Mittleren Osten unterstützen**

3

4 **Geschichtlicher Hintergrund**

5 Der erste Weltkrieg hatte für das osmanische Reich tiefgreifende Folgen.  
6 1916 rief der Emir von Mekka, Husain Ibn Ali, sich zum König von Arabien  
7 aus. Nach Ende des ersten Weltkriegs erkannten die Siegermächte  
8 Frankreich und Großbritannien diesen als König eines Teils des heutigen  
9 Saudi-Arabiens an. Der übrige Teil des osmanischen Reichs wurde durch  
10 das Sykes-Picot-Abkommen in Interessenssphären aufgeteilt. Dabei wurde  
11 unter anderem Großbritannien das Gebiet des heutigen Iraks sowie das  
12 Völkerbundmandat für Palästina zugesprochen, welches Teile des heutigen  
13 Syriens, Palästina, Israel und Jordanien umfasste, während Frankreich das  
14 Gebiet des restlichen Teils Syrien sowie den Libanon zugesprochen wurde.  
15 Der Teil des osmanischen Reichs, der das heutige Gebiet der Türkei  
16 umfasste, wurde weitestgehend zerstückelt. Unter anderem wurden Teile  
17 des Gebietes Italien, Griechenland, Frankreich und Armenien  
18 zugesprochen.

1

19 Ab Mai 1919 organisierte Mustafa Kemal Pascha (später bekannt als  
20 Atatürk) den politischen und militärischen Widerstand gegen diese Pläne.  
21 In Folge dessen fanden Kriege insbesondere mit Griechenland statt.  
22 Im Vertrag von Lausanne wurden am 24. Juli 1923 die vorherigen  
23 Bestimmungen revidiert. Mit dem Vertrag wurden die bis heute gültigen  
24 Grenzen des neuen Staates der Türkei völkerrechtlich anerkannt. Die  
25 wechselseitige Vertreibung der in den Staatsgebieten lebenden  
26 Minderheiten wurde mit diesem Vertrag ebenfalls legalisiert.  
27 Die übrigen im Vertrag von Versailles festgelegten Grenzen blieben intakt.  
28 Insbesondere die kurdische Bevölkerung bekam kein eigenes Staatsgebiet  
29 und wurde in der Folge als Minderheit sowohl in der Türkei, als auch in  
30 Syrien, im Iran und im Irak diskriminiert und unterdrückt. Diese Verfolgung  
31 und Unterdrückung erklärt sich aus den Beweggründen des türkischen  
32 Staates die kurdische Bevölkerung mit Gewalt zu „assimilieren“.  
33 Die Grundlage dieser Beweggründe bildet das Staatsverständnis des  
34 Begründers der Türkei, welches „innerhalb der eigenen Grenzen eine  
35 einzige türkische Nation zu schaffen“ vorsieht,  
36 Geschichte der PKK  
37 Mitte der 1970er legte die kurdische Linke ihren Schwerpunkt insbesondere  
38 auf die Bekämpfung der Unterentwicklung jener Regionen, die  
39 hauptsächlich von Kurdinnen und Kurden bewohnt wurden. Als Folge  
40 dessen wurde die Entscheidung getroffen, dass eine Vertretung innerhalb  
41 der türkischen Linken nicht ausreichen kann, um die Benachteiligung der

1 kurdisch dominierten Regionen aufzuheben. 1973 gründeten sich daraufhin  
2 die „*Kürdistan Devrimcileri*“ (Kurdistan Revolutionäre). Aus dieser  
3 politischen Bewegung ging am 27. November 1978 unter der Leitung von  
4 Abdullah Öcalan die PKK hervor.

5 Die PKK sah eine doppelte Unterdrückung der Kurd\_innen auf zwei Ebenen.  
6 Auf der einen Ebene wurde eine Unterdrückung der Demokratie aufgrund  
7 der feudalen innerkurdischen Strukturen festgestellt (untere Ebene). Als  
8 andere Ebene der Unterdrückung wurde eine nationale Unterdrückung  
9 durch den türkischen Staat und die ihn unterstützenden imperialistischen  
10 Mächte festgestellt (obere Ebene).

11 Das Hauptanliegen der PKK bestand darin, gegen die nationale  
12 Unterdrückung durch den türkischen Staat und den ihn unterstützende  
13 imperialistischen Mächte vorzugehen. Daher auch die Unterteilung  
14 zwischen oberer und unterer Ebene. Nur durch das Bekämpfen der  
15 Unterdrückung auf der oberen Ebene sah die PKK die Möglichkeit, weitere  
16 Konflikte auf der unteren Ebene (innerhalb der innerkurdischen  
17 Strukturen) zu vermeiden und zu bewältigen. Die Begründung für dieses  
18 Vorgehen (den sozialen Kampf der Arbeiter\_innen- und Bauernklasse dem  
19 nationalen Kampf unterzuordnen) lag in der Analyse, dass der nationale  
20 Kampf den Hauptwiderspruch darstelle. Solange dieser Hauptwiderspruch  
21 nicht gelöst würde, könne kein weiterer gesellschaftlicher Widerspruch  
22 gelöst werden.

23 Der erste Schritt, den die PKK hier als Rebellion gegen die bestehenden,  
24 nationalen Kräfte wagte, war, eine Widerstandsbewegung gegen die  
25 herrschenden Kurdenführer\_innen und Landbesitzer\_innen zu organisieren.  
26 Anlass für den entscheidenden Widerstand gegen die kurdische

27 Feudalherrschaft waren Auseinandersetzungen im Jahre 1979 zwischen  
28 zwei verschiedenen kurdischen Stämmen in der Region Siverek- Hilvan, bei  
29 denen die PKK den von den kurdischen Landbesitzenden enteigneten  
30 Bauer\_innen beistand, um gegen ihre Feind\_innen vorzugehen. Diese und  
31 weitere Aktionen der PKK sorgten für immer mehr Massenverhaftungen von  
32 PKK-Mitgliedern durch die kurdischen Feudalherren. Der Militärputsch,  
33 welcher im darauffolgenden Jahr durch den türkischen Generalstabchef  
34 Kenan Evren erfolgte, sollte die politische Stabilität in der Türkei  
35 wiederherstellen und faschistische sowie kommunistische Gruppen  
36 ausschalten. Hierunter fiel unter anderem die PKK, die sich mit ihren  
37 Streiks gegen die Unterdrückung von Seiten der türkischen Regierung  
38 wandte. Der Putschist Kenan Evren verbot daraufhin alle politischen  
39 Parteien und setzte eine eigenständig organisierte Militärregierung ein.  
40 Dem folgten zahlreiche Repressionen des Militärs gegen die PKK, die sich  
41 schließlich unter der Führung Öcalans mit vielen weiteren politischen  
42 Gruppen ins Exil begab.

43 Nach der Inhaftierung Öcalans fanden zahlreiche Kongresse der PKK statt,  
44 auf denen über eine Lösung für die Unterdrückung der Kurd\_innen im  
45 türkischen Gebiet offen diskutiert wurde.

46

#### 47 **Geschichte der Peschmerga**

48 In den Medien wird aktuell häufig von „den Peschmerga“ als militärischer  
49 Arm der organisierten kurdischen Bevölkerung im Nordirak berichtet. Diese  
50 sind nach der überwiegenden Meinung in deutschen Leitmedien die  
51 kurdische Gruppe, die den stärksten Widerstand gegen IS leistet. Ihr wird  
52 unter anderem die Rettung der jesidischen Bevölkerung zugeschrieben.

1 Ebenfalls wird diese Gruppe von Seiten der Bundesrepublik Deutschland  
2 mit Waffenlieferungen unterstützt. Die Peschmerga sind aber keine  
3 homogene Gruppe mit einheitlicher Führung, wie es derzeit in der  
4 öffentlichen Debatte oft angenommen bzw. suggeriert wird. Um die Ziele  
5 und Motive der in den deutschen Leitmedien als „Peschmerga“  
6 bezeichneten Gruppe zu verstehen, muss eine differenzierte Betrachtung  
7 erfolgen.

8 Peschmerga bedeutet „die dem Tod ins Auge sehen.“ Der Name stammt  
9 von dem Mitbegründer der Kurdisch Demokratischen Partei (KDP), Ibrahim  
10 Ahmed, er wird mittlerweile jedoch unter anderem von und für die  
11 Streitkräfte der Patriotischen Union Kurdistan (PUK) verwendet, eine  
12 früher der PKK nahestehende und mittlerweile sozialdemokratische  
13 Organisation. Vorläufer dieser Gruppierung reichen zurück bis ins  
14 Osmanische Reich.

15 Die Peschmerga sind, im Gegensatz zur paramilitärischen YPG (Einheiten  
16 der PKK), die offizielle Armee der irakischen Kurden (bzw. der Regierung  
17 der Autonomen Region Kurdistan). Seit 1996 kämpfen bei den Peschmerga  
18 auch Frauen. Ihre Einheit hat etwa 100 Kämpferinnen. Sie wurde  
19 gegründet, um das Regime Saddam Hussein zu stürzen.

20 Nach dem Sturz Saddam Husseins erlangte die kurdische Bevölkerung im  
21 Nordirak immer mehr Autonomie.

22 Die aktuellen Waffenlieferungen werden aus rechtlichen Gründen an die  
23 irakische Regierung in Bagdad getätigt, von wo aus sie an die kurdische  
24 Regierung unter Barzani geliefert werden und erst dann an die  
25 Kämpfenden. Aufgrund der korrupten Regierung im Irak und den Vorwürfen  
26 gegen Barzani gibt es sowohl von Peschmerga, als auch von den

27 Jesid\_innen die Forderung, die Waffen direkt an die Kämpfenden vor Ort  
28 zu liefern. Dadurch soll verhindert werden, dass diese unterwegs verloren  
29 gehen. Ob diese Waffen jedoch Zielführend sind ist fraglich, da die  
30 Peschmerga-Einheiten im Krieg gegen die IS-Kämpfer bereits früh die  
31 Flucht ergriffen haben.

32

### 33 **Neupositionierung der PKK**

34 Im Jahr 2005 kam es mit der Veröffentlichung eines 50 seitigen Dokuments  
35 zu einer Neuausrichtung der PKK. Zunächst wird der Nationalstaat als  
36 solcher einer radikalen Kritik unterzogen. So wird der Nationalismus als  
37 neue Religion bezeichnet, oder um es an Marx angelehnt zu beschreiben:  
38 Nationalismus als neues Opium fürs Volk.

39 Die notwendigerweise dazugehörige Bürokratie Sorge zum einen für den  
40 reibungslosen Ablauf des gesellschaftlichen Lebens vor allem aber dafür,  
41 dass „die Profite für die wichtigsten Wirtschaftsakteure gesichert werden,  
42 sowohl im realsozialistischen als auch im unternehmerfreundlichen  
43 Nationalstaat.“ Die Diversität der Ideen, Vorstellungen und Religionen der  
44 verschiedenen Bevölkerungsgruppen werde bekämpft, es werde auf eine  
45 jeweilige nationale Variante abgezielt, um das Einheitsgefühl zu stärken.

46 Weiter wird der Staat ganz im Sinne von Marx nicht als eine Institution  
47 gesehen, die sich um das Wohlergehen aller Bürger\_innen kümmere,  
48 sondern als diejenige, die dafür Sorge, dass die bestehenden  
49 Eigentumsverhältnisse aufrechterhalten werden.

50 Sozialsysteme seien kein Widerspruch dazu, sie stellten zwar  
51 natürlicherweise eine Verbesserung dar, die aber vor allem die

1 Bevölkerung ruhig stellen sollte um gesellschaftliche Konflikte abzumildern  
2 und Widersprüche zu verschleiern.  
3 Weiter werden der Sexismus und das Patriarchat kritisiert. Als zwar nicht  
4 ursprünglich kapitalistisches bzw. nationalistisches Gedankengut würde es  
5 dennoch genutzt und aufrechterhalten.  
6 So sei die Arbeit der Frau in kapitalistischen Gesellschaften entweder  
7 weniger wert, oder sie habe die Gebärmaschine der Männernation zu sein.  
8 „Sie [die Frau] ist ein Werkzeug zum Erhalt von Männermacht und kann im  
9 besten Fall zu einem Accessoire der patriarchalen Männergesellschaft  
10 werden.“  
11 Aus dieser, hier sehr kurz dargestellten Analyse, ergibt sich die  
12 Schlussfolgerung, dass die PKK sich von dem Gedanken der nationalen  
13 Befreiung losgesagt hat. Aus diesem Gedanken ist vielmehr die Forderung  
14 nach einer konföderalen Demokratie (Demokratischer Konföderalismus)  
15 unabhängig von Nationalstaaten geworden. Was darunter zu verstehen ist  
16 soll im Folgenden skizziert werden.  
17 Wie der Name schon sagt ist es ein stark föderales System, welches jedoch  
18 von unten nach oben aufgebaut ist. Es ist explizit nicht zentralistisch  
19 angelegt. Die Gesellschaft wird im Gegensatz zum Nationalstaat („die  
20 Deutschen“) nicht als ein einziger homogener Block begriffen, sondern als  
21 bunt gemischt und aus vielen Teilen bestehend. Die Keimzelle dieser  
22 Gesellschaft wird in jedem einzelnen Mitglied gesehen, welches sich  
23 situationsbedingt in Gruppen organisiert. Dies geschieht auf verschiedenen  
24 Ebenen von lokal bis global, ohne, dass festgelegt wäre wo, wie groß und  
25 auf welcher Ebene. Der Zusammenschluss mehrerer Räte, z.B. Dörfer, wird  
26 als Konföderation bezeichnet. Diese ist jedoch im Gegensatz zum aktuellen

27 Föderalismus nach unten weisungsgebunden. Es ist die Entscheidung von  
28 Gruppen, ob sie weitere Ebenen und Strukturen benötigen und bilden, bzw  
29 ob sie sich überhaupt an diesen beteiligen. Sämtliche Lebensbereiche  
30 werden der Selbstverwaltung übergeben, Staatsgrenzen spielen keine Rolle  
31 mehr. Der demokratische Konföderalismus stellt eine permanente soziale  
32 Revolution dar. Dies bedeutet nicht den gewaltsamen Sturz der Regierung  
33 und das Einsetzen einer neuen, sondern viel mehr das überflüssig machen  
34 staatlicher Strukturen. Die Verteidigung der selbstverwalteten Strukturen  
35 beruht auf der politischen Bildung der Bevölkerung sowie der  
36 Selbsterfahrung von Vorteilen der Selbstorganisation. Militärische  
37 Strukturen werden in der Übergangsphase und solange Nationalstaaten  
38 existieren, als notwendig angesehen. Sie sollen sich, falls notwendig und  
39 soweit die Bevölkerung dies wünscht, zu föderalen Strukturen  
40 zusammenschließen, um wenn nötig, handlungsfähig zu sein. Der  
41 demokratische Konföderalismus beruht darauf, jedem\_jeder einzelnen die  
42 Entscheidungsgewalt in die Hand zu geben, um damit Machtstrukturen  
43 nicht zu ersetzen, sondern abzuschaffen. Politik wird somit zum  
44 Lebensalltag eines\_einer jeden, woraus eine umfassende Politisierung und  
45 Demokratisierung erfolgt. Diese Form der Organisation wird, im Gegensatz  
46 zum Parlamentarismus umso stärker, je mehr Menschen sich beteiligen.  
47 Da die PKK keinen unabhängigen Staat Kurdistan mehr einrichten will und  
48 die mit Abstand fortschrittlichste Kraft im Nahen und Mittleren Osten ist,  
49 fordern wir, die PKK EU-weit von den Terrorlisten zu streichen.

## 51 **Situation heute**

### 52 **Heutiger Irak**

1 Aktuell sind die verschiedenen kurdischen Gruppierungen wiederholt  
2 medial präsent.  
3 Spätestens mit der faktischen Auflösung der irakischen Armee beim ersten  
4 Kontakt mit IS, wurde das endgültige Versagen der sogenannten „Koalition  
5 der Willigen“ im Irak publik. Die imperialistischen Bestrebungen des  
6 Westens sind somit vorläufig gescheitert. Einzig kurdische  
7 Widerstandsgruppen leisten im Nordirak Widerstand gegen den radikal-  
8 islamistischen IS.  
9 Dabei kommt ein Teil der Widerstandskämpfer\_innen von verschiedenen  
10 Peschmerga-Gruppierungen, der größte Teil des Widerstandes wird aber  
11 von der paramilitärischen Einheit YPG der PKK geleistet. Der PKK ist es  
12 dabei insbesondere zu verdanken, dass ein Großteil der jesidischen  
13 Flüchtlinge aus dem Sindschengebirge fliehen konnte, während die  
14 Peschmerga-Gruppierungen an den Befreiungsaktionen nicht beteiligt  
15 waren. Diese hatten sich aus dem umkämpften Gebiet bereits strategisch  
16 zurückgezogen, sodass die humanitäre Notlage der Jesid\_innen erst  
17 entstehen konnte.  
18 Dennoch sind es Peschmerga und insbesondere der KDP-Vorsitzende  
19 Barzani, die als primäre Ansprechpartner\_innen für sämtliche  
20 Diplomat\_innen aus NATO-Staaten fungieren. Eine der Hauptbedingungen  
21 der Bundesregierung, zur Genehmigung von Waffenlieferungen an die  
22 Peschmerga war dabei dass die PKK keine dieser Waffen erhält.  
23 Barzani ist alles andere als ein Friedensheld und dürfte als Stabilitätsanker  
24 des Westens wohl in eine Kategorie mit Saddam Hussein und Bashir al  
25 Assad fallen. Neben immer wieder aufkommenden Korruptionsvorwürfen  
26 steht er insbesondere deswegen in der Kritik, weil er ein Bündnis mit dem

27 türkischen Staat und dessen ehemaligem Ministerpräsidenten Erdogan  
28 eingegangen ist.  
29 Bestandteil der kurdischen Regierung ist das Ministerium der Peschmerga,  
30 welches unter der Regierung der Autonomen Region Kurdistan fungiert.  
31 Unter dem Druck des IS entschloss sich die PUK, den ihr nahestehenden  
32 Teil der Peschmerga dem Oberbefehl dieses Ministeriums zu unterstellen.  
33 Die PKK hat indes zu keinem Zeitpunkt Waffenlieferungen gefordert und  
34 lehnt diese ab, man konnte sich wohl vorstellen, wer diese bekommen  
35 würde. Die von der PKK geforderte Unterstützung im Konflikt zielt  
36 ausschließlich auf den humanitären Bereich ab: So fordert die PKK die  
37 Einrichtung von Flüchtlingslagern durch das UNHCR (United Nation High  
38 Commissioner for Refugees).

39

#### 40 **Wir fordern deshalb:**

- 41 • Erfüllung der PKK-Forderung nach der Einrichtung von
- 42 Flüchtlingslagern
- 43 • darüber hinausgehende humanitäre Hilfe im Nordirak
- 44 •

45

#### 46 **Heutige Türkei**

47 Die Türkei spielt im Irakkonflikt eine doppelte Rolle: Als NATO-  
48 Mitgliedsstaat ist sie ein wertvolles Transitland für NATO-Truppen und  
49 ermöglicht insbesondere den USA dadurch Luftangriffe auf IS-Stellungen.  
50 Gleichzeitig wurden jedoch verwundete Kämpfende und Offiziere von IS in  
51 türkischen Krankenhäusern versorgt. Auch wenn die Versorgung  
52 verwundeter Menschen unter dem hippokratischen Eid zu erbringen ist

1 stellt sich dennoch die Frage der Behandlung der IS-Kämpfer\_innen nach  
2 ihrem Aufenthalt in türkischen Krankenhäusern. Sollte (und dazu liegen bis  
3 jetzt keine Informationen vor) es so sein, dass sie danach nicht in  
4 Gefangenschaft genommen, sondern für weitere Kämpfe zum IS  
5 zurückkehren wäre dies nicht akzeptabel und würde die Doppelrolle der  
6 Türkei in diesem Konflikt offenlegen. Zudem dient die Türkei als  
7 Transitland für illegale Waffenlieferungen. Polizist\_innen, die an der  
8 türkischen Grenze illegale Waffentransporte an den IS gestoppt haben,  
9 wurden in der Folge strafversetzt. Darüber hinaus unterstützt die Türkei  
10 durch Ölkäufe den IS massiv finanziell, in der Vergangenheit wurde der IS  
11 wiederholt direkt finanziert.

12 Zudem werden zwischenzeitlich die Grenzen für Kriegsflüchtlinge aus dem  
13 Nordirak und Syrien wiederholt abgeriegelt, insbesondere kurdische  
14 Minderheiten haben somit keine Möglichkeit vor dem IS zu fliehen. Die  
15 Grenzen wurden erst zeitweise geöffnet, als sich die Flüchtlingssituation  
16 unhaltbare Ausmaße annahm.

17

18 **Wir fordern daher**

19 - ein Handelsembargo auf Ebene der Vereinten Nationen, damit der IS kein  
20 Öl mehr verkaufen kann

21 - Druck auf die Türkei dahingehend auszuüben, Flüchtlinge über die  
22 Grenze zu lassen

23 - Aufnahme und Versorgung von Kriegsflüchtlingen in die EU

24

25 Rojava (nördliches Syrien)

26 Im Rahmen des syrischen Bürgerkriegs musste Bashar-al-Assad sich auf die  
27 Verteidigung seiner Kerngebiete konzentrieren. Die erste größere Region,  
28 aus der sämtliche staatlich Beschäftigte und sämtliche  
29 Staatsadministration abgezogen wurden, waren die nordsyrischen Kantone  
30 Efrin, Cizire und Kobane. In diesen Kantonen leben hauptsächlich  
31 Kurd\_innen, stärkste Partei ist die der PKK nahestehende Partya Yekitiya  
32 Demokrat (PYD). Nach Rückzug des organisierten Staates wurde in diesem  
33 Rojava (Westkurdistan) genannten Teil ein dem demokratischen  
34 Konföderalismus ähnliches System aufgebaut.

35 So verwalten sich die drei Kantone autark. An der jeweiligen  
36 Übergangsverwaltung sind neben der PYD sämtliche Minderheiten in Rojava  
37 beteiligt. Ziel ist es, die multiethnische und multireligiöse Situation in  
38 Nordsyrien widerzuspiegeln. Teil dessen ist eine flächendeckende  
39 Frauenquote von 40 % in der Verwaltung, darüber hinaus besteht jedes  
40 Ressort aus je einem\_einer kurdischen, arabischen und christlich-  
41 assyrischen Minister\_in.

42 In Rojava finden auch viele vom IS verfolgte Minderheiten Zuflucht, doch  
43 mittlerweile kommt die Selbstverwaltung in Rojava immer stärker an ihre  
44 Grenzen.

45 Ein weiteres großes Problem Rojavas sind die abgeriegelten Grenzen zur  
46 Türkei. Hilfskonvois unterliegen einem sehr strengen und komplexen  
47 Prozedere, der Gouverneur und das Innenministerium der Türkei stoppen  
48 dabei ohne Angabe von Gründen willkürlich Konvois.

49 Da darüber hinaus die Rojava versorgenden Kraftwerke mittlerweile vom IS  
50 kontrolliert werden und dementsprechend sämtlicher Strom abgeschaltet  
51 wurde, kann auch die Wasserversorgung in Rojava nur noch über Brunnen

1 erfolgen. Die humanitäre Notlage in der Region ist massiv, dennoch werden  
2 vor dem IS fliehende Menschen weiterhin aufgenommen. Die Versorgung  
3 der Menschen erfolgt in erster Linie über geheime Zugangswege durch die  
4 PKK.

5 Die PKK ist somit ist die einzige nennenswerte Organisation, die die  
6 Menschen in Rojava unterstützt. Sie hat in den letzten Tagen angefangen  
7 sämtliche kampffähigen Einheiten nach Rojava zu schmuggeln und trainiert  
8 Menschen aus Rojava in Trainingslagern in der Grenzregion der Türkei.  
9 Auch die Autonomieregion im Nordirak hat ihre Grenzen zu Rojava  
10 geschlossen und leistet keine humanitäre Hilfe. Medizinische Versorgung  
11 ist somit nahezu unmöglich.

12

13 **Dementsprechend fordern wir:**

14

- 15 • die Lieferung medizinischer Güter durch die UN
- 16 • Einrichtung von Flüchtlingslagern an der türkischen Grenze durch  
17 das UNHCR

18

19

20 Situation in der Bundesrepublik Deutschland

21 Die Bundesregierung hat bereits Waffenlieferungen an die Peschmerga-  
22 Kämpfer\_innen beschlossen. Aufgrund der vorangegangenen Analyse halten  
23 wir diese Entscheidung für falsch. Nicht nur, dass die Waffen wohl nur  
24 teilweise die Kämpfer\_innen der Peschmerga erreichen werden - auch die  
25 Tatsache, dass die Peschmerga aufgrund ihres Verhaltens wohl kaum die

26 richtigen Ansprechpartner\_innen sind lassen uns an der Richtigkeit dieser  
27 Entscheidung zweifeln.

28 Waren es doch die schlechter ausgestatteten Verbände der PKK und der  
29 YPG, kurdische Kämpfer aus Syrien, die den Korridor zur Rettung der  
30 Jesid\_innen freikämpften und ihnen Schutz boten.

31 An diese Gruppen schloss die Bundeskanzlerin und ihr Kabinett  
32 Waffenlieferungen jedoch bereits aus.

33

34 Neben den grundsätzlichen Problemen mit Waffenlieferungen, sollten wir  
35 uns dennoch ansehen, welches Material den kurdischen Kämpfenden  
36 nützen könnte. Waffenlieferungen sind dabei kein „Wünsch dir was“. Es  
37 darf nur das Material geliefert werden, dass tatsächlich notwendig ist um  
38 strategische Ziele zu erreichen. Und das Ziel ist es, den Vormarsch der ISIS  
39 in das Kurdische Siedlungsgebiet hinein zu stoppen.

40

41 Wozu man sich offenbar im Verteidigungsministerium durchringen kann, ist  
42 die Lieferung von Raketenwerfern des Typs „Milan“. Dieses System  
43 verschießt panzerbrechende Raketen, die aus einer Distanz von 2000  
44 Metern ein gepanzertes Fahrzeug zerstören können. Anders als bei  
45 Gewehren ist „Munition“ für den Milan-Raketenwerfer nicht einfach zu  
46 beschaffen. Wenn die mitgelieferten Raketen verschossen sind, ist der  
47 Raketenwerfer nutzlos. Insofern geht die Kontrolle über das Waffensystem  
48 nicht gänzlich verloren, auch wenn die Raketen quasi über einen  
49 unbegrenzten Zeitraum hinweg gelagert werden können.

50 Was nicht weggedacht werden darf, sind die Einsatzszenarien für den  
51 Milan, die nicht in der Presse auftauchen, in der lediglich die Bekämpfung

1 von gepanzerten Fahrzeugen, die unter IS-Kontrolle stehen beschrieben 27  
2 wird. Die Milan-Raketen sind nämlich auch geeignet um Gebäude 28  
3 anzugreifen. In den falschen Händen können sie nicht nur gegen 29  
4 Militärstellungen, sondern auch gegen Schulen und Krankenhäuser 30  
5 eingesetzt werden. 31

6 Ein anderes - realistisches - Szenario, ist die Bekämpfung von langsam 32  
7 fliegenden, in bodennähe operierenden Helikoptern. Da bereits einige 33  
8 vergleichbare Systeme, sog. MANPADs, in die Hände der IS gefallen sind, 34  
9 gibt es bereits jetzt Warnungen, für den Luftverkehr in Syrien und Irak. 35

10 Fallen Terroristen weitere solche System in die Hände könnte das 36  
11 Rettungsmissionen verhindern oder unmöglich machen. 37

12 Eine weniger gefährliche Option ist die Unterstützung der kurdischen 38  
13 Kämpfenden durch Luftschläge der USA. In dieser Kombination gelang es 39  
14 zum Beispiel die IS vom strategisch wichtigen Mossul-Staudamm zu 40  
15 vertreiben. Diese Option ist eindeutig vorzuziehen. 41

16 42  
17 43

18 **Wir fordern deshalb:** 44

19 45

20 • Die Bundesregierung macht heute noch gerne Geschäfte mit Saudi- 46  
21 Arabien und Katar, welche zumindest mittelbar die IS mit Krediten 47  
22 für Waffen unterstützten. Diese Geschäfte müssen sofort und 48  
23 dauerhaft eingestellt werden.

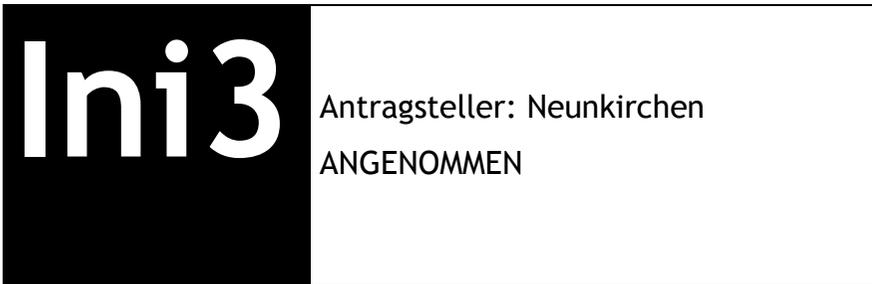
24

25 • Die EU hat die Ölfelder von Rakka von den Sanktionen gegen Syrien  
26 in der guten Absicht ausgenommen, damit die Syrische Opposition,

die seinerzeit das Ölfeld beherrschte zu unterstützen. Inzwischen  
befinden sich die Felder in der Hand der IS. Der Kauf,  
Weiterverkauf und die Verarbeitung von Öl aus diesem Ölfeld und  
alle anderen Handelsbeziehungen mit der IS und deren  
Verbündeten muss von der internationalen Gemeinschaft und der  
EU geächtet werden.

- Den Menschen in der Autonomen Region Kurdistan, insbesondere  
den Flüchtlingen, die aus anderen Regionen des Irak oder Syriens  
vertrieben worden sind, mangelt es an vielen Gütern des täglichen  
Bedarfs. Insbesondere in den Flüchtlingsunterkünften fehlt es an  
Wasser und Nahrung. Wir fordern die Bundesregierung auf diese  
Güter in das Krisengebiete zu liefern.

- Die Europäische Union sollte nicht nur von dem Mut der Kurdischen  
Kämpfenden beeindruckt sein. Sie sollte auch den humanitären  
Aspekt hinter der Rettung der Jesid\_innen und anderer Flüchtlinge  
sehen und sich diesem Gedanken anschließen. In einem ersten  
Schritt könnte ein Programm zur Aufnahme von  
Kontingentflüchtlingen ins Leben gerufen werden - auch um die  
Autonomieregierung Kurdistans zu entlasten.



2 **Junge Beschäftigte stärken – Arbeitsmarkt attraktiv gestalten!**

3

4 Ende September erschienen auf Anfrage der Linken die  
5 Arbeitsmarktzahlen für junge Beschäftigte im Saarland. Diese  
6 zeichnen ein düsteres Bild auf die Beschäftigung von Jugendlichen  
7 und jungen Erwachsenen im Saarland.  
8 Seit 2004 sind die Zahlen der Ausbildungsstellen rückläufig. 2004  
9 waren 6930 junge Menschen in Ausbildung, 2013 lediglich nur noch  
10 5753. Somit sind 1177 Ausbildungsplätze faktisch weggefallen. Diese  
11 Zahlen zeigen mal wieder die Absurdität der Klagen über den  
12 Fachkräftemangel seitens der Industrie- und Handelskammern.  
13  
14 Für uns steht fest: Es gibt keinen Fachkräftemangel, lediglich einen  
15 Ausbildungsmangel! Dafür gibt es einen steigenden Fachkräftebedarf,  
16 der aus unserer Sicht nur durch eine attraktive Berufsausbildung, mehr  
17 Weiterbildung, Qualifizierung für gering Qualifizierte und offene  
18 Zugänge in die akademische Bildung bewältigt werden kann.

1

19 Vorhandene Potenziale müssen besser als bisher erschlossen werden.  
20 Wer qualifizierte Beschäftigte haben und halten will, muss in Zukunft  
21 mehr bieten. Statt Niedriglöhnen, ausufernden Arbeitszeiten und  
22 immer höheren Arbeitsbelastungen brauchen wir Investitionen in  
23 Bildung und Qualifizierung, faire Löhne, sichere Perspektiven und  
24 gute Arbeitsbedingungen für alle.  
25  
26 Viele Unternehmen entziehen sich der dieser gesellschaftlichen  
27 Pflicht indem sie nicht ausbilden. Daher bedarf es endlich ein  
28 adäquates politisches Korrektiv. Wir brauchen eine echte  
29 Ausbildungsplatzumlage.  
30 Das System ist relativ einfach erklärt: Betriebe, die nicht ausbilden  
31 oder nicht ausreichend ausbilden zahlen den Betrag. Mit den  
32 eingezahlten Geldern könnten dann Betriebe refinanziert werden, die  
33 über der festgelegten Ausbildungsquote ausbilden, oder es könnten  
34 außerbetriebliche Ausbildungseinrichtungen unterstützt werden.  
35  
36 Dieser Mangel an Ausbildung und Qualifikation stellt für viele junge  
37 Menschen eine Existenzfrage da. Selbst für die jungen Beschäftigten,

1	welche einen Ausbildungsplatz gefunden haben ist die strukturelle	22	Unternehmen, welche die Möglichkeit besitzen, durch eine
2	Diskriminierung spürbar. Circa 46% der 18-25 jährigen finden sich im	23	Forderung die Möglichkeit geschaffen werden,
3	Niedriglohnsektor wieder. Gerade in der Zeit in der für viele junge	24	Ausbildungsplätze anzubieten.!
4	Menschen sowohl beruflich als auch privat viele Veränderungen	25	
5	anstehen muss ihre Existenz gesichert sein. Dies kann nicht in einem	26	
6	Niedriglohnsektor geschehen.		
7	Wir Jusos Saar stellen fest:		
8	• Der sogenannte Fachkräftemangel ist ein Ausbildungsmangel		
9	• Junge Beschäftigte verharren oft jahrelang im		
10	Niedriglohnsektor, was Perspektivlosigkeit und Frustration zur		
11	Folge hat		
12	Wir Jusos Saar fordern:		
13	• Eine Ausbildungsplatzgarantie, dass heißt jeder soll einen		
14	Anspruch auf einen qualitativ angemessenen Ausbildungsplatz		
15	haben		
16	• Eine Ausbildungsplatzumlage. Wer nicht ausbildet zahlt!		
17	• Einen wirklich flächendeckenden Mindestlohn, der junge		
18	Menschen nicht außen vor lässt.		
19	• Kleinunternehmen, welche nicht die Voraussetzung erfüllen		
20	oder nicht die Genehmigung haben auszubilden, sollen von der		
21	Umlage ausgeschlossen werden. Zeitgleich soll in den		

L1	Antragsteller: Unterbezirk Saarlouis ANGENOMMEN
----	--

2

3 **Bildungspolitik 2014 – Fortschrittliche Wege für den**

4 **Bildungsstandort Saarland**

5 **Kostenlose Bildung für Alle!**

6

7 Jeder Mensch hat gemäß Art. 26 der Allgemeinen Erklärung der  
8 Menschenrechte der Vereinten Nationen vom 10. Dezember 1948 ein  
9 Recht auf Bildung, von diesem Recht kann jedoch nur jeder Gebrauch  
10 machen, wenn Bildung auch für alle zugänglich gemacht wird. Das  
11 heißt im Umkehrschluss: Bildung muss kostenfrei sein. Für keine Art  
12 der Schulbildung darf der Staat also Gebühren erheben. Ebenso muss  
13 es in der Schulbildung zu Veränderungen kommen. Zu fordern ist hier  
14 eine Lehrmittelfreiheit wie sie bereits in den Bundesländern Bayern,  
15 Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen umgesetzt wird. Diese

1

16 Maßnahme lässt sich aufgrund der desolaten Finanzlage ebenfalls  
17 nicht von heute auf morgen umsetzen, jedoch ist eine allmähliche  
18 Umstrukturierung auch hier möglich und bereits im Gange, z.B. durch  
19 das System der „Schulbuchausleihe“. Verfahren wie dieses, die es  
20 Schüler\_innen ermöglichen nach Zahlung einer Leihgebühr die  
21 Schulbücher auszuleihen, verfolgen grundsätzlich die richtige Idee,  
22 sind in der Umsetzung jedoch verbesserungsfähig. Ein Faktor, der  
23 Bildung ebenfalls zu einem teuren Gut macht, ist der tägliche  
24 Schulweg. Mittlerweile bezahlen Schüler\_innen für eine Monatskarte,  
25 die im landkreisweiten Bus- und Bahnnetz gültig ist, zwischen 40 und  
26 50 Euro. Ein derartig hoher Preis für die Mobilität von Schüler\_innen  
27 ist für schlechter verdienende Eltern einfach zu hoch. Die Forderung,  
28 dass diese Kosten komplett aus der Landeskasse finanziert werden  
29 sollen wäre problematisch, allerdings sollte über die Einführung eines  
30 „Schüler\_innen -Tickets“ nachgedacht werden. Vorbild könnte das  
31 Semester-Ticket sein, das Studenten die saarlandweite Nutzung des  
32 ÖPNV für derzeit 94€ pro Semester ermöglicht, das heißt ein  
33 Eigenanteil würde zwar bestehen bleiben, das Land würde durch einen  
34 Zuschuss jedoch finanziell Schwächeren eine große Last abnehmen.

1 Diese Schritte würden uns dem Ziel „kostenlose Bildung für Alle“  
2 entscheidend näher bringen.

### 3 Frühkindliche Bildung

4  
5 Die frühkindliche Bildung nahm die letzten Jahre einen immer  
6 größeren Raum in der Politik ein. So wurden etwa Kita Plätze  
7 ausgebaut und der Besuch Kindergärten vielerorts (z.B. in Rheinland  
8 Pfalz und Berlin) kostenfrei. Dennoch gibt es weiterhin  
9 Verbesserungsmöglichkeiten. So ist etwa Skandinavien, wie so oft in  
10 der Bildung, ein Vorbild bei exzellent ausgebildeten, pädagogischen  
11 Fachkräften. Bei der Beschäftigung von an Universitäten  
12 ausgebildeten Pädagog\_innen liegt etwa Finnland deutlich an der  
13 Spitze aller OECD Länder. Diese Beschäftigungsart ist zurzeit in  
14 Deutschland nicht Usus. Erzieher\_innen in Deutschland durchlaufen  
15 lediglich eine Ausbildung an einer Fachschule. Dadurch kommen  
16 pädagogische Kenntnissen, trotz häufig vorhandenem, persönlichem  
17 Elan, sehr oft zu kurz. Gefordert wird die Einführung von speziell an  
18 frühkindlicher Erziehung orientierten duale pädagogische  
19 Ausbildungen, so dass die speziell ausgebildeten Pädagog\_innen die  
20 übrigen Kindergärtner\_innen in ihrer Arbeit unterstützen können.

21 Die oben bereits erwähnte Forderung nach einer kostenfreien Bildung  
22 für alle von Geburt an kann de facto nur schrittweise erfüllt werden.  
23 Für die Kindergärten im Saarland bietet sich dazu auf kommunaler  
24 Ebene eine vielfach in Deutschland praktizierte Methode an. Hierbei  
25 werden die Kindergartenbeiträge abhängig vom Einkommen der  
26 Eltern erhoben. So müssen etwa Eltern mit geringen Einkommen  
27 keine Gebühren bezahlen, während Besserverdienende, ähnlich wie  
28 bei der Einkommenssteuer progressiv mehr belastet werden. Eine  
29 genaue Ausarbeitung der Höhe müsste in diesem Fall von den  
30 kommunalen Verwaltungen vorgenommen werden. Die Kosten für die  
31 Einkommensprüfungen werden den Kommunen durch das Land  
32 ersetzt, sofern die Einkommensprüfungen nicht von den Finanzämtern  
33 durchgeführt werden.

### 34 Einheitliche Grundschulbildung für alle Schüler\_innen landesweit!

35  
36 Die Grundschule ist die erste Etappe der schulischen Bildung, hier  
37 lernen die Schüler\_innen die fachlichen Grundkenntnisse sowie  
38 Grundlagen der Sozialkompetenz. Die Grundschulbildung ist quasi  
39 der Grundstock oder das Fundament der Bildung, die pädagogische  
40 Freiheit soll jedoch in dieser frühen Phase der Erziehung noch

1 gewahrt werden, daher ist den Lehrer\_innen von Seite des Lehrplans  
2 aus viel Flexibilität gegeben. Diese Unverbindlichkeit kann jedoch  
3 auch zum Problem werden, nämlich wenn Schüler\_innen aus  
4 verschiedenen Grundschulen auf den weiterführenden Schulen  
5 zusammenkommen. In fünften Klassen kommt es immer wieder vor,  
6 dass die Schüler\_innen, die ja eigentlich alle auf demselben  
7 Mindestwissensstand sein sollten, gravierende Wissensunterschiede  
8 aufweisen, das heißt, dass z.B. Schüler aus einer Grundschule  
9 thematisch und methodisch schon deutlich „fitter“ sind als andere. Der  
10 Maßstab kann sich auf Gymnasien oder Gemeinschaftsschulen jedoch  
11 nicht mehr an den Schwächsten orientieren, hier ist die Einhaltung des  
12 Lehrplans das Ziel, wer nicht folgen kann wird „ausortiert“. Aus  
13 dieser Erscheinung folgte in der Vergangenheit die Abschaffung des  
14 „Sitzenbleibens“, das heißt über das Weiterkommen eines Schülers  
15 entscheiden nicht weiter die Noten. Man könnte jedoch schon viel  
16 früher Herr über das Problem werden, nämlich durch eine  
17 Zentralisierung der Grundschulbildung. Gefordert wird daher, dass die  
18 Grundschullehrpläne zwar noch Individualität zulassen aber dennoch  
19 zentraler werden, die Grundschüler\_innen sollen wie die  
20 Schüler\_innen auf den weiterführenden Schulen auf ein einheitliches  
21 Mindestwissensniveau gebracht werden. In der Umsetzung soll diese  
22 Veränderung dafür sorgen, dass jeder Schüler, unabhängig welche

23 Grundschule im Saarland er besucht hat, einen einheitlichen  
24 Mindestwissensstand hat. Damit die Grundschulen ihre Schüler\_innen  
25 auch einheitlich ausbilden, sollen regelmäßig - etwa ein bis zweimal  
26 pro Schuljahr - in verschiedenen Fächern zentrale  
27 Leistungsüberprüfungen stattfinden, an denen sich dann auch die  
28 Pädagog\_innen orientieren können. Dieser Schritt zu mehr Zentralität  
29 im Bereich der Grundschulbildung würde Enttäuschung und  
30 Aufholbedarf bei Gymnasiums- und Gemeinschaftsschuleinsteigern  
31 beachtlich reduzieren und kann auf diese Weise immens zu einem  
32 fairen Schulsystem beitragen.  
33  
34 Grundkonzept für die Oberstufe der Gemeinschaftsschule erarbeiten!  
35  
36 Mit der Einführung der Gemeinschaftsschule hat das Saarland einen  
37 Schritt in die richtige Richtung gemacht. Nicht nur die sinnlose  
38 Unterteilung in unnötig viele Schulformen wurde damit, wenigstens  
39 teilweise, behoben, sondern auch ein direkter Weg für alle  
40 Schüler\_innen der weiterführenden Schulen, zum Abitur geschaffen.  
41 Nun ergibt sich daraus auch zwangsläufig ein Problem! Ehemalige  
42 Gesamt- und erweiterte Realschulen müssen sich zum einen nun  
43 gemeinschaftlich Organisieren und in Zukunft auch eine eigene  
44 Oberstufe mit dem Abschlussziel Abitur auf die Beine stellen. Noch

1 ist vielen Schulen nicht klar, wie sie ihre Oberstufen organisieren  
2 sollen, damit weder Platz- noch Lehrermangel vorherrscht, aber auch  
3 nicht unnötig Schulmittel durch zu viel neu eingerichtete Räume oder  
4 Lehrer verschwendet werden. Hinzu kommt, dass sich verschiedene  
5 Gemeinschaftsschulen wohl eine Oberstufe teilen und somit  
6 selbstverständlich auch gemeinsam verwalten müssen. Auch hier ist  
7 nicht klar, in welchen Orten die Oberstufen zustande kommen werden  
8 und wo die Schüler\_innen in andere Schulen ausweichen müssen –  
9 und somit natürlich auch dahin kommen müssen. Die Gefahr schwebt  
10 in der Luft, dass viele Gemeinschaftsschulen einen Alleingang bei  
11 ihrer Planung zur Oberstufe machen müssen.

12  
13 Wir Jusos fordern daher:  
14 Eine Strukturplanung der Landesregierung, unter Absprache mit den  
15 Gemeinschaftsschulen, muss erarbeitet werden, welche vorsieht, wie  
16 die einzelnen Schulen ihre Oberstufen – auch in Kooperation mit  
17 anderen Schulen – aufbauen können und welche regionalen  
18 Besonderheiten berücksichtigt werden müssen.  
19 Dazu gehört auch eine Prognose der voraussichtlichen Schüleranzahl  
20 in der Oberstufe und der damit verbundenen benötigten Lehrstellen  
21 und Lehrmitteln. Da es sich um geschätzte Zahlen handelt, muss  
22 dieser Wert natürlich in einem regelmäßigen Abstand neu

23 hochgerechnet und korrigiert werden. Dies bietet sich vor allem am  
24 Ende des Schuljahres an.

25 Es ist wichtig zu betonen, dass nur durch eine frühzeitige Planung  
26 sichergestellt werden kann, dass von Beginn an eine Oberstufe ohne  
27 erhebliche Mängel an jeder Schule eingerichtet werden kann und  
28 somit jeder profitiert.

29

### 30 Universitäre Förderung jenseits der Exzellenz

31

32 Ob eine Universität sich als „Elite-Uni“ bezeichnen darf, oder nicht,  
33 das entscheidet die Exzellenzinitiative. Das Ziel dieser Förderung ist  
34 einzig allein auf die Forschung gelegt und belohnt Universitäten mit  
35 einem guten Forschungsprogramm. Auf der anderen Seite fördert es  
36 natürlich auch den Ausbau von Forschungsprogrammen an den  
37 Universitäten, die selbst in den Genuss der Exzellenz kommen wollen.  
38 Die Schattenseite ist offensichtlich. Universitäten, die die Wahl haben  
39 zwischen einem stark ausgeprägtem Forschungsbereich, welcher  
40 wirtschaftlicher und auch, unter anderem durch die Exzellenz, stark  
41 gefördert ist und einem breit gefächertem Ausbildungsbereich mit  
42 vielen Plätzen, entscheiden sich eher für den Ausbau der  
43 Forschungsinitiativen und der nah an der Kernforschung angelehnten  
44 Studienfächer ( an der Universität des Saarlandes (UdS) sieht man

1 dies deutlich an der Informatik ) und lassen so zwangsläufig den  
2 Ausbildungsbereich teilweise auf der Strecke.  
3 Gerade an solche Universitäten, wie der UdS, ist dies allerdings fatal,  
4 da viele Menschen aus der Großregion auf die UdS und ihre vielen  
5 verschiedenen Studienfächer angewiesen sind.

6  
7 Wir Jusos fordern daher:

8 Neben der Exzellenzinitiative, die den Forschungsbereich fördert,  
9 bedarf es auch einer bundesweiten Förderung für Universitäten, die  
10 ihre Schwerpunkte auf die Ausbildung, d.h. unter anderem auf  
11 ausreichend Studienplätze und einer Vielzahl von Studienfächern,  
12 legen.

13 Berücksichtigt muss dabei auch die Lage der Universität werden, so  
14 hat die UdS eine grundsätzlich andere Rolle in der Großregion zu  
15 erfüllen, als beispielsweise eine Universität in Berlin oder im  
16 Ruhrgebiet.

17

18 Bildungsurlaub

19

20 Eines der ältesten Ziele der Sozialdemokratie ist die politische  
21 Bildung der Arbeitnehmer\_innen. Damit diese auch in den Genuss

22 von Seminaren u.ä kommen können benötigen sie Urlaub. Die  
23 derzeitige Gesetzeslage bzgl. des politischen Bildungsurlaubs für  
24 Arbeitnehmer\_innen und Schüler\_innen sieht vor, dass 6 Tage im Jahr  
25 gewährt werden können. Hinzu kommt allerdings eine wichtige  
26 Unterscheidung zwischen beiden Gruppen: Arbeitnehmer\_innen  
27 erhalten lediglich an 3 Tagen Lohnfortzahlung, die restlichen 3 Tage  
28 müssen aus arbeitsfreier Zeit (z.B. Urlaub oder Überstunden)  
29 aufgebracht werden. Dabei ist es verpflichtend im gleichen Umfang  
30 der bezahlten Urlaubszeit freie Zeit einzubringen.

31

32 Die Jusos fordern die Abschaffung dieses Zustands und die  
33 Lohnfortzahlung für alle 6 zu genehmigenden Tage.

L2	Antragsteller: Landesvorstand
----	-------------------------------

2 **Umdenken in der Kulturpolitik – kulturelle Partizipation junger**

3 **Menschen stärken**

4

5 Wir fordern:

6

- 7 – Reduzierte Eintrittspreise oder, wo möglich, kostenlosen
- 8 Zugang für alle Kinder und Jugendliche für Museen, Theater,
- 9 Zoos und andere
- 10 staatliche Kultureinrichtungen
- 11 – Die Behandlung zeitgenössischer Literatur, Musik und Theater
- 12 fest in die saarländischen Lehrpläne aufnehmen
- 13 – Den langfristigen Erhalt und Ausbau von soziokulturellen
- 14 Zentren, insbesondere im ländlichen Raum
- 15 – Einen alternativen Kulturretat in Städten und Gemeinden um
- 16 Kulturprojekte junger Menschen auch in den Bereichen
- 17 Theater, Musik, Kino und Clubs zu fördern, mit einer

1

18 möglichst unbürokratischem und transparenten

19 Antragsprozedur

20 – Entkriminalisierung und Sensibilisierung zur Steigerung der

21 Akzeptanz von Jugendsubkulturen, beispielsweise bei der

22 Nutzung leer stehender Gebäude für selbst organisierte

23 Jugendarbeit

24 – Flächendeckende Einrichtungen von frei verfügbaren und

25 legalen Graffiti-Flächen und langfristiger Erhalt und Ausbau

26 von Skate-Parks

27 – Schaffung einer Stelle für kommunale „Partybeauftragte“,

28 welche die Organisation von selbst organisierten

29 Kulturveranstaltungen von Jugendlichen unterstützen

30 – Den Zugang zu kostenlos nutzbaren Freiflächen für

31 Kulturveranstaltungen wie Konzerte, Freilufttheater oder

32 Open-Air-Partys

33 – Umwandlung der Kirchensteuer in eine Kultursteuer

34

35 Analyse:

36

1 Kultur durchzieht die unterschiedlichsten Bereiche.  
2 Ob in Wissenschaft, Bildung, Kunst oder dem eigenen Wohnort–  
3 überall agieren Menschen als Träger\_innen, Produzent\_innen und  
4 Empfänger\_innen kultureller Inhalte. Kultur ist ein Schlüssel zur  
5 gesellschaftlichen Teilhabe.  
6 Nahezu in jedem gesellschaftlichen Bereich kommt das kulturelle  
7 Abgrenzungsbedürfnis zum Tragen, sei es in Sprache, Kleidung oder  
8 einfach nur im Auftreten. Über das frühzeitige Erlernen und  
9 souveräne Beherrschen kultureller Muster und Stereotypen erkaufte  
10 man sich in der heutigen Gesellschaft häufig den Zugang zur besseren  
11 Gesellschaft. Dabei ist dieser Zugang leider extrem ungleich verteilt  
12 und gerade jungen Menschen wird die Partizipation verwehrt. Die  
13 Jusos Saar wollen eine Kulturpolitik, die in erster Linie Menschen  
14 dazu befähigt, sich aktiv einzubringen. Kultur bedeutet immer auch  
15 das Bewahren und Verstehen bereits erreichter und da gewesener  
16 Höhen. Goethe, Schiller, Mozart und Beethoven werden dabei zum  
17 Inbegriff dessen, was an Kulturleistungen erbracht wurde und woran  
18 sich der menschliche Geist entwickeln soll. Darum werden sie immer  
19 wieder aufgeführt und Jahr für Jahr in hunderten Schulklassen  
20 behandelt. Durch diesen rein konservierenden und konservativen  
21 Zugang verlieren jedoch selbst die größten Werke ihre Lebendigkeit  
22 und Bedeutung – die doch immer von der/dem Einzelnen für sich neu

23 entdeckt werden müssten. An Schulen muss hier umgedacht werden.  
24 Moderne und postmoderne Literatur und Dramen, zeitgenössisches  
25 Theater und zeitgenössische Musik, und nicht nur Nationales, muss  
26 seinen festen Platz in den Lehrplänen des Saarlandes erhalten.  
27 Im Sinne einer emanzipatorischen Kulturpolitik die auf die  
28 Partizipation des Einzelnen ausgerichtet ist, gilt es aus unserer Sicht  
29 vor allem, ein Bewusstsein für die eigene aktive Rolle im kulturellen  
30 Prozess zu schaffen. Selbst Theater spielen, in einer Band schrammeln  
31 oder Hip-Hop-Tracks aufnehmen sind genauso kulturell wertvoll wie  
32 der Cello-Unterricht der Professor\_innen-Tochter.  
33 Den Zugang zu jeder dieser Formen kultureller Teilhabe so  
34 barrierefrei wie möglich zu organisieren ist Aufgabe einer staatlichen  
35 Kulturpolitik. Das betrifft sowohl das Angebot in Stadt und Land etwa  
36 von entsprechenden Jugendzentren oder staatlich geschaffenen bzw.  
37 geförderten freien Bildungsträgern als auch den - möglichst  
38 kostenfreien - Zugang zu Unterricht, Proberäumen, Ateliers,  
39 Werkstätten und allem, was sonst noch für die aktive Teilhabe  
40 notwendig ist. Selbst aktiv zu erleben und zu lernen, was kulturelle  
41 Arbeit und Produktion bedeutet, ist der beste Garant, auch  
42 den Kanon der „klassischen“ Kultur zu verstehen.

1 Damit der Zugang zu Kultureinrichtungen für wirklich alle gewährt  
2 ist, braucht es die Abschaffung von Beschränkungen. Dies betrifft  
3 materielle Barrieren wie hohe Eintrittspreise ebenso wie die  
4 inhaltlich-programmatische Ausrichtung des Angebots. Damit meinen  
5 wir zum einen den Reduzierte Eintrittspreise oder, wo möglich,  
6 kostenlosen Zugang zu staatlichen und städtischen Museen, Theatern,  
7 Kinos, Zoos und anderen Einrichtungen und zum anderen Platz für  
8 junge, moderne Kulturschaffende, gerade wenn es etwa nur eine  
9 Spielstätte im Landkreis gibt. Viel zu oft dominieren die Interessen  
10 und Vorlieben eines älteren, finanzkräftigeren Publikums die  
11 Spielpläne der Häuser, da dieses über Abonnements und  
12 Fördervereine materiellen Druck ausüben kann. Dort, wo sich bereits  
13 eine freie Szene entwickelt hat, fordern wir eine Aufstockung der  
14 Fördermittel für diese alternativen, oft extrem prekären  
15 Formen des Etats. Dabei betrachten wir diese Frage durchaus nicht als  
16 „Entweder-Oder“, sondern als Chance zur Bereicherung durch  
17 Reibung. So wie von einem jungen Publikum verlangt werden  
18 kann, sich an Aufführungen der Wiener Klassik oder Schillers zu  
19 entwickeln, so können wir auch von einem älteren Publikum  
20 verlangen, sich an den jüngeren, radikaleren Kulturschaffenden zu  
21 entwickeln: Gemeinsam und kontrovers – jedoch nicht im Verteil-  
22 Kampf um die schiere Existenz und ohne Zwang.

23 Anhänger von Jugendkulturen wie Streetart, Graffiti oder  
24 Skateboarding brauchen feste, sprich: selbstverständliche, öffentliche  
25 und freie Räume, in denen sie sich ohne Repression ihrer  
26 Leidenschaft und Kunst hingeben können. Die Kriminalisierung  
27 dieser Jugendkulturen als Vandalismus, Störung oder Unordnung  
28 weisen wir entschieden zurück. Besonders Graffiti muss  
29 endlich als Kunstform und Jugendkultur anerkannt werden und  
30 entsprechende Freiräume bekommen. Wir fordern deshalb die  
31 flächendeckende Errichtung von legalen und frei zugänglichen  
32 Graffiti-Wänden. Auch die oft heruntergekommenen Skate-Parks, auf  
33 welchen schadhafte Geräte nicht ersetzt werden, müssen wieder  
34 stärker gefördert werden.  
35 Wir setzen uns für eine lebendige Club- und Partyszene ein, die nicht  
36 niedergestimmt oder kriminalisiert werden darf. Wir fordern deshalb  
37 die Einführung von kommunalen Partybeauftragten, die sich sowohl  
38 um die Belange der bekannten Clubs als auch um die Unterstützung  
39 einer nicht kommerziellen Partyszene kümmern, gerade was die  
40 bürokratischen Belange derartiger Veranstaltungen mit sich bringen.  
41 Leer stehende Häuser und Fabriken, egal ob alt  
42 oder neu, wollen wir nutzbar machen und ihnen Leben einhauchen.  
43 Zudem fordern wir von den Kommunen den unbürokratischen Zugang  
44 zu öffentlichen Flächen und Plätzen für Partys, Open-Airs oder

- 1 Grillabende an allen möglichen Plätzen, wo keine Anwohner\_innen
- 2 durch massiven Lärm zu Schaden kommen.
- 3 Bezüglich des Finanzierungsaspektes plädieren wir dafür, anstatt der
- 4 bisherigen erhobenen Kirchensteuer einer Kultursteuer einzuführen,
- 5 welche finanziell sich im selben prozentualen Rahmen an der
- 6 Einkommenssteuer orientiert, wie die Kirchensteuer bisher.
- 7
- 8 Begründung:
- 9 Erfolgt mündlich

L3

Antragsteller: Kommission Frauen und  
Geschlechtergerechtigkeit über den  
Landesvorstand  
ANGENOMMEN

2

3 Zur Weiterleitung an: Juso-Bundeskongress, SPD-Landesvorstand

4

5 **„Her mit dem ganzen Leben!“ – Forderung nach einer**

6 **feministischen Männerpolitik**

7

8 Analyse

9

10 Die Machtverhältnisse der Welt sind ungleich verteilt. Menschen  
11 haben unterschiedlich große Chancen und Möglichkeiten ihre  
12 Lebensvorstellungen frei zu verwirklichen. Einer der stärksten  
13 Einflussfaktoren bei dieser Machtverteilung ist das Geschlecht. Auch  
14 in Deutschland spielt die traditionelle Geschlechterordnung eine große  
15 Rolle dabei, wer welchen Teil vom großen Kuchen bekommt. Eine  
16 Frau musste im Jahr 2013 2 Monate und 21 Tage länger arbeiten, um  
17 im Durchschnitt das gleiche Jahresgehalt zu erhalten wie ein Mann. In

1

18 den Vorständen der 30 DAX-Konzerne liegt der Frauenanteil bei nur  
19 5,5%. Die 313 deutschen Landkreise werden derzeit zu mehr als 90%  
20 von Männern regiert. Bei den Oberbürgermeister\_innen liegt der  
21 Anteil der Frauen bei 15%, bei den hauptamtlichen  
22 Bürgermeister\_innen sogar nur bei 4%.<sup>1</sup>

23

24 Die hegemoniale Dominanz von Männern und „„männlicher““  
25 Prinzipien zieht sich durch unzählige Gesellschaftsbereiche und führt  
26 zu alltäglicher struktureller Diskriminierung von Frauen,  
27 Transmenschen, Intersexuellen und Männern, die nicht dem  
28 klassischen Bild des Mannes entsprechen – das trifft häufig vor allem  
29 bi- und homosexuelle Männer. Dabei spielt auch Gewalt eine nicht  
30 unbedeutende Rolle. Vor allem strukturelle Gewalt verläuft nicht  
31 selten entlang der traditionellen Trennlinie von „Mann“ und „Frau“ zu  
32 Gunsten der Männer. Die breite gesellschaftliche #AUFSCHREI-  
33 Debatte zu sexueller Belästigung 2013 zeichnete dafür ein sehr  
34 eindrucksvolles und gleichermaßen erschreckendes Beispiel, welches  
35 eindeutig das von antifeministischen Strömungen immer wieder

---

<sup>1</sup> BMFSFJ: Engagiert vor Ort (2011).

1 proklamierte Erreichthaben einer Post-Gender-Gesellschaft  
2 wiederlegte. Die Kategorie Geschlecht bestimmt die Zukunftschancen  
3 sehr vieler Menschen, solange die Hegemonie „männlicher“  
4 Prinzipien über den Zugang zu Ressourcen, Beteiligung,  
5 Anerkennung und die Vorherrschaft über gesellschaftliche Diskurse  
6 entscheidet. Doch die Dominanz „männlicher“ Prinzipien sorgt  
7 ebenfalls für die Unterdrückung alternativer Formen von  
8 Männlichkeit, treibt viele Männer in emotionale, gesundheitliche und  
9 wirtschaftliche Notlagen.  
10  
11 Die Frauenbewegung kämpft weltweit seit einem Jahrhundert gegen  
12 traditionelle Rollenbilder und für eine gesellschaftliche  
13 Gleichstellung der Geschlechter - und dieser Kampf dauert an! Zwei  
14 der großen Ziele der Frauenbewegung ist das Aufbrechen von starren  
15 Geschlechterrollen und die gerechte Verteilung von Macht und Geld.  
16 Eben jene Ziele sollen für alle Formen von Geschlechterpolitik gelten.  
17 Daher fordern wir Jusos eine breit angelegte Männerpolitik, die sich  
18 an gleichstellungspolitischen Ideen orientiert und das Ende der  
19 Unterdrückung von Frauen und Mädchen sowie Männern und Jungen  
20 zum Ziel hat! Langfristig gilt das Ziel die soziale Kategorie  
21 Geschlecht aufzulösen und jeden Menschen als das zu betrachten was  
22 er oder sie ist: ein Individuum mit unendlich vielen verschiedenen

23 Facetten – wovon das Geschlecht nur eine biologische Bedeutung  
24 besitzt.  
25 Eine solche Männerpolitik muss zunächst sichtbar machen, wie sehr  
26 unsere Gesellschaft von „männlichen“ Prinzipien durchdrungen ist  
27 und dann ganz gezielt mit Männern an männerpolitischen Problemen  
28 arbeiten.  
29  
30 **Die Dominanz „männlicher“ Prinzipien**  
31  
32 Die Basis „männlicher“ Hegemonie und Ausgangspunkt jeglicher  
33 feministischer Arbeit ist die Einführung der sozialen Kategorie  
34 „Geschlecht“, welche biologische Merkmale von Menschen mit  
35 bestimmten Wertvorstellungen, Verhaltensweisen und vor allem  
36 Wertigkeiten verknüpft. Diese Zuschreibungen basieren auf keinerlei  
37 biologischen, neurologischen oder psychologischen Erkenntnissen,  
38 sondern spiegeln schlichtweg historisch gewachsene  
39 Gesellschaftsvorstellungen und Machtordnungen wieder. Die deutsche  
40 Sprache unterscheidet zwischen dem biologischen Geschlecht (engl.  
41 „sex“) und dem sozialen Geschlecht (engl. „gender“). Historisch  
42 gewachsen ist die duale Unterscheidung zwischen den beiden sozialen

1 Kategorien Mann und Frau,<sup>2</sup> wodurch die Kategorien „Mann“ und  
2 „Männlichkeit“ untrennbar mit den Kategorien „Frau“ und  
3 „Weiblichkeit“ verknüpft sind. Das eine bedingt sozusagen das andere  
4 in Abgrenzung.

5  
6 In unserer aktuellen Gesellschaft dominiert immer noch das Bild des  
7 arbeitenden Vaters, der die Familie ernährt und der Mutter, die sich  
8 um Haushalt und Kinder kümmert. Dieses Bild ist schädlich für eine  
9 sozial gerechte Gesellschaftsordnung. Denn einerseits ignoriert es  
10 jegliche andere Vorstellungen des familiären Zusammenlebens wie  
11 Homo-, Bi- und Transsexualität, Regenbogen- oder  
12 Patchworkfamilien. Andererseits zementiert die familiäre Aufgaben-  
13 und Rollenzuschreibung die Dominanz der Männer über die Frauen.  
14 Entlang der Geschlechtergrenzen wird in diesem Bild zwischen  
15 Produktionsarbeit (Geld nach Hause bringen und dadurch den  
16 Lebensstandard sichern) und Reproduktionsarbeit (Nachwuchs  
17 gebären und erziehen, Pflege- sowie Hausarbeit) aufgeteilt. Dadurch  
18 wird die Frau vom Mann abhängig, ohne den sie nicht überleben  
19 könnte. Gleichzeitig erfährt „der Mann“ in der kapitalistischen

20 Gesellschaft einen höheren Stellenwert, da er im Gegensatz zur Frau  
21 etwas erwirtschaftet. Arbeit ist der zentrale Zugang zu materiellen  
22 Ressourcen, sozialer Anerkennung und Sicherheit für die eigene  
23 Lebensplanung. Für den Mann eröffnen sich dadurch Türen zum  
24 gesellschaftlichen und sozialen Aufstieg, während sie für die Frau  
25 geschlossen bleiben.  
26  
27 Diese einfache Analyse zeigt, wie eng die traditionelle Vorstellung  
28 der Geschlechterordnung mit den Prinzipien des Kapitalismus  
29 verflochten ist. Männlichkeit wird zum Normalzustand, während  
30 Weiblichkeit herabgesetzt wird. Männer haben in dieser Position  
31 gesellschaftliche und soziale Prozesse so geprägt, dass die daraus  
32 entstandene Herrschaftslogik mittlerweile als natürlich empfunden  
33 wird und nur selten in den Zusammenhang mit dem sozialen  
34 Geschlecht des Mannes gesetzt wird. Diese unhinterfragte Normalität  
35 erzeugt bei einigen Menschen den Eindruck, dass Männer einen  
36 berechtigten Anspruch auf diese Privilegien hätten. In gewisser Weise  
37 wird die männliche Dominanz unsichtbar, parallel zur weiblichen  
38 Unsichtbarkeit, die in feministischen Diskursen immer wieder betont  
39 wird. „Während die Unsichtbarkeit der Frau Folge ihrer Unterordnung  
40 durch Männer ist, ist die Unsichtbarkeit von Männern als  
41 Geschlechtswesen Folge eines „männlichen“ Dominanzanspruches,

---

<sup>2</sup> Aus biologischer Sicht ist das Spektrum geschlechtlicher Ausprägungen selbstverständlich nicht binär aufgeteilt, was alleine die bloße Existenz von Intersexuellen und Transmenschen offenbart.

1 der Männlichkeit mit Menschsein gleichsetzt(e).<sup>3</sup> Obwohl die  
2 Frauenbewegung dafür sorgte, sichtbar zu machen, dass diese  
3 wahrgenommene Normalität „männlicher“ Hegemonie eine soziale  
4 Konstruktion ist, gibt es bislang nur wenige nennenswerte Initiativen  
5 – auch von der Seite der Männer –, am Abbau dieser Privilegien zu  
6 arbeiten. Aber auch Männer müssten daran ein Interesse haben. Denn  
7 die Männerforschung der letzten Jahrzehnte zeigt, dass die großen  
8 Stücke des gesellschaftlichen Kuchen, die „der Mann“ für sich  
9 beansprucht, für ihn nur sehr schwer verdaulich sind und ihm einiges  
10 Leid zufügen. Doch in Abwesenheit einer gleichstellungsorientierten  
11 Männerpolitik realisiert „der Mann“ nicht, dass das Gift für seinen  
12 Körper Teil des Kuchens ist, den er immer weiter in sich hineinstopft.  
13  
14 Im Folgenden soll darauf Bezug genommen werden, welche  
15 Kategorien den stereotypen Mann und unsere, von „männlichen“  
16 Prinzipien dominierte Gesellschaft beschreiben. Die Aufgabe eines  
17 Mannes ist es traditionell, durch die Erwerbsarbeit die Sicherheit der  
18 Familie zu garantieren und für ihre Ernährung zu sorgen. Dafür muss  
19 er stark sein, denn ein Scheitern hätte verheerende Folgen für seine  
20 gesamte Familie – alles bis zum vollständigen Ruin ist denkbar. Sein

21 Lebensziel ist es, sozusagen, beruflich nicht zu versagen, wodurch er  
22 sich abhängig von der Erwerbsarbeit macht, auf deren Entwicklung er  
23 in den meisten Fällen keinen Einfluss hat. Gleichzeitig schneidet er  
24 sich dadurch ab von der Familienwelt, die ihm einen zusätzlichen  
25 Lebensinhalt geben könnte. Er gibt sich freiwillig einem  
26 fremdbestimmten Leben hin, als Spielball von Macht und Kapital. In  
27 diesem Spiel sind keine Schwächen erlaubt. Die Stärke des Mannes,  
28 sind gleichzeitig die Strukturen, die die Prinzipien „männlicher“  
29 Hegemonie ausmachen. Seine Stärke spiegelt sich wieder in seiner  
30 Körperlichkeit, seiner Rücksichtslosigkeit, seiner emotionalen Kälte,  
31 seiner herrischen Streitkultur – einfach ausgedrückt: in den  
32 unterschiedlichen Ausdrucksformen seines Patriarchats. Erfüllt er  
33 jedoch diese Kategorien nicht, können die Folgen für ihn mitunter  
34 fatal sein. Eine mögliche Folge: Scheitert er in der Erwerbswelt,  
35 scheitert er als Mensch. Seine Privilegierung ist also mit einem hohen  
36 emotionalen und persönlichen Risiko und Preis verbunden. Als Folge  
37 dieses Lebensstils ist auch die geringere Lebenserwartung von  
38 Männern gegenüber Frauen in europäischen Gesellschaften zu sehen  
39 und die höhere Wahrscheinlichkeit von Männern in Gewaltakte  
40 verwickelt zu werden. Alternative Vorstellungen von Männlichkeit  
41 sind tabu und haben in diesem System keine Chance. Nicht umsonst  
42 ist auf Deutschlands Schulhöfen das Wort „Schwuchtel“ eine der

---

<sup>3</sup> Lehner, Erich: Männer und Gleichstellung – eine spannungsreiche Beziehung, in: Markus Theunert (Hg.): Männerpolitik, Wiesbaden 2012, S. 81f.

1 häufigsten Beschimpfungen von Jungen gegenüber Jungen.  
2 Homosexualität passt nicht in das normative Selbstbild des starken,  
3 heterosexuellen Familienernährer und gilt als schwach.  
4  
5 Das zentrale Anliegen sozialistischer und sozialdemokratischer  
6 Gesellschaftspolitik ist die Schaffung und Erhaltung einer sozialen,  
7 demokratischen und gerechten Gesellschaftsordnung. Daher sind  
8 gleichstellungspolitische Anliegen und die feministische Bewegung  
9 untrennbar mit dem Ziel des demokratischen Sozialismus verbunden.  
10 Im Sinne eines emanzipatorischen Menschenbildes können  
11 sozialistische und sozialdemokratische Parteien nicht mehr zu  
12 männerpolitischen Fragen schweigen. 1989 bewirkte die ASF, dass  
13 ein legendärer Satz Zugang in das SPD-Parteiprogramm fand: „Wer  
14 die menschliche Gesellschaft will, muss die männliche überwinden.“  
15 Dafür gehen die Stärkung von Frauenrechten und der Abbau von  
16 „männlichen“ Privilegien Hand in Hand miteinander einher. Wer, wie  
17 die Jusos und die ASF, den innerparteilichen feministischen Kampf  
18 führt, weiß dass es alles andere als leicht ist, diesen Kampf gegen eine  
19 männlich dominierte Herrschaftskultur – auch innerparteilich – zu  
20 kämpfen. Daher kämpft man ihn am besten miteinander. Männer  
21 brauchen Anreize, ihre Privilegien aufzugeben, auf Macht zu  
22 verzichten und Platz für Frauen zu machen. Dabei reicht es leider

23 nicht immer die Argumentation aus der Perspektive der  
24 diskriminierten Gruppe zu führen. Eine Verringerung der oben  
25 genannten Risiken des „männlichen“ Leids, die mit einem  
26 traditionellen „männlichen“ Lebensstil verbunden sind, kann ein  
27 solcher Anreiz sein. Eine andere Möglichkeit, warum wir Männer  
28 dafür begeistern könnten sich für Männerpolitik zu engagieren, ist die  
29 Solidarität mit Frauen, Mädchen, Freundinnen und Freunden und  
30 Familienmitgliedern, die unter der gesellschaftlichen Dominanz  
31 „männlicher“ Privilegien leiden.  
32  
33 Männerpolitik kann und darf nicht gegen eine  
34 gleichstellungsorientierte Frauenpolitik konkurrieren.  
35 Antifeministische Männer-, Väterrechtsbewegungen – und deren  
36 Organisationen MANNdat und AGENS – plädieren für eine  
37 vollständig eigenständige Männerpolitik und blenden dabei die  
38 Zusammenhänge der dominierenden Geschlechterordnung  
39 vollkommen aus. Der Konkurrenzkampf zwischen Frauen- und  
40 Männerpolitik um finanzielle und ideelle Ressourcen würde die  
41 bestehenden Herrschaftsverhältnisse nur weiter ausbauen, denn der  
42 Kampf wäre bereits entschieden, bevor er überhaupt beginnt. Diese  
43 Vorstellung ist nicht nur kontraproduktiv, sondern reaktionär und  
44 frauenfeindlich.

1  
2 Daher muss eine Männerpolitik in die bestehende  
3 Gleichstellungspolitik eingebettet sein und im permanenten Austausch  
4 zur Frauenpolitik gestaltet werden. Männerpolitik ist eine  
5 feministische Idee! Von einer erfolgreichen Männerpolitik profitierten  
6 letztlich sowohl Frauen als auch Männer. Kehren Männer vom  
7 Ernährermodell als Idealvorstellung ab – und von ihrer damit  
8 verbundenen, kapitalismusimmanenten Fremdbestimmung durch die  
9 Erwerbsarbeit – können sie stärker in die Welt ihrer Familien rücken.  
10 Dies wiederum eröffnet vielen Frauen Chancen, Freiräume und  
11 Zugang zu Ressourcen. Der Wegfall „männlicher“  
12 Herrschaftsprinzipien würde sich ebenfalls positiv auf die  
13 gesellschaftliche Akzeptanz anderer Lebens-, Sexual- und  
14 Familienvorstellungen abseits der Heteronormativität auswirken.  
15  
16 **Was gute Männerpolitik ausmacht**  
17  
18 Eine gute und erfolgreiche Männerpolitik kann also ausschließlich in  
19 Zusammenarbeit mit und in stetiger kritischer Begutachtung einer  
20 feministischen Frauenpolitik geschehen. Denn das übergeordnete Ziel  
21 einer jeden Geschlechterpolitik muss die Beendigung des Patriachats  
22 und die Gleichberechtigung aller Geschlechter in allen

23 Lebensbereichen sein. Neben dem übergeordneten Ziel einer  
24 geschlechtergerechten Gesellschaftsordnung muss eine  
25 emanzipatorische Männerpolitik als eigenständiges Pendant zur  
26 Frauenpolitik auch eigene Interessen verfolgen. Sie betrachtet  
27 männliche Interessen, Bedürfnisse und auch mögliche  
28 Diskriminierungen unter Genderaspekten und versucht entsprechend  
29 Einfluss zu nehmen. Eine eigenständige Männerpolitik verfolgt  
30 einerseits das klare Ziel, hegemoniale Männlichkeitsbilder zu  
31 kritisieren, aufzubrechen und abzubauen und alternative Modelle  
32 „männlicher“ Identität zu stärken. Werden traditionelle Stereotype,  
33 Rollenerwartungen und Normen sichtbar gemacht, können  
34 gleichzeitig emotionale Prinzipien Zugang zu „männlichen“ Identitäten  
35 finden. Andererseits soll Männerpolitik ganz konkrete Problemfelder  
36 bearbeiten.  
37 Zu diesen Problemfeldern gehört die emotionale Stärkung von  
38 Jungen, die Abwesenheit von Männern in sozialen Berufen, die  
39 Stärkung von Männern im familiären Kontext, das Thema Männer  
40 und Gewalt sowie die physische und psychische Gesundheit von  
41 Männern.  
42 Frauenpolitische Akteur\_innen zeichnen sich durch ein hohes Maß an  
43 Gendersensibilität aus, mit welcher sie männerpolitische Initiativen  
44 unterstützen können. Gleichzeitig sind die Erfahrungen mit den

1 konkreten diskriminierenden Auswirkungen „männlicher“ Hegemonie  
2 ein zwingend notwendiges kritisches Korrektiv um zu verhindern,  
3 dass diese Prinzipien Eingang in männerpolitische Initiativen finden –  
4 und antifeministisch missinterpretiert werden. Nichtsdestotrotz  
5 müssen die wichtigsten Akteure der Männerpolitik gendersensible  
6 Männer sein. Der Umgang mit männerspezifischen Problemen wie  
7 Gewalt, Sexualität oder Identität verlangt ein gleich hohes Maß an  
8 Diskretion und Sensibilität wie der vergleichbare Umgang mit  
9 frauenspezifischen Situationen. Der Kontakt zu gendersensiblen  
10 Männern schafft Schutzräume, in denen Vertrautheit und männliche  
11 Solidarität helfen, Ängste abzubauen und Momente von Schwäche  
12 zuzulassen.

13  
14 **Blick auf die Erziehung: Große Jungen weinen nicht?**

15  
16 Wichtig zu betonen ist uns hier noch einmal: Wie neue  
17 neurobiologische Forschungen aufzeigen, sind psychologische und  
18 hirnbioologische Unterschiede zwischen allen Geschlechtern kleiner als  
19 bisher angenommen. Fähigkeiten wie sich gut orientieren zu können  
20 oder systematisch zu arbeiten, bzw. empathisch zu sein oder Sprachen  
21 einfach zu erlernen, sind nicht typisch männlich oder weiblich – sie  
22 werden uns also nicht mit den Geschlechtschromosomen in die Wiege

23 gelegt. Vor allem die Umwelt prägt und formt unser Gehirn. Die  
24 Neurobiologie distanziert sich aus dieser Erkenntnis von  
25 biologistischen Rollenzuweisungen, die uns erklären wollen, „warum  
26 Männer nicht zuhören und Frauen nicht einparken können“.<sup>4</sup>  
27  
28 In der Erziehung von Kindern spielt das familiäre Umfeld als erster  
29 Verantwortungsraum und primäre Sozialisationsinstanz natürlich eine  
30 wichtige Rolle. In diesem Umfeld übertragen Eltern bzw.  
31 Erziehungsberechtigte – ob beabsichtigt oder nicht – jedoch  
32 automatisch auch ihre eigenen Vorstellungen von Geschlechterrollen  
33 auf ihre Kinder. Skizziert und ausschnittartig ergibt sich folgendes  
34 Bild aus den Kinderzimmern in Deutschland: Von Anfang an  
35 sprechen viele der Eltern unterschiedlich mit ihren Neugeborenen und  
36 Kindern. Jungs werden viel öfter auf Formen oder Zahlen  
37 hingewiesen als Mädchen. Mütter tragen immer noch die Hauptlast  
38 der Kinderbetreuung und Väter (auch wenn die Anzahl der Männer,  
39 die modernisierte und egalitäre Geschlechterverhältnisse befürworten  
40 und leben, langsam zunimmt) beteiligen sich seltener an der  
41 Erziehung, unter anderem auch wegen der ausufernden Arbeitszeiten,

---

<sup>4</sup> Wer sich tiefer in die Thematik einlesen will, findet hier eine aktuelle Meta-Analyse zu Geschlechterunterschieden, die 13 Studien mit mehr als 13.000 Proband\_innen auswertet: [www.psych.rochester.edu/people/reis\\_harry/assets/pdf/CarothersReis\\_2012.pdf](http://www.psych.rochester.edu/people/reis_harry/assets/pdf/CarothersReis_2012.pdf).

1 wobei aus dem Ersten Gleichstellungsbericht der Bundesregierung aus  
2 2011 hervorgeht, dass drei Viertel der Väter gern ihre Arbeitszeiten  
3 reduzieren würden. Vorlesestudien der letzten Jahren besagen  
4 außerdem, dass „Väter ihren Kindern deutlich seltener vor[lesen] als  
5 Mütter. Während 29 Prozent der Mütter ihren Kindern täglich  
6 vorlesen, machen dies nur neun Prozent der Väter.“<sup>5</sup> Hinzukommend  
7 begegnen den Kindern in ihrem Alltag Spielzeuge, Bücher oder  
8 Werbung, die mit Stereotypen durchsetzt sind.  
9  
10 Hinter all diesen Entwicklungen verbergen sich die  
11 Selbstverständnisse der Erwachsenen und auch deren Erwartungen an  
12 ihre Kinder, mit denen die Kleinen konfrontiert werden und die  
13 selbstverständlich sie und ihre Rollenbilder prägen. Jungen orientieren  
14 sich in ihrem Umfeld somit an konventionellen Männlichkeitsbildern,  
15 aber auch zunehmend an neuen Mustern – was neue Horizonte  
16 eröffnen, aber auch den Rückzug zu archaischen  
17 Maskulinitätsvorbildern bedeuten kann, da die emanzipatorische  
18 Entwicklung noch nicht weit fortgeschritten ist, und vor allen Dingen  
19 noch nicht in der Breite der Gesellschaft angekommen ist. Der  
20 gesellschaftliche Appell an Jungen lautet leider meist nach wie vor

---

<sup>5</sup> Siehe: [www.stiftunglesen.de/institut-fuer-lese-und-medienforschung/forschungsprojekte/vorlesestudie](http://www.stiftunglesen.de/institut-fuer-lese-und-medienforschung/forschungsprojekte/vorlesestudie).

21 „Steh Deinen Mann!“ oder „Sei ein Kerl“. Sie werden nach dem  
22 Muster der hegemonialen Männlichkeit sozialisiert: So wird  
23 vermittelt, dass ein „richtiger Kerl“ heterosexuell ist (besonders im  
24 Fußball ist das ja ein gängiges Muster), er handelt stets vernünftig,  
25 zeigt wenig Emotionen und sagt, wo es langgeht.<sup>6</sup> Wer hat nicht schon  
26 einmal den Ausspruch „Große Jungen weinen nicht!“ im  
27 Kindergarten, von den Großeltern oder aus der Werbung gehört?!

28

29 Für uns Jusos ergibt sich daraus:

30 ➤ Für eine emanzipatorische Männerpolitik muss es ein erklärtes  
31 Ziel sein, dass Jungen in ihrer Entwicklung individuell  
32 unterstützt und ihnen keine Korsetts aufgezwungen werden. Es  
33 darf keinen Rollback der festgefahrenen Rollenbilder geben!

34 ➤ Wir setzen uns für eine Förderung von Vätern als Vorbilder für  
35 ihre Kinder ein. Sie sollen wie selbstverständlich eine  
36 gewichtige Rolle innerhalb der Erziehung und Sozialisation  
37 ihrer Kinder einnehmen. Diese Förderung kann anhand einer  
38 Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich, wie von der

---

<sup>6</sup> Vgl. Möller, Kurt: Männlichkeit, Mannhaftigkeit und Mannbarkeit: Wie aus Jungen Männer werden. In: APuZ 40/2012, S. 41-46. Möller stellt auch heraus, dass Jungen auch diejenigen Kinder und Jugendlichen sind, die sich männlich fühlen aber nicht unbedingt von ihrer Umwelt so wahrgenommen werden, oder diejenigen, die als männlich gelten, ohne dass dies dem Eigenempfinden nach so ist sind.

1 Mehrheit der Eltern gewünscht, von staten gehen.  
2  
3 **„Die“ Jungs sind keine Bildungsverlierer!**  
4  
5 Neben der Familie sind auch die Bildungseinrichtungen bedeutende  
6 Sozialisationsräume von Kindern und Jugendlichen. Immer wieder  
7 flammen Debatten um die Benachteiligung von Jungen im deutschen  
8 Schulsystem auf. Vor einigen Jahren wurden auf verschiedenen  
9 Titelblättern von Zeitschriften und Zeitungen „die“ Jungen wieder als  
10 Bildungsverlierer in Deutschland dargestellt. Oft hieß es in  
11 aufgeheizten, konservativen Kreisen, dass eine „bedrohliche  
12 Feminisierung der Bildung“ dafür zuständig sei, dass Jungs in der  
13 Schule abgehängt wurden. Doch blickt man hinter die Fassade und  
14 analysiert anhand von Fakten, wie es dazu kommen konnte, dass  
15 junge Frauen momentan eine 1,4-fach höhere Chance des  
16 Abiturerwerbs gegenüber jungen Männern haben und Jungen die  
17 Schüler\_innenschaft auf Haupt- und Förderschulen dominieren, ergibt  
18 sich ein differenzierteres Bild:  
19  
20 Wie wir oben beschrieben haben, unterliegen Jungen noch oftmals  
21 den traditionellen gesellschaftlichen Erwartungen, sich männlich und

22 damit nach dem Motto „lebe wild und gefährlich“ zu präsentieren. In  
23 der aktuellen Jugendforschung zeigt sich, dass Jungs tendenziell  
24 größere Probleme bei ihrer Geschlechtsrollenidentität haben als  
25 Mädchen. Diese Feststellung muss bei der Analyse der  
26 Bildungsbiographien mitgedacht werden. „Wenn zum Beispiel Jungs  
27 versuchen, durch Leistungsverweigerung Anerkennung zu gewinnen,  
28 hingegen Mädchen flexibler und interessierter in der Schule präsent  
29 sind, dann ist das eben nicht nur ein Bildungsproblem.“<sup>7</sup> Oben  
30 beschriebene konservative Männlichkeitsmuster und damit  
31 verbundene Lern- und Verhaltensweisen kollidieren somit mit den  
32 strukturellen Erwartungen der Institution Schule – fleißig und  
33 gehorsam zu sein und still zu halten.  
34  
35 Was jedoch noch relevanter erscheint: Bildungserfolg wird in  
36 Deutschland „vererbt“. Deswegen gibt es sowohl innerhalb der  
37 Gruppe der Jungen als auch in der Gruppe der Mädchen wesentliche  
38 Unterschiede in den Bildungsbiographien. Arbeiter\_innenkinder  
39 erwerben seltener einen höheren Bildungsabschluss, wohingegen von  
40 den Kindern, deren Eltern selbst ein Abitur erworben hatten, etwa

---

<sup>7</sup> Harry Friebel / Volker Handke: Jungs - werden sie die Sorgenkinder unserer Gesellschaft?“ Diskussionspapier zu Workshop 1, Arbeitstagung „Männlichkeiten in Bewegung – Analysen, Perspektiven, Positionen“ des Forum Männer, Oktober 2010.

- 1 zwei Drittel ein Gymnasium besuchen. Eltern mit einem niedrigeren 23  
2 Bildungsgrad können insbesondere ihre *Söhne* oft nicht zu einem 24  
3 weiterführenden Schulbesuch motivieren. Die gleichen Hürden treffen 25  
4 auch Jungen mit einer Migrationsgeschichte. Die soziale Herkunft und 26  
5 der Migrationshintergrund des Kindes spielen somit als Faktoren eine 27  
6 große Rolle dabei, welche Erfolge ein Junge in der Schule haben 28  
7 kann. 29  
8 30  
9 Was außerdem in der Debatte oftmals vergessen wird, aber eine 31  
10 interessante Entwicklung ist, dass sich beim Eintritt in eine 32  
11 Erwerbstätigkeit die geschlechtsspezifische Ungleichbehandlung 33  
12 umkehrt: Junge Männer kriegen – trotz schlechterer Schulabschlüsse – 34  
13 eher einen Ausbildungsplatz und junge Frauen werden entgegen der 35  
14 anfänglichen Erfolge insgesamt durchschnittlich deutlich schlechter 36  
15 bezahlt als ihre „männlichen“ Kollegen. 37  
16 38  
17 ➤ Wir fordern deswegen die Umsetzung einer gendersensiblen 39  
18 Bildung, von innovativen pädagogischen Konzepten, die das 40  
19 Individuum in den Fokus rücken, und so Jungen und auch 41  
20 Mädchen gleichermaßen stärken und ihnen vielfältige 42  
21 Entwicklungsmöglichkeiten aufzeigen. Kein Kind darf vom 43  
22 Bildungssystem aussortiert und stigmatisiert werden! Unsere 44
- Vorstellung einer gerechteren Bildung umfasst z.B. das  
gendersensible Agieren der Erzieher\_innen und Lehrer\_innen  
(das auch das Reflektieren der eigenen Geschlechterrollen  
meint) und die gesellschaftliche Vielfalt widerspiegelnde  
Darstellungen in Schulbüchern.
- Außerdem muss die Schulsozialarbeit erhalten bleiben und  
gestärkt werden. Ihre Finanzierung muss garantiert sein. Damit  
kann u.a. den Bildungsunterschieden aufgrund der sozialen  
Herkunft und des Zuwanderungsgeschichte entgegengewirkt  
werden.
- Ein ausgewogeneres Geschlechterverhältnis bei  
pädagogischem Fachpersonal – insbesondere in der  
frühkindlichen Bildung – ist aus verschiedenen  
Gesichtspunkten anzustreben. Sei es, um Kindern eine breite  
Palette an möglichen Vorbildern für ihre Persönlichkeits- und  
Identitätsentwicklung aufzuzeigen, oder aber auch um  
Männern, die Erzieher oder Lehrer werden wollen, keine  
gesellschaftlichen Steine á la „Das ist doch kein Beruf für  
einen echten Mann!“ in den Weg zu legen. Nicht zu vergessen  
gilt hierbei, dass es keine wissenschaftlichen Belegen für die  
Aussage, Pädagoginnen seien schuld für die eher schlechteren  
Schulleistungen von manchen Jungen, gibt. Jedenfalls muss

1 das Personal in den sozialen Räumen Kindergarten, Vorschule,  
2 Grund- und weiterführende Schulen geschlechterreflektiert  
3 arbeiten.  
4 ➤ Es muss zudem eine gendersensible und sexismusfreie  
5 Beratung bei der Berufswahl angeboten und ausgebaut  
6 werden, um allen Jugendlichen eine auf ihre Fähigkeiten und  
7 Wünsche zugeschnittene Hilfestellung zu ermöglichen.  
8 „Typisch weibliche“ und „typisch männliche“ Berufe werden  
9 nämlich auch dadurch zementiert, dass Jugendliche nicht  
10 bestärkt werden, Berufszweige außerhalb der ihrem sozialen  
11 Geschlecht zugeschriebenen Sphäre auszuprobieren. Das  
12 beschränkt die Entscheidungsspielräume aller Geschlechter.

### 13 **Auswirkungen der hegemonialen Männlichkeit in der Arbeitswelt**

14  
15 Junge Familien haben es zurzeit schwer. Sowohl der Mangel an  
16 Betreuungsplätzen und Erzieher\_innen als auch unflexible  
17 Arbeitszeiten führen dazu, dass ein Elternteil die Berufstätigkeit  
18 aufgeben muss. Für viele bedeutet dies zugleich das Karriere-Aus,  
19 denn wer mehrere Jahre aus dem Beruf ausscheiden muss, findet  
20 häufig schwerer wieder zurück ins Berufsleben. Das derzeitige  
21 Betreuungssystem sieht faktisch vor, dass sich ein Elternteil zwischen

22 Beruf und Familie entscheiden muss. Familien, die versuchen Kinder  
23 und Karriere unter einen Hut zu bringen, müssen zumindest häufig  
24 den Weg in die Teilzeit suchen – bedingt zum Beispiel durch KiTa-  
25 Öffnungszeiten. Am allerhäufigsten sind es schließlich die Mütter, die  
26 sich für die Familie statt des Berufes entscheiden – nicht selten  
27 aufgrund der finanziellen Rahmenbedingungen. Doch der Verbleib  
28 der Väter in der Rolle des Familienernährers hat, wie schon an anderer  
29 Stelle besprochen, unzählige negative Konsequenzen. Der Vater fehlt  
30 in der Familie als Rollenvorbild. Die Abwesenheit aus dem innersten  
31 Familienleben führt nicht selten zu emotionaler Distanzierung und  
32 gefühlter Ohnmacht in familiären Entscheidungen bei Männern. „der  
33 Mann“ selbst ist gezwungen, das eigene Lebensglück abhängig von  
34 seinem Erfolg im Berufsleben zu machen. Männlich dominierte  
35 (Macht-)Strukturen auf dem Arbeitsmarkt werden zementiert und  
36 Frauen in vielen Bereichen der Zugang verwehrt.  
37  
38 Die Liste von unzähligen Faktoren, die hier eine Rolle spielen, ist  
39 lang. Berufe, in denen vornehmlich Frauen arbeiten (Pflege, Soziales,  
40 Erziehung, Haushaltsdienstleistungen, etc.), sind häufig wesentlich  
41 schlechter bezahlt als jene, in denen vorrangig Männer arbeiten. Für  
42 junge Familien ist somit der Gehaltsverzicht bei einer Familienzeit der  
43 Mütter weniger schmerzhaft aus finanzieller Sicht. Das steuerliche

1 Ehegattensplitting trägt zusätzlich dazu bei, dass es sich für Frauen  
2 sehr häufig aus finanzieller Sicht kaum lohnt zu arbeiten. Sie suchen  
3 dann mehr oder minder zwangsläufig ihre Erfüllung und den  
4 Lebenserfolg im Familienleben und der Reproduktionsarbeit.  
5 Gesellschaftliche Rollenbilder und Rollenerwartungen leisten ihr  
6 Übriges dazu. Die Fakten sprechen Bände: Die statistisch ermittelte  
7 Differenz zwischen den durchschnittlichen Brutto-Stundenlöhnen der  
8 Männer und denen der Frauen betrug im Jahr 2013 in Deutschland  
9 22%. Frauen müssten umgerechnet 80 Tage länger arbeiten als  
10 Männer, um auf den gleichen Lohn zu kommen.<sup>8</sup> Seit 2007 gibt es  
11 Elterngeld auch für Väter, die zur Betreuung ihrer Kinder zuhause  
12 bleiben. 95% der Mütter nutzen diese Gelegenheit bei 65% der  
13 Lohnfortzahlung ihre Lebenszeit der Erziehung zu widmen, 90%  
14 sogar für über ein Jahr. Obwohl bei den Vätern ein eindeutig positiver  
15 Trend zu erkennen ist, bleiben immer noch nur ca. 30% aller Männer  
16 von der Arbeit zur Kindererziehung zu Hause. Und selbst von diesen  
17 30% beziehen mehr als Dreiviertel aller Väter lediglich zwei Monate  
18 Elterngeld – die gesetzlich vorgeschriebene Mindestdauer.<sup>9</sup>  
19  
20 Besonders hart trifft es im Schichtbetrieb arbeitende Eltern. Diese

21 können die Betreuung eines Kleinkindes und den Berufsalltag kaum  
22 miteinander vereinbaren. Häufig stoßen diese Eltern innerbetrieblich  
23 auf großes Unverständnis von Vorgesetzten und Kollegen, wenn sie  
24 versuchen den Schichtplan dem Familienleben anzupassen. Hier muss  
25 ein gesellschaftliches Umdenken erfolgen, das nur durch ein starkes  
26 Engagement von Arbeitgeber\_innen aber auch gesetzlichen  
27 Regelungen erwirkt werden kann. Daher fordern wir eine Befreiung  
28 von Nachtschichten für jeweils ein Elternteil, bis zur Vollendung des  
29 dritten Lebensjahres des Kindes. Auch in späteren Lebensphasen des  
30 Kindes müssen Eltern die Möglichkeit erhalten, flexibel auf die  
31 Bedürfnisse Ihres Kindes einzugehen. Arbeitszeitmodelle zur  
32 Reduzierung der Arbeitsstunden, Job-Sharing und Gleitzeitmodelle  
33 können hier Abhilfe schaffen. Was für die Schichtarbeit gilt, gilt  
34 ebenfalls für andere Berufszweige. Die Flexibilität von Arbeitszeiten  
35 ist einer der zentralen Bestandteile einer familienorientierten  
36 Arbeitsmarktpolitik. Darüber hinaus muss eine familienfreundliche  
37 Arbeitsmarktpolitik für junge Familien Möglichkeiten eröffnen, aus  
38 den Zwängen der Präsenzkultur auszutreten. Die Möglichkeiten der  
39 digitalen Kommunikation erlauben es in sehr vielen Berufen auch  
40 Home-Office-Tage einzurichten, ohne dass der Betrieb einen  
41 merklichen Verlust an Arbeitskraft verzeichnet. Berufstätige Eltern  
42 würde dadurch aber ein großer Schritt entgegengekommen werden –

---

<sup>8</sup> [www.equalpayday.de](http://www.equalpayday.de).

<sup>9</sup> <http://www.zeit.de/gesellschaft/2013-05/elternzeit-statistik-vaeter>.

1 es würde ihnen die Organisation ihres Familienlebens erheblich  
2 erleichtern.  
3  
4 Um die Zielsetzung eines Ausgleiches der Geschlechterrollen zu  
5 erreichen, ist eine Unterstützung der aktiven Vaterschaft  
6 unumgänglich. In vielen Bereichen der Kindesversorgung wird heute  
7 schon der Fokus auf eine „nachhaltige Familienpolitik“ gelegt: So  
8 kann jedes Elternteil gleichermaßen Erziehungsgeld oder Elternteilzeit  
9 beantragen. Direkt nach der Geburt des Kindes liegt die  
10 Verantwortung in der Realität aber immer noch bei der Mutter.  
11 Gerade in den ersten Wochen nach der Geburt ist die Belastung für  
12 die Eltern durch die neue Situation besonders hoch. Daher fordern wir  
13 einen Vaterschaftsurlaub von 10 Arbeitstagen direkt nach der Geburt  
14 des Kindes. Außerdem halten wir es ob der eklatanten  
15 Elternzeitverteilung unumgänglich, eine verpflichtende paritätische  
16 Verteilung der Elternzeit, die über ein Jahr hinaus geht einzuführen.  
17 Unabhängig von der Zeit des Mutterschaftsurlaubes fordern wir, dass  
18 Familien nur dann vollen Anspruch auf die Auszahlung des  
19 Elterngeldes haben, wenn sie ihre Elternzeit paritätisch aufteilen.  
20 Ähnlich wie bei der Einführung von Quotenregelungen für Frauen in  
21 Führungspersonen sehen wir die verpflichtende Natur einer solchen  
22 Regelung für absolut notwendig an, um gesellschaftlich verkrustete

23 Strukturen zu durchbrechen und neue Realitäten zu schaffen. Der  
24 Eingriff in die persönliche Entscheidungsfreiheit wird als wesentlich  
25 geringer eingeschätzt als der gesamtgesellschaftliche und vor allem  
26 auch als der individuelle Nutzen einer solchen Regelung. Denn viele  
27 Männer würden sich gerne mehr Zeit für ihre Familie nehmen, jedoch  
28 scheuen sie davor zurück, weil die Familienauszeit für Männer unter  
29 Kolleg\_innen belächelt wird oder mit Karriereeinbußen zu rechnen  
30 ist. Die verpflichtende paritätische Aufteilung der Elternzeit ist vor  
31 allem ein Signal an die Akteure der Arbeitswelt, für mehr Akzeptanz  
32 für Väter zu sorgen. Es ist an der Zeit, dass sich die Arbeitswelt einem  
33 veränderten Familienbild anpasst. Während sich 1978 noch ein  
34 Großteil der Männer als "Ernährer" verstand, waren es 2009 nur noch  
35 38 Prozent. Aktuell sehen sich 46 Prozent der befragten Männer unter  
36 45 Jahren eher als "aktive Erzieher". Besonders Arbeitgeber\_innen  
37 sind aufgefordert, diesen Prozess des gesellschaftlichen  
38 Rollenwandels aktiv zu unterstützen: Gleichstellungsstellen müssen  
39 sich auch mit der Unterstützung berufstätiger Väter beschäftigen. Zur  
40 Sensibilisierung der Gleichstellungsbeauftragten für  
41 männerspezifische Probleme ist in vielen Betrieben Umdenken  
42 gefragt. Wir fordern staatlich geförderte Fortbildungsmöglichkeiten  
43 für Gleichstellungsbeauftragte und Personalverantwortliche für dieses  
44 Themenfeld. Die Förderung der aktiven Vaterschaft und somit auch

1 die Unterstützung von Vätern, die eine Elternzeit antreten möchten,  
2 muss durch Arbeitgeber\_innen und Belegschaft gefördert werden.  
3  
4 Flexible Arbeitszeitmodelle, verpflichtende Elternzeit,  
5 Sensibilisierung von Gleichstellungsbeauftragten für  
6 männerspezifische Probleme, Möglichkeiten zur Einrichtung von  
7 Home-Office-Tagen, all das wird nur einen tatsächlichen Einfluss auf  
8 die Vereinbarkeit von Familie und Beruf haben, wenn sich die  
9 Gehaltsunterschiede von Männern und Frauen auflösen. Die  
10 sogenannte Gender-Pay-Gap, der geschlechtsspezifische  
11 Einkommensunterschied, ist die größte Hürde für eine Gleichstellung  
12 von Frauen und Männer in Beruf und auch in der Familie. Dafür muss  
13 einerseits eine Anpassung des Entgeltgleichheitsgesetzes erfolgen,  
14 gleichzeitig muss aber auch sehr viel für die Akzeptanz und  
15 Wertschätzung von Pflege-, Sozial- und Erziehungsberufen getan  
16 werden. Die Entlohnung in diesen Berufen muss eindeutig erhöht  
17 werden, denn die gesellschaftliche Leistung der Arbeitnehmer\_innen  
18 in diesen Berufen steht in keinem Verhältnis zu deren aktueller  
19 Bezahlung. Dies ist auch ein Grund, weshalb so wenige Männer in  
20 diesen Berufen arbeiten. Soziale Berufe sind keine Frauensache, sie  
21 sind Menschensache. Daher fordern wir ebenfalls einen Ausbau der  
22 Fördermaßnahmen, um Männer in soziale Berufe zu bringen. Der

23 Boys'-Day ist dafür schon ein guter Anfang, doch letztlich geht kein  
24 Weg an monetären Anreizen vorbei.  
25  
26 Politik kann großen Einfluss auf die gelebten Rollenbilder ausüben.  
27 Besonders die Diskriminierung arbeitender Mütter ist ein Problem,  
28 das sich durch alle Gesellschaftsschichten zieht. Dies kann nur durch  
29 die Wandelung des Gesellschaftsbildes der Frau als Individuum und  
30 nicht dem der Hausfrau und Mutter erreicht werden. Durch die  
31 Förderung der Gleichstellung der Geschlechter mit Hilfe eines gut  
32 durchdachten Betreuungssystems für Kinder und Jugendliche sowie  
33 die Unterstützung der aktiven Vaterschaft können traditionelle  
34 Rollenverhältnisse aufgebrochen werden.

35

### 36 **Der geschundene Mann – Männlichkeit und Gesundheit**

37

38 Die Lebenserwartung von Männern ist im Schnitt in Deutschland  
39 immer noch knapp fünf Jahre kürzer als die gleichaltriger Frauen.  
40 Diese Divergenz wurde lange Zeit auf biologische Unterschiede  
41 zwischen den Geschlechtern zurückgeführt. In jüngerer Zeit wurde  
42 aber herausgefunden, dass die unterschiedliche Lebenserwartung vor  
43 allem auf das geringere Gesundheitsbewusstsein von Männern, sowie  
44 die höhere Risikobereitschaft und die potenziell höhere

1 Morbiditätsrate in typischen Männerberufen zurück zu führen ist.  
2 Allein 40 bis 60 Prozent des Geschlechtsunterschieds in der  
3 Lebenserwartung sind Folge des Rauchens von Tabak. Das Ergebnis  
4 einer Klosterstudie aus dem Jahre 2006, bei der die Lebenserwartung  
5 von Mönchen und Nonnen verglichen wurde, welche unter relativ  
6 gleichen Lebensbedingungen altern, ergab, dass bei  
7 Ordensmitgliedern geringere Unterschiede bei der Lebenserwartung  
8 vorliegen. In Folge dieser Studie können biologische Ursachen bei der  
9 früheren Sterblichkeit von Männern im Wesentlichen ausgeschlossen  
10 werden. Der biologische Beitrag der Übersterblichkeit von Männern  
11 wird auf höchstens zwei Jahre geschätzt.<sup>10</sup>

12  
13 Der bei Männern immer noch weiter und stärker verbreitete  
14 Alkoholkonsum ist einer der Gründe für die höhere Morbiditätsrate  
15 bei Männern. Der Alkoholkonsum endet bei Männern auch häufiger in  
16 einer Alkoholsucht als bei Frauen. Statistisch betrachtet erfüllen in  
17 Deutschland etwa 3,4 Prozent der Männer im Alter von 18 bis 64 die  
18 üblichen Diagnosemerkmale einer Alkoholabhängigkeit. Bei den  
19 Frauen in der gleichen Alterspanne sind dies nur etwa 1,4 Prozent.<sup>11</sup>

---

<sup>10</sup> Marc Luy, Leben Frauen länger oder sterben Männer früher?, Public Health Forum Band 14 Heft 50, 2006.

<sup>11</sup> Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA).

20 Außerdem hat ungefähr jeder dritte Mann in diesem Lebenszeitraum  
21 einen problematischen Alkoholkonsum. Unter den Frauen trifft dieses  
22 Verhalten nur auf jede neunte Frau zu. Diese unterschiedlichen Zahlen  
23 sind wohl auch darauf zurück zu führen, dass gerade bei jungen  
24 Männern immer noch gesellschaftliche Rollenbilder und Erwartungen  
25 existieren, in denen sie ihre Männlichkeit durch hohen  
26 Alkoholkonsum bestätigen müssen. Jemand, der keinen oder wenig  
27 Alkohol trinkt, wird häufig als schwach und unmännlich bewertet.  
28 Außerdem hat Alkohol häufig die Funktion, Gemeinsamkeiten in  
29 Männerrunden zu schaffen. „Mann“ trinkt gemeinsam bis zum  
30 Vollrausch. Auch die Werbung reproduziert dieses Rollenbild vom  
31 trinkenden Mann. Ein Großteil der Darsteller in der Alkoholwerbung  
32 sind Männer. Vor allem in Bierwerbespots wird auf männliche  
33 Schauspieler oder Models gesetzt. Dies führt auch dazu, dass riskanter  
34 Alkoholkonsum besonders im Alter zwischen 18 bis 24 Jahren bei  
35 Männern deutlich weiter verbreitet ist als bei gleichaltrigen Frauen.  
36 Auch führen die erhöhte Risikobereitschaft, die durch den hohen  
37 Alkoholkonsum entsteht sowie häufig auftretende gegenseitige  
38 Machtdemonstrationen im Rausch dazu, dass Männer unter Alkohol  
39 häufiger Verkehrsunfälle erleiden oder in Schlägereien verwickelt  
40 werden.

41

1 Erhöhter Alkoholkonsum kann aber auch das Anzeichen für den  
2 Beginn einer Depression bei Männern sein. Depressionen äußern sich  
3 bei Männern häufig zunächst anders als bei Frauen, nämlich mit  
4 Alkohol, Aggressivität und Arbeitswut. Da das nicht die typischen  
5 Anzeichen einer Depression sind, werden Depressionen bei Männern  
6 häufig nicht diagnostiziert und daher auch nicht therapiert. Das erklärt  
7 auch, dass das weibliche Risiko, an einer Depression zu erkranken,  
8 laut Statistiken doppelt so hoch sei als bei Männern, aber trotzdem  
9 Männer mehr als dreimal so häufig Suizid begehen als Frauen,  
10 obwohl Depressionen als die Hauptursache für Selbsttötungen gelten.  
11 Die typischen Anzeichen einer Depression – bedrückt sein, Freud-  
12 und Antriebslosigkeit zu empfinden – treten bei Männern oft erst auf,  
13 wenn die Krankheit schon voll ausgeprägt ist. Vorherige Warnzeichen  
14 wie mangelnde Energie, Lust- und Appetitlosigkeit, ständige  
15 Müdigkeit und Schlafprobleme werden von Männern häufig ignoriert  
16 oder durch Aggressivität gegenüber dem engeren Umfeld  
17 kompensiert. Daher ist es schwierig, die Krankheit bei Männern zu  
18 entdecken und die Zeichen richtig zu deuten. Viele Männer können  
19 die Krankheit hinter ihren körperlichen Symptomen nicht erkennen,  
20 sondern die Familie bemerkt zuerst, dass etwas nicht stimmt. Grund  
21 dafür ist unter anderem, dass eine Depression immer noch als  
22 Frauenkrankheit gilt und es vielen Männer daher schwer fällt, Hilfe in

23 diesem Bereich anzunehmen. Auch Mediziner\_innen haben häufig  
24 Schwierigkeiten, die Depression hinter den körperlichen Symptomen  
25 zu erkennen. Ein Bewusstsein für depressive Erkrankungen bei  
26 Männern entwickelt sich erst langsam.  
27  
28 (Sexualisierte) Gewalt gegen Männer und insbesondere Jungen wird  
29 häufig nicht differenziert genug diskutiert, es fehlen momentan noch  
30 ausreichend Forschungsergebnisse, um einen sachlichen Überblick zu  
31 bekommen und eine gezielte Opferhilfe bereitzustellen. Zwar hat sich  
32 eine Studie des Robert- Koch- Institut zum Thema „Gesundheit  
33 Erwachsener in Deutschland“ aus dem Jahr 2013 auch mit dem  
34 Thema „Körperliche und psychische Gewalterfahrung in der  
35 deutschen Erwachsenenbevölkerung“ beschäftigt und dabei auch  
36 unterschiedliche Erfahrungen bei Männern und Frauen aufgezeigt,  
37 doch wurden hier sexuelle Gewalterfahrungen der Probanden  
38 vollständig außer Acht gelassen, sodass ein umfassender Vergleich  
39 der Gewalterfahrungen zwischen den Geschlechtern aus dieser Studie  
40 nicht möglich ist. Nach dieser Studie üben Männer eher Gewalt im  
41 sozialen Raum und am Arbeitsplatz aus, während Frauen dies eher im  
42 häuslichen Bereich tun.<sup>12</sup> Konkret üben Frauen gegenüber Männern  
43 Gewalt oftmals in Beziehungen über Schläge, Ohrfeigen, Tritte und

---

<sup>12</sup> DEGS des Robert- Koch- Institut (2013).

1 an den Haaren ziehen aus. Daneben kommt es oft zu psychischer  
2 Gewaltausübung wie Beleidigungen, Bedrohungen, Beschimpfungen  
3 oder Schikanen. Das Ergebnis dieser Studie aus dem letzten Jahr  
4 überrascht so, weil das Thema Männer als Gewaltopfer  
5 gesellschaftlich weitgehend unbekannt ist. Es wurde noch nicht  
6 ausreichend thematisiert und analysiert, weshalb es auch kaum  
7 Studien dazu gibt. Viele Männer wagen es nicht über ihre  
8 Gewalterfahrungen in Beziehungen zu reden, weil die Scham schwer  
9 wiegt, Opfer von Gewalt zu sein – das passt immer noch nicht ins  
10 gesellschaftliche Männerbild.  
11  
12 Außerdem erleben Männer häufig Gewalt auch von anderen Männern.  
13 Gerade junge Männer werden häufig Opfer von Gewalt, die von  
14 anderen Männern begangen wird. Hier spielt die hegemoniale  
15 Männlichkeit wieder eine ausschlaggebende Rolle. Die Orte, an denen  
16 Männer Gewalt erfahren, sind sehr unterschiedlich. Sie reichen von  
17 der Schule und der Bundeswehr über das Gefängnis und das Heim bis  
18 hin zur Clique und der Familie.  
19 Insgesamt üben Männer immer noch signifikant häufiger Gewalt aus  
20 als Frauen. Im Jahr 2003 kamen bezogen auf die Gewaltkriminalität  
21 sieben männliche Tatverdächtige auf eine weibliche Tatverdächtige.  
22 Opfer der meisten Gewaltdelikte sind häufiger Männer als Frauen, da

23 Delikte wie Körperverletzung, Raub und Totschlag häufig von  
24 Männern gegen Männer ausgeübt werden. Bei Sexualdelikten sieht  
25 dies allerdings anders aus – diese richten sich ganz überwiegend  
26 gegen weibliche Opfer. Sexuelle Gewalt gegen Frauen und Männer,  
27 Mädchen und Jungen wird zu 97 Prozent von Männern ausgeübt.  
28 Opfer sind hier vor allem Frauen, Mädchen und Jungen, erwachsene  
29 Männer dagegen eher selten. Auch ist entscheidend: Männer sind  
30 quantitativ in heterosexuellen Partnerschaften in gleichem Ausmaß  
31 wie Frauen von körperlicher Gewalt betroffen. Doch wird der  
32 Schweregrad, die Bedrohlichkeit und die Häufigkeit erlebter Gewalt  
33 mit einbezogen, zeigt sich, dass Frauen häufiger von schwerer und in  
34 hoher Frequenz von Gewalt in Partnerschaften betroffen sind.<sup>13</sup>  
35 Auch diesem Phänomen „männlichen“ Verhaltens muss mit einer  
36 feministischen Männerpolitik entgegen gesteuert werden. Es darf  
37 nicht weiterhin normal sein, dass Männer sehr viel häufiger  
38 Gewalttaten verüben als Frauen, denn dies trägt zur Aufrechterhaltung  
39 von geschlechterhierarchischen Strukturen bei. Außerdem  
40 beeinträchtigt es die Lebensqualität und die Aktionsräume von Frauen  
41 und Männern als Opfer dieser Gewalt.<sup>14</sup>

---

<sup>13</sup> <http://www.bmfsfj.de/doku/Publikationen/genderreport/10-gewalthandlungen-und-gewaltbetroffenheit-von-frauen-und-maennern.html>.

<sup>14</sup> <http://www.bmfsfj.de/doku/Publikationen/genderreport/01-Redaktion/PDF-Anlagen/kapitelzehn%2cproperty%3dpdf>

1  
2 Aus diesen verschiedenen gesundheitlichen Gefahren für Männer  
3 lassen sich verschiedene Forderungen an eine emanzipatorische  
4 Männerpolitik ableiten:

5  
6 ➤ Allen voran muss das gesellschaftliche Rollenbild eines  
7 starken und immer gesunden Mannes, der viel Alkohol trinkt,  
8 nicht zum Arzt zu gehen braucht und keine Schwäche bei  
9 körperlichen oder physischen Problemen zeigen darf, abgebaut  
10 werden. Dieses Rollenbild baut Druck auf Männer auf, ihre  
11 Probleme eher zu verheimlichen, als sich helfen zu lassen und  
12 führt auch dazu, dass Männer, die ihre Probleme ansprechen,  
13 dazu aufgefordert werden, diese zu verdrängen oder alleine zu  
14 lösen. Männer müssen aber genauso die Möglichkeiten haben  
15 wie Frauen, in schwierigen Situationen Hilfe in Anspruch zu  
16 nehmen, und sie müssen dann auch ernst genommen werden.  
17 Daher muss das veraltete Rollenbild „des einsamen Wolfes“,  
18 der sein Leben schon allein geregelt bekommt, der  
19 Vergangenheit angehören.

20 ➤ Desweiteren muss im Einzelnen das Gesundheitsbewusstsein  
21 von Männern geschärft werden. Dazu ist an

22 krankenkassenpflichtige Termine bei Ärzten für Männer schon  
23 in jüngeren Jahren zu denken, sowie an eine verstärkte  
24 Suchtberatung gerade mit einem Blick auf Langzeitfolgen im  
25 gesundheitlichen Bereich.

26 ➤ Auch sollte das positive Bild „des trinkenden Mannes“ in den  
27 Medien und gerade in der Werbung überdacht und zumindest  
28 auf die gesundheitlichen Risiken dabei hingewiesen werden.  
29 Alkohol darf in der der breiten Öffentlichkeit nicht weiter als  
30 Voraussetzung für Männlichkeit dargestellt werden. Es muss  
31 auch Männern möglich sein, kein oder wenig Alkohol zu  
32 trinken, ohne dass ihre Männlichkeit in Frage gestellt wird.  
33 Desweiteren darf Alkohol in der breiten Öffentlichkeit nicht  
34 weiter als sozialer Kit in Männergruppen oder auch zwischen  
35 Männern und Frauen suggeriert werden. Vielmehr muss auf  
36 die zwischenmenschlichen Probleme, die durch  
37 Alkoholkonsum entstehen können, hingewiesen werden – z.B.  
38 auf aggressives Verhalten unter Alkoholeinfluss.

39 ➤ Bei einer verstärkten gesundheitlichen Aufklärung von  
40 Männern müssen in Zukunft physische Krankheiten in den  
41 Fokus gerückt werden. Ärzt\_innen müssen auch bei Männern  
42 die Möglichkeit einer Depression oder ähnlicher Leiden  
43 grundsätzlich in Betracht ziehen und dürfen sie nicht als

1 „Frauenkrankheit“ abtun. Auch müssen Männer selbst dafür  
2 sensibilisiert werden, dass auch sie physische Krankheiten  
3 erleiden können, damit sie ihre Symptome erkennen und sie  
4 nicht einfach als schlechte Phase verdrängen.  
5 ➤ Auch im Bereich der Gewalt gegen Männer kommt es  
6 entscheidend auf die Sensibilisierung der Gesellschaft an. Es  
7 muss Männern möglich gemacht werden, offen darüber zu  
8 sprechen, wenn sie Gewalt erfahren haben ohne dass sie dabei  
9 Angst oder Scham empfinden. Dazu müssen auch Männer als  
10 mögliche Gewaltopfer anerkannt werden – unabhängig davon,  
11 ob die Gewalt von anderen Männern oder Frauen ausging.  
12 Desweiteren müssen entsprechende Beratungsstellen  
13 eingerichtet werden und die Polizei sowie die Justiz muss auch  
14 Männer als Gewaltopfer in ihren Möglichkeitshorizont  
15 integrieren.  
16 ➤ Auf der anderen Seite müssen Konflikt- und Gewaltberatungen  
17 für Männer als Täter weiter ausgebaut und gut erreichbar  
18 gemacht werden für Personen aus allen sozialen Milieus.  
19 Gewalt als Mittel der Konfliktlösung muss eingedämmt  
20 werden. Beratungsstellen müssen auch gerade auf junge  
21 Männer zwischen 18 und 25 ausgerichtet werden, da diese  
22 Altersgruppe besonders anfällig für die Ausübung von

23 Gewaltstraftaten ist. Hier muss frühzeitig interveniert werden,  
24 um Gewaltstraftaten zu verhindern und Alternativen  
25 aufzuzeigen.

26

### 27 **Männerberatungsstellen**

28

29 Als Folge der zweiten großen Welle der Frauenbewegung entstanden  
30 in den 1970er und 1980er Jahren in der gesamten Bundesrepublik  
31 offene Frauenberatungsstellen, bei denen Frauen für  
32 frauenspezifische Probleme von kompetenten Fachleuten aus der  
33 Sozialen Arbeit Unterstützung erhalten können.  
34 Frauenberatungsstellen fungieren als Rückzugsorte, Schutzräume,  
35 offene Anlaufstellen und Treffpunkte. Das Erfolgskonzept der  
36 Frauenberatung soll ebenfalls auf eine männerspezifische Beratung  
37 übertragen und entsprechend Männerberatungsstellen bundesweit  
38 eröffnet werden. Soziale und gesundheitliche Problemlagen wie  
39 Krankheit, Suchtverhalten, Depression und die Flucht in Gewalt und  
40 Selbstgewalt neigen dazu sich selbst immer wieder automatisch zu  
41 wiederholen und zu verschärfen, werden sie nicht professionell  
42 behandelt. Bisher gibt es kaum Institutionen, an die sich Männer mit  
43 ihren speziellen Problemen vertrauensvoll wenden können.  
44 Erschwerend kommt hinzu, dass Männer aufgrund ihrer Sozialisation

1 ohnehin dazu neigen Probleme eher zu verdrängen, anstatt sich Hilfe  
2 und Unterstützung zu holen. Die gesellschaftlichen Folgekosten liegen  
3 im Milliardenbereich, von den zwischenmenschlichen nicht zu  
4 sprechen. Ein Teil dieser Kosten ließe sich einsparen, wenn Männern  
5 rechtzeitig und gezielt Hilfe angeboten würde, die sie auch als Mann  
6 ansprechen.

7  
8 Wir fordern, eine Männerberatung institutionell an die Frauenberatung  
9 anzubinden und Synergien zu nutzen. Auch bei gewünschter  
10 Zusammenarbeit der Gleichstellungsbeauftragten muss die konkrete  
11 Beratung in getrennten Räumen stattfinden. Gleiches gilt für die  
12 Finanzierung der Männerberatung. Die Einrichtung von  
13 Männerberatungsstellen darf nicht zu Lasten der Finanzierung der  
14 Frauenberatung fallen. Es müssen neue Gelder bereit gestellt werden  
15 und keine Töpfe aufgeteilt. Denn dadurch würde der Eindruck  
16 erweckt, dass Männer und Frauen zu gleichen Teilen unter  
17 geschlechtsspezifischer Diskriminierung leiden.

18  
19 Männerberatungsstellen können, aufbauend auf der obigen Analyse,  
20 bei folgenden Themen Unterstützung anbieten:<sup>15</sup>

---

<sup>15</sup> Auflistung in Anlehnung an die Tätigkeitsfelder der Männerberatung Berlin  
(<http://www.maennerberatung.de/maennerberatung.htm>).

- 21 - bei Konflikten und Problemen im privaten und beruflichen Bereich
- 22 - bei Partnerschaftskonflikten, bzw. Trennung oder Scheidung
- 23 - bei sexuellen Fragen und Problemen
- 24 - bei Problemen, Ängsten und Hemmungen im Umgang mit Frauen
- 25 - in Lebens- und Sinnkrisen
- 26 - bei sozialen Problemen und drohender Obdachlosigkeit
- 27 - mit Suchtproblemen
- 28 - bei Einsamkeit und sozialer Isolierung
- 29 - bei Gewalterfahrungen als Täter oder Opfer
- 30 - bei Erfahrungen von sexuellen Missbrauch und sexueller Gewalt als
- 31 Täter oder Opfer

32  
33

#### 34 **Fazit und allgemeine Forderungen**

35

- 36 Das Primärziel einer feministischen Männerpolitik muss die
- 37 Sichtbarmachung von Männlichkeit sein. Dies schließt sowohl die
- 38 unterschiedlichen Erscheinungsformen von Männlichkeit ein, als
- 39 auch die Dominanz „männlicher“ Hegemonie sowie
- 40 mänderspezifische Leiden und Probleme. Dieses Primärziel muss
- 41 durch die Einrichtung und (Öffentlichkeits-)Arbeit von
- 42 männerpolitischen Beratungsstellen erfolgen. Diese müssen

1 komplementär zur Frauenberatung finanziert werden und dürfen  
2 diesen keine Haushaltsmittel streitig machen.  
3  
4 Männerpolitische Maßnahmen und Beratungseinrichtungen sollen  
5 dabei von den Erfahrungen und dem Wissensschatz der Frauenpolitik  
6 profitieren. Mit dieser sollen männerpolitische Akteure aus zwei  
7 Gründen organisatorisch und inhaltlich eng zusammenarbeiten.  
8 Einerseits können Synergieeffekte genutzt werden und eine breite  
9 Genderpolitik lässt sich so koordinieren. Andererseits bilden  
10 frauenpolitische Akteur\_innen ein wichtiges kritisches Korrektiv für  
11 die Praxis einer Männerpolitik, die sich an gleichstellungspolitischen  
12 Grundsätzen ausrichtet.  
13  
14 Das Aufbrechen von traditionellen Rollenbildern fängt in der frühen  
15 Kindheit und Jugend an. Daher brauchen Kinder männliche  
16 Rollenvorbilder im sozialen Kontext. Damit sind einerseits ihre  
17 eigenen Väter gemeint, für die eine bessere Vereinbarkeit von Familie  
18 und Beruf gewährleistet werden muss. Die Rolle und Akzeptanz von  
19 Männern und Frauen, die sich eine Familienauszeit nehmen, muss  
20 deutlich gestärkt werden. Andererseits gilt es ebenfalls Männer in  
21 sozialen Berufen zu fördern, die vor allem im frühkindlichen  
22 Bildungsbereich eine alternative Vorbildfunktion übernehmen

23 können. Jedoch ist es mit der Integration von Männern in sozialen  
24 Berufen nicht getan. Die Bildung selbst muss sensibel für  
25 unterschiedliche Erscheinungsformen von Geschlechtlichkeit sein -  
26 das schließt Methoden und Materialien ein.  
27  
28 Möglicherweise rollt gerade eine vierte Welle der Frauenbewegung  
29 heran, die sich seit mehr als einem Jahrhundert weltweit gegen  
30 traditionelle Rollenbilder und für eine gesellschaftliche Gleichstellung  
31 der Geschlechter einsetzt. Hinter ihrer Tür liegt vor allem Geld und  
32 Macht, doch die Wände in den dahinter liegenden Räumen sind kahl,  
33 traurig und Zeichen einer harten und gefühllosen Lebenswelt. Eine  
34 feministische Gleichstellungspolitik muss sowohl zum Ziel haben, das  
35 Geld und die Macht aus dem kleinen Raum herauszuholen und  
36 gerecht zu verteilen, als auch die Türsteher\_innen dabei zu  
37 unterstützen, die große bunte Welt außerhalb ihres Räumchens zu  
38 erkunden und sich von Traditionen zu lösen.

A2

Antragsteller: Unterbezirk Saarlouis  
ANGENOMMEN

2

3 **Rechten „Alternativen“ entgegentreten – Keine Zusammenarbeit**  
4 **mit der „Alternative für Deutschland“**

5

6 Seit der Bundestagswahl 2013 tritt die Partei „Alternative für  
7 Deutschland“ (AfD) bei regionalen und überregionalen Wahlen an.  
8 Seit ihrer Gründung bemüht sich die Partei um ein konservatives und  
9 wirtschaftsliberales Image mit einem hohen Maß an  
10 Wirtschaftskompetenz.

11 Das Auftreten führender Funktionär\*innen innerhalb und außerhalb  
12 der Partei, inhaltliche Positionen, die Mitgliedsstruktur in einzelnen  
13 Landesverbänden sowie das Auftreten der Partei im Wahlkampf  
14 sprechen jedoch eine andere Sprache.  
15 Bekannteste Persönlichkeiten innerhalb der AfD sind Prof. Dr. Bernd  
16 Lucke, Dr. Frauke Petry, Dr. Konrad Adam und Hans-Olaf Henkel.

1

17 Alle samt hochrangige Funktionäre aus Politik, Wirtschaft und  
18 Gesellschaft.

19 Wahlergebnisse der AfD

20 Bei der Bundestagswahl 2013 trat die AfD zum ersten Mal bei einer  
21 bundesweiten Wahl für ein Parlament an. Mit einem Ergebnis von 4,7  
22 % der Stimmen verpasste sie jedoch knapp den Einzug in den  
23 Bundestag.

24

25 Bei der Europawahl 2014 schaffte die AfD mit 7,1% der Stimmen  
26 dann den Sprung ins Europaparlament. Seitdem ist sie dort mit  
27 insgesamt 7 Abgeordneten vertreten. Die Mitglieder des  
28 Europaparlaments der AfD haben sich der Fraktion der Europäischen  
29 Konservativen und Reformisten (EKR) angeschlossen. Sie befindet  
30 sich damit ab sofort in Gesellschaft mit Parteien wie der „Dänischen  
31 Volkspartei“ oder den „Wahren Finnen“, welche beide als  
32 rechtspopulistisch gelten.

1 Auch bei der Kommunalwahl 2014 schaffte die AfD den Einzug in  
2 die kommunalen Parlamente. Sie ist, neben diversen Orts-, Stadt- und  
3 Gemeinderäten und in manchen Kreistagen im Saarland vertreten. Im  
4 Kreistag Saarlouis hat die AfD einen Sitz errungen. Außerdem ist sie  
5 mit jeweils einem Sitz in den Stadträten von Saarlouis und Lebach  
6 vertreten.

7 Einordnung als rechtspopulistische Partei  
8 Unter dem Begriff "Rechtspopulismus" versteht man politische  
9 Strategien, die autoritäre Vorstellungen vertreten und allgemein  
10 verbreitete rassistische Vorurteile ausnutzen und verstärken. Hierzu  
11 zählen u.a. Thesen gegen Einwanderer, die Europäische Union und  
12 sog. „etablierte“ Parteien.

13 Für die AfD gesprochen: Sie hetzt gegen „politische Korrektheit“, die  
14 Asylpraxis und will beispielsweise Volksabstimmungen über  
15 Moscheebauten mit Minaretten.

16 Auch das demokratische Verständnis des Vorsitzenden der AfD,  
17 Bernd Lucke, lässt den Schluss auf die Einordnung zu einer  
18 rechtspopulistischen Partei zu. So musste er unter wütenden Protesten  
19 der Basis seinen Antrag auf Satzungsänderung auf dem Parteitag in

20 Erfurt zurücknehmen, durch den er sich zum Alleinherrscher in seiner  
21 Partei machen wollte.

22 Nach außen betont die Partei ihr Demokratieverständnis durch  
23 Aussagen wie „Wir stehen zum Grundgesetz“ und „Wir wollen mehr  
24 Demokratie wagen, auch mehr direkte Demokratie“.

25 Politische gesehen, vertritt die AfD jedoch ein rückwärtsgewandtes  
26 Gesellschaftsmodell. Sie steht mit ihrem Kurs frontal gegen die  
27 ökonomischen und sozialen Interessen der Arbeitnehmerinnen und  
28 Arbeitnehmer, sowie sozial schwächeren Menschen.

29 Ein politisches Programm, abgesehen von wenigen, geschickt  
30 gewählten Inhalten, besitzt die AfD nicht. Sie nutzt eher eine  
31 „Sammelbeckenstrategie“ mit dem Ziel, aus allen politischen Lagern  
32 Mitglieder und Stimmen zu gewinnen.

33 Dies wird u.a. auch verdeutlicht durch eine Umfrage von infratest  
34 dimap zur jüngsten Landtagswahl in Sachsen, in der 89 % der AfD-  
35 Wähler bestätigen: „die AfD löst zwar keine Probleme, nennt die  
36 Dinge aber beim Namen“.

37 Auch bei den wenigen inhaltlichen Themen, die die AfD bietet, findet  
38 sich ein Widerspruch. Einerseits spricht sie sich gegen den Euro aus,  
39 gleichzeitig bekennt sie sich zu den großen Staatsmännern wie

- |    |   |    |  |
|----|---|----|--|
| 1  | Adenauer, Schmidt, Genscher und Kohl (dem Euro-Gründer                | 20 | • <i>die sozialdemokratischen Mitglieder in allen</i>              |
| 2  | schlechthin).   | 21 | <i>kommunalpolitischen Gremien dazu auf, jegliche</i>              |
|    |   | 22 | <i>Zusammenarbeit mit Mitgliedern der AfD zu verneinen und ihr</i> |
| 3  | Bedeutung für eine mögliche Zusammenarbeit innerhalb und              | 23 | <i>so keine mediale Aufmerksamkeit zukommen zu lassen. Auch</i>    |
| 4  | außerhalb der Parlamente  | 24 | <i>aus machtpolitischen Erwägungen darf keine Zusammenarbeit</i>   |
| 5  | Da die AfD im Kreistag und in den Kommunalparlamenten nur durch       | 25 | <i>mit der AfD erfolgen.</i>                                       |
| 6  | höchstens ein Mandat vertreten ist, steht ihr insoweit „noch“ kein    |    |  |
| 7  | Fraktionsstatus nach dem saarländischen Kommunalrecht zu. Daher       | 26 | • <i>die Ablehnung sämtlicher Anträge der AfD durch die</i>        |
| 8  | sind die Gestaltungsmöglichkeiten des einzelnen Parteimandats relativ | 27 | <i>sozialdemokratischen Mitglieder der kommunalen Parlamente,</i>  |
| 9  | beschränkt, Einberufungs- und Antragsrechte besitzen sie              | 28 | <i>unabhängig von ihrer Sinnhaftigkeit. Sinnvolle Anträge</i>      |
| 10 | beispielsweise nicht.   | 29 | <i>können bei Bedarf durch sozialdemokratische Mitglieder in</i>   |
| 11 | Ziel der AfD dürfte es sein Fraktionsgemeinschaften mit anderen       | 30 | <i>ähnlicher Form erneut eingebracht und dann verabschiedet</i>    |
| 12 | Fraktionen einzugehen, um im Kommunalparlament wirkungsvoll           | 31 | <i>werden. Wir streben an, dass alle demokratischen Parteien</i>   |
| 13 | mitarbeiten zu können. Dies würde ihnen eine breite Palette von       | 32 | <i>einen Konsens darüber bilden Anträge der AfD und NPD</i>        |
| 14 | Rechten gewähren.   | 33 | <i>gemeinsam abzulehnen.</i>                                       |
|    |   |    |  |
| 15 | Aufgrund ihrer inhaltlichen Ausrichtung und ihrer Anlehnung an        | 34 | • <i>die sozialdemokratischen Mitglieder in allen kommunalen</i>   |
| 16 | rechtspopulistische Themen stellt die AfD für Sozialdemokrat*innen    | 35 | <i>Parlamenten auf, den Bürger*innen die Positionen der AfD zu</i> |
| 17 | keine Option für eine mögliche Zusammenarbeit dar.                    | 36 | <i>verdeutlichen und deren Populismus deutlich zu machen.</i>      |
|    |   | 37 | <i>Protestwähler*innen welche die AfD gewählt haben müssen</i>     |
| 18 | Wir fordern deshalb   | 38 | <i>wir versuchen wieder für uns zu gewinnen.</i>                   |
| 19 |   | 39 |  |

**B6**

Antragsteller: Juso Hochschulgruppe  
ANGENOMMEN

2

3 **Einsparungen an der Universität**

4

5 Im vergangenen Sommer wurde die saarländische  
6 Hochschullandschaft vom Wissenschaftsrat begutachtet mit der  
7 Aufgabe, vor dem Hintergrund der von den Hochschulen zu  
8 erbringenden Sparlast, Vorschläge zur Einsparung zu erarbeiten.  
9 Spätestens seit der Veröffentlichung dieses Gutachtens im Januar  
10 diesen Jahres wird im Saarland eine Debatte über die Zukunft der  
11 Universität geführt. Die Summe von über 140 Millionen Euro  
12 Sparvolumen war dabei von der Landesregierung unumstößlich  
13 vorgegeben.  
14 Seit der Regierungserklärung im Juli ist nun von 12% Einsparungen  
15 die Rede. Die Reduzierung basiert unter anderem auf einer geringer  
16 angenommenen Tarifsteigerungen und der festen Einbeziehung von  
17 Unwägbarkeiten wie bspw. Hochschulpaktmitteln, deren

1

18 Vergabekriterien durch den Bund nach 2015 noch nicht  
19 festgeschrieben sind.  
20 Bereits jetzt belegt die Universität bundesweit bei den Ausgaben pro  
21 Studierenden den vorletzten Platz. Bei den Ausgaben pro Lehrenden  
22 sogar den letzten. Fakt ist, dass die von der Landesregierung  
23 vorgegebenen weiteren Sparvorgaben die Universität Qualität,  
24 Studierende und Mitarbeiter kosten wird und die akademische  
25 Grundversorgung im Saarland durch die Schließung von  
26 Studienfächern gefährdet wird.  
27 Für das Saarland und Saarbrücken im Speziellen bedeutet dies ein  
28 Verlust von qualifizierten jungen Menschen. Gerade die Universität  
29 stellt eine zentrale Institution dar, um junge Menschen zu halten und  
30 neue hinzuzugewinnen. Sie erfüllt für die wichtige Altersgruppe der  
31 20- bis 30-jährigen eine Klebe- und Magnetfunktion. Vor dem  
32 Hintergrund der Altersstruktur, der niedrigen AkademikerInnenquote  
33 und dem negativen Wanderungsverhalten der Studienanfänger im  
34 Saarland ist dies ein nicht zu vernachlässigender Aspekt. Sogenannte  
35 »Massenfächer« entfalten hier ihre Wirkung. Eine bevorstehende  
36 Abwanderung von Abiturienten in andere Bundesländer wird diesen

1 negativen Trend verstärken. Junge, gut ausgebildete Erwachsene  
2 werden dem Land bei seiner Weiterentwicklung fehlen!  
3 Zudem können sich viele junge Saarländerinnen und Saarländer ein  
4 Studium außerhalb der  
5 Landesgrenzen schlichtweg nicht leisten. Den Studierenden, die aus  
6 Nicht-AkademikerInnen-  
7 Haushalten kommen, welche an der Universität einen  
8 überdurchschnittlich hohen Anteil  
9 ausmachen, würden durch ein begrenztes Studienangebot  
10 Zukunftschancen verwehrt.  
11 Die Universität darf daher nicht als reiner Kostenfaktor gesehen  
12 werden, sondern spielt eine zentrale Rolle bei der Aufstellung des  
13 Saarlandes für seine Zukunft. Auch und gerade angesichts der  
14 Haushaltslage können wir uns kein ständiges vor und zurück im  
15 Saarland leisten. Wir brauchen eine Hochschulentwicklungsplanung,  
16 welche die Rahmenbedingungen für eine zukunftsfähige Ausrichtung  
17 vorgibt. Die Ausgestaltung dieses Rahmens muss jedoch, im Sinne  
18 der Freiheit von Wissenschaft und Forschung, als Aufgabe der  
19 Universität definiert sein.  
20 Die Strategie für die Universität muss in eine übergreifende  
21 Innovations- und Zukunftsstrategie für das Saarland eingebettet  
22 werden.

23 Bereits die Diskussion über Kürzungsmaßnahmen benötigt eine  
24 Gesamtperspektive im Hinblick auf Effekte und Folgeeffekte, die  
25 ebenso die Einbindung von allen Betroffenen beinhaltet. Ohne diesen  
26 Blick besteht die Gefahr übereilte und wenig durchdachte  
27 Maßnahmen zu treffen, die später einen erheblichen Schaden mit sich  
28 ziehen.  
29  
30 Daher fordern wir:  
31 - eine ausreichende Hochschulfinanzierung. Das letztendliche  
32 Sparvolumen muss am Ende der Diskussion stehen.  
33 - eine transparent geführte Debatte, sowohl auf Landesebene als auch  
34 innerhalb der SPD als Koalitionspartner.  
35 - Einbindung und Anhörung der beteiligten Gruppen in den  
36 Diskussions- und Entscheidungsprozess.  
37 - die Beibehaltung des breiten Fächerangebots und ein Bekenntnis  
38 nicht nur zu den Natur- sondern auch zu den Geisteswissenschaften  
39 - die Qualität des Studiums zu erhalten. Sowohl die Qualität der Lehre  
40 als auch die Qualität des Campus, Service- und  
41 Weiterbildungsangebots müssen erhalten bleiben, um den  
42 Universitätsstandort weiterhin attraktiv zu gestalten.

F3

Antragsteller: Kreisverband Merzig  
Wadern  
ANGENOMMEN

2

### 3 Bekämpfung von Steuerhinterziehung

4

5 Schätzungen zufolge entgehen Bund, Ländern und Kommunen  
6 jährlich 50 bis 100 Milliarden Euro durch Steuerhinterziehung. Was  
7 leider einige als Kavaliersdelikt abtun ist in Wahrheit eine Straftat, die  
8 in großem Ausmaß die Handlungsfähigkeit des Staates beschädigt.  
9 Dennoch wird den Steuerhinterzieher\*innen in Deutschland  
10 Straffreiheit gewährt, sofern sie sich selbst anzeigen. Wer sich dem  
11 Finanzamt rechtzeitig, vor seiner Enttarnung durch die  
12 Steuerfahndung offenbart, kommt weitgehend ungeschoren davon –  
13 unabhängig von der Höhe der hinterzogenen Steuern.  
14 Im Falle einer eingereichten Selbstanzeige sind die neben den  
15 üblichen Zinsen und Hinterziehungszinsen gem. §§ 233a und 235 AO  
16 festzusetzenden Strafzuschläge, sofern diese denn anfallen, zu niedrig.  
17 Derzeit beträgt der Strafzuschlag ab einer hinterzogenen Steuer pro  
18 Tat, also in der Regel pro Jahr, 5%.. Hinzu kommt, dass die

1

19 Geldauflage in der Praxis leider kaum eine Rolle spielt. Im Jahr 2012  
20 wurde der Strafzuschlag nur 89 Mal verhängt – insgesamt waren dies  
21 lediglich 756 056 Euro.

22 Es muss endlich konsequenter gegen Steuerhinterziehung  
23 vorgegangen werden. Wir müssen verhindern, dass unserem  
24 Gemeinwesen die Existenzgrundlage durch die Banalisierung von  
25 Steuerstraftaten entzogen wird und dieses gesellschaftsschädliche  
26 Delikt als echte Straftat und nicht als Kavaliersdelikt geahndet wird.

27

### 28 **Keine Ausnahmen für Steuerhinterzieher\*innen:**

29 Die Straffreiheit bei Selbstanzeige muss unverzüglich abgeschafft  
30 werden. Zwar soll eine Selbstanzeige weiterhin als mildernder  
31 Umstand geltend gemacht werden können, eine Strafe muss dennoch  
32 verhängt werden – genau wie bei anderen Straftaten auch.

33

### 34 **Konsequentes Vorgehen:**

35 Wer Steuern hinterzieht, der schädigt mutwillig die ganze  
36 Gesellschaft. Aus diesem Grund fordern wir als Strafsatz 100% der  
37 hinterzogenen Steuern ab 50.000 Euro. Außerdem muss die Grenze,

1 ab der eine Freiheitsstrafe nicht mehr zur Bewährung ausgesetzt  
2 werden kann von derzeit 1.000.000 Euro auf 100.000 Euro gesenkt  
3 werden. Dazu kann eine kurze Übergangsfrist gewährt werden, in der  
4 sich Steuerhinterzieher\*innen noch zu niedrigeren Strafen selbst  
5 anzeigen können – Straffreiheit wird aber auch hier nicht gewährt.  
6 Um Steuerhinterziehung überhaupt aufdecken zu können, müssen die  
7 Stellen in den Finanzämtern deutlich aufgestockt werden. Da ein/e  
8 Steuerfahnder\*in jährlich etwa eine Million an Mehreinnahmen durch  
9 Eintreiben hinterzogener Steuern bringt, tragen sich diese zusätzlichen  
10 Stellen selbst. Jedoch muss sichergestellt sein, dass den Ländern auch  
11 ein angemessener Anteil dieser Steuern zufließt.

12

13 **Steueroasen trocken legen:**

14 Mit möglichst vielen Nicht-EU-Ländern muss die EU einen  
15 automatischen steuerlichen Informationsaustausch vereinbaren. Mit  
16 Ländern, die sich weigern einen solchen Informationsaustausch  
17 einzuführen, muss der Kapitalverkehr eingeschränkt bzw. teilweise  
18 ganz verboten werden. Innerhalb der EU müssen neben dem  
19 Informationsaustausch gemeinsame Mindeststeuersätze und  
20 Steuerbemessungsgrundlagen eingeführt werden.

21

22 Wir möchten ausdrücklich darauf hinweisen, dass diese kurzfristigen  
23 Maßnahmen nur einen sehr kleinen Teil der Probleme lösen. Sie  
24 entbinden nicht von der Notwendigkeit einer grundlegenden  
25 Umverteilung des Vermögens in unserer Gesellschaft. So wie die  
26 Einführung einer Vermögenssteuer, eines höheren Spitzensteuersatzes  
27 oder die Schließung von Gesetzeslücken zur legalen  
28 Steuervermeidung ist das konsequente Vorgehen gegen  
29 Steuerhinterziehung nur ein kleiner Baustein in der Neuordnung  
30 unseres Steuerwesens.

31

32 Begründung:

33 Erfolgt mündlich

34

G1

Antragsteller: Unterbezirk  
Saarbrücken Stadt  
ANGENOMMEN

1

2 **Organspenden rettet Leben**

3

4 Wir fordern die SPD-Bundestagsfraktion auf, sich für die folgende  
5 Änderung des Organspendengesetzes einzusetzen:

6 Jeder tote Mensch, der die Erfordernisse zur Organspende erfüllt,  
7 spendet seine Organe, außer er, oder sein gesetzlicher Vormund hat zu  
8 Lebzeiten entschieden, dass er dieses nicht möchte.

9

10 **Begründung:**

11 Nach den Organspendenskandalen in der vergangenen Zeit sind die  
12 Zahlen der Organspenden zurückgegangen. Dies kostet viele schwer  
13 kranke Menschen, die auf diese Organe angewiesen sind, das Leben.  
14 Mit der o.g. Regelung schafft man es, mehr Organe gespendet zu  
15 bekommen - es rettet Leben. Diese Regelungen haben viele unserer  
16 Nachbarländer. Fährt man z.B. nach Frankreich und stirbt dort, dann  
17 werden die Organe in Frankreich gespendet, außer man hat ein

18 Schriftstück dabei, das die Organspende ausschließt. Diese Regelung  
19 soll auch in Deutschland gelten.  
20 Seit November 2012 wird in Deutschland jeder über 16 Jahre von der  
21 Krankenkasse angeschrieben, ob dieser Organe spenden möchte. Die  
22 Entscheidung zur Spende bleibt dadurch weiterhin freiwillig. Nur  
23 etwa jeder 4. hat einen Ausweis.  
24 Zurzeit ist es so, dass wenn ein Mensch stirbt und Organe spenden  
25 könnte, überprüft wird, ob dieser einen Organspendeausweis hat, der  
26 diese Situation regelt. Hatte dieser jedoch keinen, dann entscheiden  
27 die Angehörigen. Dies belastet diese zusätzlich, sie müssen den  
28 mutmaßlichen Willen des Verstorbenen gerecht werden. Sie  
29 entscheiden sich oft gegen die Spende, vor allem wenn vorher nicht  
30 über dieses Thema gesprochen wurde. Da die Spender meist jung  
31 sind, haben diese sich wenig mit dem Tod und somit mit der  
32 Organspende zu Lebzeiten beschäftigt.  
33 Organspende ist ein sehr sensibles Thema, dies soll keine Forderung  
34 seien, bei der jeder verpflichtet wird Organe zu spenden. Möchte man  
35 dies nicht, dann soll dies schriftlich ausgeschlossen werden können.  
36 Ein Widerspruch zur Organspende könnte etwa in Personalausweis  
37 oder Führerschein eingetragen werden. Dazu würde bei jeder  
38 Beantragung eines solchen Dokuments gefragt, ob man der Spende  
39 widersprechen möchte. Eine Neuentscheidung wäre jederzeit durch

- 40 Mitführen eines entsprechend ausgefüllten Organspendeausweises
- 41 neueren Datums möglich.
- 42 Durch diese Regelung würden dann deutlich mehr Organe zur
- 43 Verfügung stehen, dadurch fällt die künstliche Verknappung weg und
- 44 die Gefahr des Missbrauchs sinkt deutlich, sodass es erst gar nicht
- 45 mehr zu Skandalen kommt.

**G3**

Antragsteller: Unterbezirk Saar Pfalz  
ANGENOMMEN

1

2 **Ausblutung der Pflege stoppen - Gute Pflege sichern!**

3

4 **Analyse:**

5 Die regelmäßigen Schreckensmeldungen über Gewalt in  
6 Pflegeheimen und Vernachlässigung von Sorgfaltspflichten machen  
7 deutlich, dass im Bereich der Pflege in Deutschland momentan  
8 frappierende Missstände bestehen. Gründe hierfür liegen in der  
9 Überlastung der Pflegekräfte durch die körperlich und seelisch  
10 belastende Arbeit und in den Arbeitsbedingungen. Rufen aus dem  
11 Frei, Mehrarbeit auch unbezahlt, fehlende Pausen  
12 und Stress sind an der Tagesordnung, so dass 74 % der Befragten aus  
13 Kranken- und Altenpflege in der DGB-Umfrage „gute Arbeit“  
14 angeben, ihre Arbeit nicht bis zur Rente  
15 durchhalten zu können.  
16 Erhebungen von Verdi zufolge fehlen allein in deutschen  
17 Krankenhäusern 162 000 Beschäftigte, 70 000 davon allein in der

18 Pflege. Die prekäre Lage speziell der Pflege wird dadurch verschärft,  
19 dass diese häufig Leistungen erbringen muss, die nicht oder nur  
20 unzureichend vergütet werden, so dass die nötigen Pflegestellen nicht  
21 durch die Gelder refinanziert werden, die die Arbeitgeber über das  
22 DRG-System von den Krankenkassen erhalten. Dies wird auch am  
23 Falle der Uniklinik Homburg deutlich, wo im Pflegebereich  
24 nach dem Gutachten einer Unternehmensberatung erhebliche  
25 Stellenkürzungen – 140 an der Zahl - in der Pflege drohen. Das  
26 Personal beklagt jedoch zur gleichen Zeit ein wachsendes  
27 Arbeitsaufkommen. So wurden im Jahr 2011 18,3 Millionen Patienten  
28 in den deutschen Krankenhäusern behandelt, dies sind eine Million  
29 mehr als noch im Jahr 2000. Tendenz: weiter steigend. Die Zahl der  
30 Ärzt/innen stieg in derselben Zeit um 28 489, das  
31 sind 27,3 Prozent. Die Zahl der Beschäftigten mit anderen Tätigkeiten  
32 in der Pflege, Therapie und Hauswirtschaft sank hingegen um 68.338  
33 Vollzeitkräfte. Das macht 9,4 Prozent weniger als noch im Jahr 2000.  
34 In Pflegeheimen ist die Versorgungssituation häufig noch prekärer als  
35 in den Krankenhäusern, da der medizinische Dienst der  
36 Krankenkassen  
37 hier die Einteilung der Patienten in die Pflegestufen vor nimmt und  
38 die Pflegetätigkeiten je nach Stufe pauschal, ebenfalls unabhängig von

39 der tatsächlich erbrachten Leistung bezahlt werden. In der ambulanten  
40 Pflege werden für das Ausführen von Pflegetätigkeiten Zeiten  
41 vorgegeben, in denen eine Tätigkeit zu verrichten ist - unabhängig  
42 von der tatsächlich benötigten Dauer. Möchte der Patient darüber  
43 hinaus beispielsweise ein Gespräch, so kann dieses je nach  
44 Leistungskatalog des Anbieters extra gekauft und privat bezahlt  
45 werden. "Gute" Pflege kann nicht geleistet werden, wenn essentielle  
46 Tätigkeiten wie zum Beispiel das Patientengespräch keine Vergütung  
47 durch die Krankenkassen erhalten. Gute Pflege ist unmöglich, wenn  
48 mit verringerter Personaldecke immer mehr Patienten versorgt werden  
49 müssen. Gute Pflege kann man nicht von Mitarbeitern verlangen, die  
50 regelmäßig Mehrarbeit leisten, die häufig nicht mal vergütet wird, aus  
51 dem Frei gerufen werden, ihre  
52 Pausen nicht einhalten können und körperlich wie psychisch an der  
53 Grenze ihrer Belastbarkeit ihre Arbeit verrichten. Jeder möchte im  
54 Alter und im Krankheitsfalle in den Genuss guter Pflege und  
55 menschlicher statt mürrischer oder gar aggressiver Pflegkräfte  
56 kommen. Diese gute Versorgung muss für jeden Einzelnen garantiert  
57 werden. Wir fordern deshalb:

59 **Forderung:**

60 • Gesetzliche Personalbemessung für alle Krankenhäuser und  
61 Pflegeeinrichtungen in Deutschland sollen durch ein Gremium aller  
62 Verantwortlichen festgelegt werden.  
63 • Zum Ausgleich der dann höheren Kosten eine Erhöhung der zu  
64 zahlenden Sätze der Krankenkassen und Pflegeversicherung, da viele  
65 Pflegekosten durch das DRG-System und die Erstattung durch die  
66 Einteilung in Pflegestufen nicht vergütet werden!

67  
68 **Begründung:**

69 Die Gesundheitsversorgung für Jedermann unabhängig von sozialem  
70 Stand und Geldbeutel stellt einen wichtigen Eckpfeiler des  
71 Sozialstaates dar. Wir können die momentanen Missverhältnisse und  
72 die dadurch entstehende schlechte Versorgung vor  
73 allem für finanziell schwach gestellte Patienten nicht tatenlos  
74 hinnehmen. Zweiklassenmedizin und -pflege stellen Auswüchse des  
75 Kapitalismus dar, die den Zusammenhalt unserer Gesellschaft enorm  
76 gefährden.  
77 Zudem gilt es das nach ursozialdemokratischen Werten agierende  
78 Berufsfeld der Pflege in seinen momentanen Bestrebungen nach  
79 Verbesserung ihrer Situation und derer der Patienten zu unterstützen.

**G5**

Antragsteller: Kreisverband Merzig  
Wadern  
ANGENOMMEN

1

2 **Arbeitnehmer innenrechte im Sozial- und Gesundheitswesen**

3

4 **Analyse**

5

6 Jede dritte Klinik und jeder dritte Kindergarten bundesweit ist in

7 kirchlicher Trägerschaft. Das Gestaltungsrecht der Kirche ist

8 umfassend gesetzlich festgelegt. Hunderttausende

9 Arbeitnehmer\_innen sind hiervon betroffen. Weit verbreitet in unserer

10 Gesellschaft ist die Sicht auf die Kirche als Wohltäter: Finanzierung

11 und Durchführung sozialer Aufgaben, Betreuung und Seelsorge. Uns

12 stellt sich aber die Frage: Trifft diese Vorstellung denn zu?

13 Die Antwort lautet leider: nein. Krankenhäuser und Pflegeheime

14 decken Personal-, Material- und Unterhaltskosten rein durch die

15 eingenommen Pflegesätze (Kassenbeiträge) für die Behandlung. Die

16 Baukosten und Investitionen werden durch Steuermittel finanziert.

17 Maximal 5% werden in manchen Fällen zur Finanzierung der

18 Kindergärten beigetragen. Im Gegenteil bekommt die Kirche sogar

19 noch zusätzliche staatliche Gelder, beispielsweise für die

20 Krankenhausseelsorge.

21 Obwohl der Träger also kaum etwas bis gar nichts finanziell beiträgt,

22 hat er die volle Entscheidungsgewalt. Es kann nicht sein, dass ein

23 Vergewaltigungsopfer in einer Klinik abgewiesen wird, nicht die

24 Möglichkeit zur Notfallverhütung erhält und zusätzlichem seelischen

25 Schaden ausgesetzt wird. 2012 wurde eine 25-Jährige gleich von zwei

26 katholischen Krankenhäusern abgewiesen. In einer Stellungnahme der

27 Hospitalvereinigung St. Marien GmbH (Cellitinnen Stiftung) zu dem

28 Fall heißt es: Wir gewähren medizinische Versorgung egal in welcher

29 Notlage. Weiterhin wird von Autonomie der Patienten und freier

30 Wahl bezüglich der Pille danach gesprochen. Gleichzeitig heißt es

31 jedoch, dass eine Verschreibung in dieser Klinik trotzdem nicht

32 stattfinden wird. Mit solche einem Vorgehen ist man dafür

33 verantwortlich, dass Menschen in psychischen Ausnahmezuständen

34 noch andere Kliniken/Praxen aufsuchen müssen und gezwungen sind

35 ein weiteres Mal von ihrem Leiden zu berichten, bis sie endlich

36 medizinisch adäquat versorgt werden.

37 Zum anderen gilt in all diesen Arbeitsstätten das kirchliche

38 Arbeitsrecht. Das heißt, das Betriebsverfassungsgesetz sowie die

39 Personalvertretungsgesetze finden dort keine Anwendung. Dies stellt

40 für die Mitarbeiter\_innen eine massive Einschränkung der  
41 Arbeitnehmerrechte dar. So ist zum Beispiel das Streikrecht  
42 weitestgehend eingeschränkt, gleiches gilt für die betriebliche  
43 Mitbestimmung und den Kündigungsschutz. Eine Scheidung, eine  
44 andere Weltanschauung als die christlich-katholische oder jegliche  
45 andere sexuelle Ausrichtung als die Heterosexuelle werden so als  
46 Gründe für eine Kündigung herangezogen. Häufig sind sie auch der  
47 Grund warum Bewerber\_innen gar nicht erst eingestellt werden. Da in  
48 manchen Bundesländern die Dichte an katholisch geführten  
49 Einrichtungen sehr hoch ist, bedeutet dies für manche  
50 Arbeitnehmer\_innen sogar einen Umzug, da sie in ihrer Umgebung  
51 keine Arbeitsstelle finden. Diese Umstände sind für  
52 Mitarbeiter\_innen, die meist sowieso schon enormen physischen  
53 (Schweres Heben, Schichtarbeit) und psychischen (Mitansetzen  
54 schwerer Schicksale, Trauer, Tod) Belastungen ausgesetzt sind, nicht  
55 länger tragbar. Qualifikation und menschliches Miteinander dürfen die  
56 einzigen Kriterien für die Auswahl der Bewerber\_innen sein, sowie  
57 alle oben genannten Gründe niemals Ursache einer Kündigung sein  
58 dürfen.

59  
60  
61

62 **Daher fordern wir:**

63

64 1. Die kirchlichen Träger dürfen nicht länger in medizinische  
65 Entscheidungen eingreifen. Ärzten in diesen Kliniken, die über  
66 entsprechende Abteilungen verfügen, muss es erlaubt sein  
67 Schwangerschaftsabbrüche durchzuführen, Notfallkontrazeptiva  
68 („Pille danach“) zu verschreiben/herauszugeben und allen  
69 Patient\_innen die Möglichkeit zur Verhütung durch Sterilisation zu  
70 gewähren.

71

72 2. Abschaffung des kirchlichen Arbeitsrechts und Anwendung des  
73 allgemeinen Arbeitsrechtes für alle, die keine priesterlichen oder  
74 ähnliche Funktionen ausfüllen. Dies gilt sowohl für Krankenhäuser,  
75 Alten- und Pflegeheime sowieso Kindertagesstätten und Kindergärten.  
76 Die Einschränkungen in den Arbeitnehmerrechten dürfen nicht größer  
77 sein als in anderen Tendenzbetrieben.

78

79 3. Langfristig müssen religiöse Trägerschaften abgeschafft und in  
80 öffentliche überführt werden. Einrichtungen der Seelsorge sollen ihre  
81 Beratung unabhängig von Kirchen und offen für alle  
82 Weltanschauungen gestalten.

83

13

Antragsteller: Unterbezirk Saarlouis  
ANGENOMMEN

1

2 **Versammlungsfreiheit schützen – Rechte von Demonstrant\*innen**  
3 **ausbauen**

4 In den vergangenen zwei Jahren kam es, nicht nur in  
5 Wahlkampfzeiten, zu einer erhöhten Anzahl von Naziaufmärschen im  
6 Saarland. Zu den meisten der Mahnwachen, Kundgebungen und  
7 Demonstrationen der Faschisten gab es entsprechende Gegenproteste  
8 von Antifaschist\*innen. Leider waren diese Proteste häufig begleitet  
9 von einer Kriminalisierung des legitimen antifaschistischen Protestes  
10 seitens der saarländischen Polizei.

11 Mit dem Beschluss der Resolution „Solidarität mit von Repressionen  
12 betroffenen Antifaschist\*innen! – Kriminalisierung von  
13 antifaschistischem Protest durch die saarländische Polizei entgegen  
14 treten!“ auf der zweiten Landeskonferenz der Jusos Saar 2013 haben  
15 wir uns zu einem konkreten Vorfall im vergangenen Jahr geäußert.

16 Dennoch bedarf es aus unserer Sicht mehr als „nur“ der  
17 Verabschiedung einer Solidaritätsnote. Vielmehr ist es notwendig  
18 dafür zu sorgen, dass solche Vorfälle in Zukunft nicht mehr  
19 stattfinden und engagierte Menschen keine Angst vor der Teilnahme  
20 an Gegenprotesten bei rechten Veranstaltungen haben müssen. Denn  
21 jegliche Maßnahmen seitens der Polizei welche dazu führen, dass  
22 engagierte Menschen Demonstrationen aus Angst fernbleiben stellen  
23 eine Einschränkung des Art. 8 GG „Versammlungsfreiheit“ dar.

24 Polizeikennzeichnung jetzt!  
25 Polizeiliches Auftreten bei Großveranstaltungen wie Fußballspielen  
26 und Demonstrationen ist häufig durch den Einsatz von sog.  
27 Hundertschaften (inkl. Beweissicherungs- und Festnahmeeinheiten  
28 (BFE-Einheiten)) gekennzeichnet. Das auftreten in diesen sog.  
29 „geschlossenen Einheiten“, sowie das damit verbundene Tragen  
30 spezieller Einsatzkleidung machen eine Identifizierung von einzelnen  
31 Beamt\*innen nahezu unmöglich.  
32 Dies führte in der Vergangenheit häufig dazu, dass bei Übergriffen  
33 seitens einzelner Beamt\*innen Ermittlungsverfahren ins Leere  
34 gelaufen sind, da der/die entsprechende Beamt\*in nicht ermittelt  
35 werden konnte.

36 In den Bundesländern Berlin, Brandenburg und Rheinland-Pfalz,  
37 sowie in mehreren europäischen Ländern ist eine Kennzeichnung von  
38 Polizeibeamt\*innen bereits heute Alltag. Auch das Bundesland  
39 Hessen plant eine Einführung. „In England trägt jeder Polizist bei  
40 jedem Einsatz seine Nummer gut sichtbar auf der Kleidung. Auch die  
41 Kollegen der Guardia Civil und der Policía Nacional in Spanien sind  
42 mittels Nummern erkennbar.“

43  
44 *Wir erneuern deshalb unsere Forderung nach einer*  
45 *Kennzeichnungspflicht für Polizist\*innen. Wir fordern die*  
46 *sozialdemokratischen Abgeordneten der SPD Landtagsfraktion im*  
47 *Saarland, sowie die sozialdemokratischen Mitglieder der*  
48 *saarländischen Regierung auf ein Gesetz für eine eindeutige*  
49 *Kennzeichnung von Polizeibeamt\*innen zu schaffen. Wir fordern,*  
50 *dass unabhängige Ermittlungskommissionen zur Untersuchung von*  
51 *Polizeigewalt geschaffen werden.*

52  
53 Vermummungsverbot abschaffen!  
54 §17a Versammlungsgesetz (VersG) ist in der Regel vor allem unter  
55 dem Begriff „Vermummungsverbot“ bekannt. Das  
56 Vermummungsverbot untersagt Teilnehmenden bei „[...] öffentlichen

57 Versammlungen unter freiem Himmel, Aufzügen oder sonstigen  
58 öffentlichen Veranstaltungen unter freiem Himmel oder auf dem Weg  
59 dort hin[...]“ (bspw. Demonstrationen) ihr Gesicht zu verdecken. Es  
60 verbietet (potentiellen) Teilnehmenden von Demonstrationen  
61 außerdem Gegenstände mitzuführen, welche dazu geeignet sind das  
62 Gesicht zu verdecken und damit die Feststellung der Identität zu  
63 verhindern. §17a VersG wurde am 28. Juni 1985 mit den Stimmen der  
64 konservativ-liberalen Regierung unter Helmut Kohl im Bundestag  
65 beschlossen.

66 Die Bundesrepublik ist seitdem neben Italien, Österreich und einigen  
67 Kantonen der Schweiz das einzige Land in dem ein  
68 Vermummungsverbot besteht.

69 Grundlage des Vermummungsverbotes ist die Annahme, dass von  
70 allen Teilnehmenden einer Demonstration, welche sich Vermummen  
71 oder Gegenstände welche dazu geeignet wären mit sich führen,  
72 Gewalt ausgeht.

73 Es soll dazu dienen Straftäter\*innen leichter zu identifizieren. Durch  
74 diese Regelung verschwimmen die Grenzen von präventiver und  
75 repressiver Arbeit vollständig. Bei dem Vermummungsverbot treten  
76 klar die repressiven Elemente in den Vordergrund der Maßnahme,  
77 dies führt zu einer Kriminalisierung der Teilnehmenden von  
78 Demonstrationen

79 Das Vermummungsverbot verkennt jedoch legitime Gründe die zu  
80 einer anonymen Teilnahme an einer Versammlung drängen können.  
81 So kann beispielsweise der Schutz vor dem fotografiert werden durch  
82 Nazis oder die Angst vor dem Jobverlust durch eine Teilnahme an  
83 einer Demonstration ein legitimer Grund sein, seine eigene Identität  
84 zu schützen.  
85 Durch die gesetzliche Regelung dass jegliche Vermummung eine  
86 Gewalt fördernde Wirkung besitzt schränkt es die  
87 Versammlungsfreiheit unverhältnismäßig weit ein. Eine gesetzliche  
88 Regelung, welche vordergründig dem repressiven System der  
89 Strafverfolgung dient, kann dem Anspruch des präventiven  
90 Versammlungsrechts als zentrales und unentbehrliches  
91 Funktionselement des demokratischen und liberalen Rechtsstaates  
92 nicht gerecht werden.

93 Wir fordern deshalb

94

- 95 • *die SPD Bundestagsfraktion, sowie alle sozialdemokratischen*  
96 *Mitglieder der Bundesregierung auf §17a des*  
97 *Versammlungsgesetzes abzuschaffen.*

98

99 • *die sozialdemokratischen Mitglieder der SPD*  
100 *Landtagsfraktion auf, sich mit der Schaffung eines*  
101 *„Landesversammlungsfreiheitsgesetzes“ (vgl. Schleswig-*  
102 *Holstein) zu beschäftigen und in diesem eine Aufhebung des*  
103 *Vermummungsverbotes zu berücksichtigen.*  
104 Einsatz von Pfefferspray einschränken!  
105 Der Einsatz von Pfefferspray bei Demonstrationen durch die Polizei  
106 hat in der Vergangenheit in zunehmendem Maße zu gravierenden  
107 gesundheitlichen Schäden geführt. Der in Pfefferspray enthaltene  
108 Wirkstoff ist Oleoresin-Capsicum.  
109 Pfefferspray belastet dabei vor allem die Augen, Atmung sowie die  
110 Haut. Durch eine starke Schwellung der Schleimhäute wird ein  
111 sofortiges schließen der Augenlider bewirkt, ein Einatmen des  
112 Sprays führt zu Husten und Atemnot, im schlimmsten Falle sogar zum  
113 Ersticken. Beim Auftreffen von Pfefferspray auf der Haut tritt  
114 innerhalb der getroffenen Stelle ein Brennen und Juckreiz auf welcher  
115 je nach Stärke der Dosierung bis zu 48 Stunden anhalten kann.  
116 Besonders Menschen welche unter Asthma, Bronchitis oder Allergien  
117 leiden, sowie Nieren- oder Leberschäden besitzen sind bei einem  
118 Einsatz von Pfefferspray besonders gefährdet. Ebenso gilt dies für  
119 Menschen, welche unter Medikamenteneinfluss stehen. Im

120	schlimmsten Fall kann die Wirkung von Pfefferspray auf diese	141	• <i>die Begrenzung des Einsatzes von Pfefferspray auf Sachlagen</i>
121	Menschen tödlich wirken. Alleine im Jahr 2009 starben laut	142	<i>in denen eine dringende Gefahr für herausragend wichtige</i>
122	Medienangaben 3 Menschen nach dem Einsatz von Pfefferspray durch	143	<i>Schutzgüter vorliegen</i>
123	die Polizei.	144	
124	Die Wahrnehmung von Pfefferspray als eine Art „leichte, nicht-	145	• <i>die detaillierte Dokumentation jedes Einsatzes von</i>
125	tödliche Waffe“ führt bei einigen Beamt*innen außerdem zunehmend	146	<i>Pfefferspray inkl. Datum, Uhrzeit, Ort, Anlass, Umstände,</i>
126	zu einem missbräuchlichen und ungerechtfertigten Einsatz von	147	<i>Begründung</i>
127	Pfefferspray. Erst kürzlich, beim 1. Mai 2014 in Berlin, kam es zu	148	
128	einem ungerechtfertigten Einsatz von Pfefferspray eines	149	• <i>die Freigabe des Einsatzes von Pfefferspray durch</i>
129	Polizeibeamten gegen den Teilnehmer eine Demonstration. Nur durch	150	<i>entsprechende Vorgesetzte bei einem Einsatz (bspw. Gruppen-</i>
130	Zufall wurde dieser Einsatz per Video dokumentiert.	151	<i>oder Zugführer*in). Auch hier sind Datum, Uhrzeit, Ort,</i>
131	Der Einsatz von Pfefferspray durch die Polizei, welcher als solcher	152	<i>Anlass, Umstände und Begründung zu dokumentieren.</i>
132	eine massive Gefährdung von einer potenziell unbestimmten Anzahl	153	<i>Außerdem ist jede Freigabe von Pfefferspray unverzüglich</i>
133	von Personen hervorrufen kann, ist aus unserer Sicht unangemessen.	154	<i>der/dem Einsatzleiter*in zu melden</i>
134	Polizeiliches Handeln auf Demonstrationen darf keine Menschenleben	155	
135	in Gefahr bringen.	156	• <i>bei Demonstrationen, bei denen Pfefferspray durch</i>
136	Um die Sicherheit von Teilnehmenden einer Demonstration zu	157	<i>Polizeibeamt*innen mitgeführt wird muss eine medizinische</i>
137	gewährleisten muss der Einsatz von Pfefferspray massiv	158	<i>Versorgung der Verletzten sichergestellt und die</i>
138	eingeschränkt und kontrolliert werden.	159	<i>entsprechenden Anlaufstellen vor Beginn der Veranstaltung</i>
139	Wir fordern deshalb:		<i>durch die Polizei bekannt gegeben werden.</i>
140			

160 *Polizeibeamt\*innen sollen eine verpflichtende Schulung*  
161 *absolvieren, die sie über die Verwendung, Risiken und*  
162 *Nebenwirkungen von Pfefferspray aufklärt und sensibilisiert.*  
163  
164 Ermittlungen bei polizeilichen Straftaten unabhängig durchführen  
165 Bei der Demonstration am 23.07.2013 in Saarbrücken gegen mehrere  
166 rechte Organisationen kam es mehrfach zu Polizeigewalt. Sie führte  
167 unter anderem dazu, dass ein\*e Teilnehmer\*in der antifaschistischen  
168 Gegenproteste mit schwereren Verletzungen am Kopf im  
169 Krankenhaus behandelt werden musste. Nur durch Glück tauchte  
170 einige Wochen nach der Demonstration ein Video des Übergriffs im  
171 Internet auf, welches zu Ermittlungen und mittlerweile auch zur  
172 Anklage des verantwortlichen Polizisten geführt hat.  
173 Bei polizeilichen Ermittlungen gegen Polizeibeamt\*innen stehen die  
174 ermittelnden Beamt\*innen jedoch in ein mehrdimensionales  
175 Dilemma.  
176 So kann es zum einen sein, dass sie ab sofort gegen eine\*n Kolleg\*in  
177 ermitteln müssen mit denen sie gemeinsam im Einsatz waren oder  
178 gegebenenfalls sogar befreundet sind.

179 Es ist nur menschlich, wenn sich die Ermittlungen gegen eine\*n  
180 Freund\*in durchaus mal etwas in die Länge ziehen oder im Sande  
181 verlaufen können.  
182 Ein weiterer Punkt, welche die Motivation gegen die eigene  
183 Berufsgruppe Ermittlungen durchzuführen senken kann, ist die  
184 Überlegung welche Konsequenzen Ermittlungen gegen Kolleg\*innen  
185 für die eigene Person für eine Bedeutung haben.  
186 Auch die Überlegung „Wie würde ich mich fühlen und was würde ich  
187 von meinen Kolleg\*innen erwarten wenn sie gegen mich ermitteln  
188 würden.“ ist eine absolut menschliche.  
189 Auch wenn die angesprochenen Reaktionen bei Anzeigen und  
190 Verfahren gegen Polizeibeamt\*innen durchaus menschlich und  
191 verständlich sind, so erschweren sie doch zusehends die Möglichkeit  
192 von Menschen gegen Polizeigewalt vorzugehen und sich auf  
193 rechtlichem Wege dagegen zu wehren. Diese Tatsache kann dazu  
194 führen, dass sich Polizist\*innen in geschlossenen Einheiten sich somit  
195 im Einsatz also durchaus sicherer fühlen wenn sie tätliche Angriffe  
196 gegenüber Demonstrationsteilnehmer\*innen ausüben.  
197 Dies belegen auch zahlreiche Einstellungen von Ermittlungsverfahren  
198 gegen Polizeibeamt\*innen nach Übergriffen bei Demonstrationen.  
199 Um diesen Entwicklungen Rechnung zu tragen und auch die effektive  
200 Ermittlung gegen Polizeibeamt\*innen sicher zu stellen fordern wir die

201 Einrichtung einer unabhängigen Ermittlungsstelle, welche sich  
202 ausschließlich mit Anzeigen und Ermittlungen gegen  
203 Polizeibeamt\*innen beschäftigt.

204 Wir fordern deshalb:

205

206 • *zum Schutze der Grundrechte, als Hilfsorgan des Landtages*  
207 *bei der Ausübung der parlamentarischen Kontrolle über das*  
208 *Polizeiwesen des Landes sowie als Eingabe- und*  
209 *Beschwerdestelle für Bürger und Polizeibedienstete des*  
210 *Landes einen Polizeibeauftragten zu berufen.*

211 • *die Ausstattung des Polizeibeauftragten mit umfangreichen*  
212 *Kontrollrechten sowie Berichtspflichten gegenüber dem*  
213 *Parlament.*

214

215

16

Antragsteller: Kreisverband St.  
Wendel  
ANGENOMMEN

1

2 **ÖPNV darf nicht privatisiert werden**

3

4 Die Juso-Landeskonferenz möge beschließen:

5 Wir fordern:

- 6 ➤ Privatisierung im ÖPNV vermeiden
- 7 ➤ soziale Standards bei Ausschreibungen durch die öffentliche
- 8 Hand festlegen

9

10 Analyse:

11 Die Sicherstellung eines ausreichenden Angebots im Öffentlichen  
12 Personennahverkehr ist eine Aufgabe der Daseinsvorsorge (§2(1)  
13 ÖPNVG im Saarland) und damit eine Aufgabe der Landkreise. Im  
14 Landkreis St.Wendel gab es in diesem Jahr erstmalig ein  
15 eigenwirtschaftliches Angebot eines Verkehrsunternehmens, welches  
16 den Linienbusverkehr auf eigenes Geschäftsrisiko betreiben will.

17 Wir sprechen uns entschieden gegen eine Privatisierung der  
18 Linienbusnetze aus. Eine Zusage für ein eigenwirtschaftliches  
19 Angebot hätte zur Folge, dass das Verkehrsunternehmen  
20 wirtschaftlich unrentable Busverbindungen abschaffen könnte. Es  
21 besteht die Gefahr einer Streckenausdünnung und somit  
22 unzureichenden Anbindung der einzelnen Dörfer an das  
23 Verkehrsliniennetz, wodurch die Mobilität der Bewohner\_innen  
24 zunehmend eingeschränkt wird und der ÖPNV keine Alternative zum  
25 PKW darstellt. Vor allem die Mobilität der Menschen ohne Autos  
26 würde dadurch stark eingeschränkt werden. Im Ernstfall müssten die  
27 Landkreise zusätzliche Buslinien in den Regionen zur Verfügung  
28 stellen, in denen keine ausreichenden Busverbindungen mehr  
29 angeboten werden, und würden somit keine Einsparungen durch das  
30 eigenwirtschaftliche Angebot erzielen. Ein weiterer Grund gegen eine  
31 Privatisierung ist die beschränkte Möglichkeit der öffentlichen Hand  
32 auf die Entscheidungen des Verkehrsunternehmens Einfluss  
33 auszuüben. So könnten soziale Standards für die Beschäftigten  
34 abgesenkt werden und Fahrticketpreise ansteigen.

35

36 Begründung:

37

38 erfolgt mündlich

17

Antragsteller: Unterbezirk  
Saarbrücken Stadt  
ANGENOMMEN

1

2 **Ausbau der Saarbahnlinie 2 Von Neu-Scheidt bis Rothfeldkurve**

3

4 „Als Rückgrat des Verkehrssystems wird die Saarbahn im  
5 Verkehrsentwicklungsplan bezeichnet, doch diese Funktion könne die  
6 Saarbahn mit der “Solo-Linie” nicht erfüllen. Zudem ist durch den  
7 Nicht-Ausbau bis 2019 das bereits zugesagte Geld (25 Mio. Euro) des  
8 Bundes in Gefahr, außerdem könne bei einem Nichtausbau der  
9 Strecke eine bereits gezahlte Summe von 2,8 Mio. Euro für die  
10 Eisenbahnbrücke über den Kreisverkehr am Römerkastell in  
11 Saarbrücken vom Bund zurückgefordert werden.“ (Völklingen im  
12 Wandel – Nachrichten, 10.09.2013)  
13 ([http://www.voelklingen-im-wandel.de/nachrichten/neues-von-der-](http://www.voelklingen-im-wandel.de/nachrichten/neues-von-der-saarbahn-voelklingen/)  
14 [saarbahn-voelklingen/](http://www.voelklingen-im-wandel.de/nachrichten/neues-von-der-saarbahn-voelklingen/))  
15 Die Jusos Saarbrücken Stadt fordern das Land und den Betrieb dazu  
16 auf, den Ausbau der Saarbahnlinie 2 mittelfristig zu finanzieren und  
17 mit der Saarbahn GmbH in die Planungen einzusteigen. Der

18 französische Plan des Ausbaus der Saarbahn ins Rosseltal muss beim  
19 Ausbau der Saarbahn durch Schaffung einer Saarbahnverbindung  
20 Saarbrücken – Forbach berücksichtigt werden.

21 **Begründung:**

- 22 - Bessere Anbindung verschiedener Saarbrücker  
23 Stadteile an die Saarbahn  
24 - Aktuelle Prognosen sehen in diesem Bereich ein  
25 Kundenpotential von täglich mehr als 13.000 Fahrgästen  
26 - Das vom Bund zur Verfügung gestellte Geld (60% der  
27 Baukosten) ist nur bis 2019 gesichert  
28 - Bessere Anbindung wichtiger Orte in Saarbrücken, die  
29 nicht im Stadtkern liegen (Messe, Festplatz, Zoo,  
30 Saarbasar...)  
31 - Eine drohende Rückzahlung an den Bund für den Bau der  
32 Eisenbahnbrücken am Römerkastell (ca. 2,8 Millionen  
33 Euro)  
34 - Der Grundstein für einen möglichen späteren Ausbau in  
35 Richtung Völklingen und Saarlouis oder St. Ingbert ist  
36 gelegt  
37 - Höhere Auslastung der Saarbahnwerkstatt in Brebach, die  
38 perspektivisch für eine höhere Auslastung durch die  
39 parallele Wartung der Fahrzeuge der Linie 2 gebaut wurde

- 40 - Im Rosseltal sind von französischer Seite bereits  
41 Saarbahnlinien geplant: Die Hauptlinie Saarbrücken –  
42 Forbach – Freyming-Merlebach – Saint-Avold; und als  
43 Sekundärlinien Freyming-Merlebach – Creutzwald und  
44 Béninglès - Saint-Avold – Farébersviller – Sarreguemines.  
45 Der Abschnitt Saarbrücken – Forbach erfordert das  
46 Tätigwerden der deutschen Seite. ([http://www.scot-](http://www.scot-rosselle.com/page74-les-transports.html)  
47 [rosselle.com/page74-les-transports.html](http://www.scot-rosselle.com/page74-les-transports.html))

19

Antragsteller: Kreisverband Merzig  
Wadern  
ANGENOMMEN

1

2

### 3 Polizeieinsätze im deutschen Fußball

4

#### 5 Analyse

6 Die Sicherung von sogenannten „Risikopartien“ im deutschen Fußball  
7 kostet die öffentlichen Kassen jährlich mehrere Millionen Euro. In der  
8 Saison 2012/13 beispielsweise betragen die Kosten der Bundespolizei  
9 für die Begleitung der Fans zu den Stadien rund 38 Millionen Euro.

10 Für die Länder entstehen durch die Polizeieinsätze bei Risikopartien  
11 zusätzliche Kosten von etwa 300 000 € pro Spiel. Zurzeit werden bei  
12 einem Bundesligaspiel etwa 200 Beamtinnen und Beamte zur  
13 Sicherung der Fanggruppierungen eingesetzt, bei Risikospiele kann  
14 diese Zahl auf mehrere tausend steigen. Die Anzahl der als „(Hoch-  
15 )Risikopartien“ eingestuften Begegnungen ist darüber hinaus in den  
16 letzten Jahren angestiegen. Dadurch entstehen für die Polizistinnen

17 und Polizisten der Länder- und Bundespolizei zusätzliche

18 Arbeitsstunden und eine erhebliche Mehrbelastung.

#### 19 Wir fordern

20 Der finanzielle und personelle Aufwand zur Sicherung von

21 Fußballpartien in Deutschland ist zurzeit viel zu hoch. Das

22 Polizeiaufgebot bei Profispielen im deutschen Fußball soll generell

23 reduziert werden.

24 Die Deutsche Fußball Liga (DFL) muss an den Kosten für die

25 Polizeieinsätze insbesondere im Rahmen der Sicherung von

26 Risikospiele beteiligt werden. Die saarländische Landesregierung

27 wird dazu aufgefordert, die Initiative des Bremer Senats in dieser

28 Sache zu unterstützen.

29 Für Polizeieinsätze innerhalb der Stadien sollen die beteiligten

30 Vereine aufkommen.

#### 31 Begründung

32 Für die Sicherung von Partien im deutschen Fußball durch die

33 Bundes- und Länderpolizei fallen seit Jahren steigende Kosten in

34 Höhe von zweistelligen Millionenbeträgen an. Auf diesen bleiben

35 Bund und Länder bislang alleine sitzen. Ein Ansatz zur Reduzierung

36 der Polizeieinsätze wurde dieses Jahr in Nordrhein-Westfalen

37 gemacht. Hier sollen in einem Pilot-Projekt weniger Partien unter

38 Polizeischutz stattfinden; Hochrisikopartien (also vornehmlich Derbys

39 und Spiele von Vereinen mit aggressiven Fangruppen) werden  
40 allerdings weiterhin angemessen gesichert. Außerdem sollen „Fan-  
41 Eskorten“, also das Isolieren der Fangruppen und das Begleiten vom  
42 Bahnhof zu den Stadien und zurück, in Zukunft wegfallen. Dieses  
43 Vorgehen hat nicht nur den Effekt, dass die Polizist\_innen sich auf  
44 wichtigere Aufgaben konzentrieren können und zusätzliche  
45 Arbeitsstunden wegfallen, sondern bewirkt auch eine langfristige  
46 Entschärfung des Konflikts zwischen Fangruppen und der Polizei: Ein  
47 massives Polizeiaufkommen führt in den Fangruppen oft zu  
48 Solidarisierungseffekten gegen die Machtdemonstration und in der  
49 Regel zu mehr Konfrontation. Eine Reduzierung des Polizeiaufgebots  
50 kann in vielen Fällen deeskalierend wirken.  
51 Um die finanziellen Belastungen der Länder auszugleichen, sieht ein  
52 Vorschlag des Bremer Senats vor, die DFL (und damit auch die  
53 Vereine) an den öffentlichen Ausgaben zu beteiligen. Als Vertreterin  
54 der Vereine und Organisatorin des Lizenzfußballs in Deutschland  
55 erwirtschaftete die DFL zuletzt einen Umsatz von über 2 Milliarden  
56 Euro. An den Kosten der Polizeieinsätze, die letztlich nötig sind, um  
57 diesen Milliardenumsatz zu erzielen, beteiligt sich der Ligaverband  
58 bisher nicht. Die öffentlichen Ausgaben und fehlende  
59 Selbstbeteiligung an den Kosten sichern damit den hohen Reingewinn  
60 der DFL von über 380 Mio. Euro. Als Reaktion auf die Bremer

61 Initiative entzog der DFB übrigens umgehend der Stadt Bremen die  
62 Ausrichtung des EM-Qualifikationsspiels der deutschen  
63 Fußballnationalmannschaft der Männer gegen Gibraltar.  
64 In Ländern wie Großbritannien sind bereits heute die Vereine dazu  
65 verpflichtet für die Sicherheitskosten rund um die Stadien selbst  
66 aufzukommen. Eine ähnliche Beteiligung an den öffentlichen Kosten  
67 des Bundes und der Länder ist auch in Deutschland gerechtfertigt und  
68 angesichts der klammen Länderkassen absolut notwendig. Bereits  
69 heute müssen in Deutschland für Polizeieinsätze innerhalb von  
70 Stadien bei Großveranstaltungen wie z.B. Popkonzerten die  
71 Veranstalter aufkommen. Ein Übertrag dieser Regelung auf  
72 Fußballveranstaltungen ist nur logisch und längst überfällig.  
73

I10

Antragsteller: AK Asyl  
ANGENOMMEN

1

2 **Saarland als Musterland einer humanen Asylpolitik**

3

4 Wir fordern:

5

6  Eine Abschaffung des Sachleistungsprinzips hin zu  
7 Geldleistungen in einem Ausmaß, dass Asylsuchenden ein  
8 selbstbestimmtes Leben ermöglicht. Der ausgezahlte Betrag  
9 soll dabei jährlich an die Inflation angepasst werden.

10  Die Wohn- und Sachausstattung in allen saarländischen  
11 Unterkünften deutlich zu verbessern. Darunter verstehen wir  
12 insbesondere eine Verbesserung der Wohnsituation  
13 hinsichtlich der sanitären Anlagen und größere Wohnflächen  
14 für die einzelnen Bewohner\*Innen.

15  Aufgrund des Arbeitsverbotes in den ersten 9 Monaten fordern  
16 wir für diese Übergangszeit die Schaffung eines dritten  
17 Arbeitsmarktes, in welchen Asylsuchende Menschen zu

18

angemessenen und diskriminierungsfreien Bedingungen in den  
19 Arbeitsmarkt integriert werden können. Anschließend muss  
20 das Vorrangprinzip abgeschafft werden, welches in Folge de  
21 facto dazu führt, dass die Asylsuchenden vom Arbeitsmarkt  
22 weiter ausgeschlossen werden. Hierbei muss auch ein  
23 angemessenes Angebot an Integrationsmaßnahmen begleitend  
24 erstellt werden.

24

25  Die vollständige Abschaffung der Residenzpflicht und  
26 stattdessen die Einführung einer regelmäßigen Meldepflicht.  
27 Diese Regelung sieht weiterhin keine freie Änderung des  
28 Wohnsitzes vor.

28

29  Eine mittelfristige Umstrukturierung des Aufnahmelagers  
30 Lebach zu einer Erstaufnahmestelle. Die zentrale  
31 Unterbringung von Asylsuchenden ist auf einen möglichst  
32 kurzen Zeitraum zu beschränken, die dezentrale aber nicht  
33 abgeschiedene Unterbringung im Saarland muss ausgeweitet  
34 werden.

34

35  Eine Wahrnehmung der Verantwortlichkeit der  
36 Kommunalpolitik für die Problematik und das klare Eintreten  
37 der SPD Saar für einen aufgeschlossenen und integrativen  
38 Umgang mit Asylsuchenden

38

39 □ Die saarländische SPD soll sich im Bundesrat gegen jegliche  
40 weitere Verschärfung von Asylaufnahmeregelungen einsetzen  
41 - Die Einrichtung einer Sonderbeauftragtenstelle mit  
42 Zuständigkeit für die Betreuung minderjähriger,  
43 unbegleiteter Flüchtlinge  
44 - Ein Verbot der Betreuung von Flüchtlingsunterkünften durch  
45 private Unternehmen  
46  
47 Analyse:  
48  
49 In der Landesaufnahmestelle in Lebach sind zurzeit knapp 1000  
50 Flüchtlinge und  
51 Asylsuchende untergebracht. Bei ca. der Hälfte von ihnen lief ein  
52 Asylverfahren, bei ca. 350 von ihnen wurde dieses bereits abgelehnt.  
53 Diese  
54 Menschen gelten nun als geduldet. Bei einem Drittel der  
55 Bewohner\*Innen handelt es  
56 sich um Kinder und Jugendliche. Die Zahl der Abschiebungen in  
57 andere Länder  
58 steigt kontinuierlich an. Während es sich im Jahr 2011 um 133  
59 Abschiebungen

60 handelte, waren es 2012 schon 158 an der Zahl. Gleichsam sinkt die  
61 Zahl der  
62 anerkannten Flüchtlinge: Von 132 im Jahr 2011 auf 84 im Jahr 2012.  
63  
64 Jeder, der die Einrichtung einmal besucht hat, wird feststellen, dass  
65 der Zustand dort  
66 nur als mangelhaft bezeichnet werden kann. Im Januar 2013 kam es  
67 sogar zu  
68 Stromabschaltungen seitens der Verwaltung. Es wird mittlerweile  
69 angestrebt, die Aufenthaltsdauer zu verkürzen; jedoch leben dort  
70 Menschen teilweise seit 14 (!) Jahren in der Aufnahmestelle. Jeder  
71 Zweite lebt länger als ein Jahr dort. Diese Menschen können aus den  
72 verschiedensten Gründen nicht den Wohnort wechseln, müssen so  
73 teilweise viele Jahre in der Aufnahmestelle verbringen, ohne die  
74 Chance, eine gesellschaftliche Teilhabe zu erfahren. Diese lange  
75 Aufenthaltsdauer verletzt in eindeutiger Weise die Menschenwürde.  
76 Sie steht dem Ziel einer Integration entgegen und fördert die  
77 gesellschaftliche Ausgrenzung und Stigmatisierung der Betroffenen.  
78 Dieser Zustand muss in einem Saarland, das sich einer humanen  
79 Asylpolitik verschreibt, überwunden werden.  
80

81 Doch nicht nur die lange Aufenthaltsdauer ist abzuschaffen. 102 Auch die Verpflegung der Bewohner\*Innen ist diskriminierend und  
82 Momentan dürfen die 103 im Ergebnis  
83 Asylsuchenden lediglich innerhalb des Saarlandes reisen. In anderen 104 menschenunwürdig. Es gehört zum Grundrecht eines jeden Menschen,  
84 Bundesländern ist dies zwar teilweise sogar auf den Landkreis 105 Art, Form  
85 beschränkt. Jedoch bleibt es den Betroffenen im Saarland 106 und Maas der Verpflegung frei zu wählen. Das im Saarland  
86 beispielsweise verwehrt, Freunde oder Familienmitglieder in 107 angewandte  
87 Trier, Kaiserslautern und insgesamt außerhalb des Saarlandes zu 108 Sachleistungsprinzip besagt jedoch das genaue Gegenteil! Den  
88 besuchen. Auf diese Weise wird ihnen der Zugang zum Arbeitsmarkt 109 Menschen in der  
89 de facto erschwert, die medizinische 110 Aufnahme stelle Lebach werden Lebensmittel- und Pflegepakete zur  
90 Versorgung wird eingeschränkt und ein Gefühl des „Eingesperrtseins“ 111 Verfügung  
91 produziert. Ebenso bleibt ihnen der Zugang zu rechtlicher, sozialer 112 gestellt. Zwar wurde im Januar 2014 das Taschengeld für die  
92 Beratung und zu einer Betreuung im Asylverfahren verwehrt. Schon 113 Bewohner\*Innen auf 140 Euro erhöht. Dies reicht jedoch in keinem  
93 geringste Verstöße führen dazu, dass das Asyl erschwert wird. Dabei 114 Fall aus, überhaupt irgendeine Teilhabe am  
94 bleibt unberücksichtigt, dass viele dieser Menschen schwer 115 gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen. Insbesondere die vielen  
95 traumatisiert oder mit sonstigen erheblichen körperlichen und oder 116 Kinder und  
96 psychischen Störungen unser Land betreten. Ein Blick über den 117 Jugendliche leiden sichtlich unter der Situation und den Bedingungen  
97 Tellerrand zeigt im Übrigen, dass es innerhalb der EU nur in 118 und werden  
98 Deutschland überhaupt eine Residenzpflicht gibt. Wir wollen diese 119 durch die beschriebenen Maßnahmen zusätzlich stigmatisiert. Zudem  
99 Diskriminierung und 120 entspricht die Erhöhung des Taschengeldes unregelmäßigen  
100 Überregulierung beenden. 121 Beschlüssen des Bundesverfassungsgerichtes und wird nicht an die  
101 122 dauerhafte Inflation angepasst. So umfasste der Betrag vor der  
123 Änderung für mehrere Jahre gerade mal 40.90 Euro.

124

125 Wir wollen hier nicht weniger als einen Paradigmenwechsel im

126 Asylverfahren und in

127 der Behandlung der Asylsuchenden und Flüchtlinge einleiten. Wir

128 mochten den

129 Betroffenen mehr ermöglichen Auch sie sollen das Recht haben, über

130 grundlegende

131 und existenzielle Bedürfnisse selbstbestimmt entscheiden oder

132 zumindest

133 mitbestimmen zu dürfen. Diese Menschen dürfen nicht länger als

134 lästige Belastung für die kommunalen Finanzen gesehen werden.

135 Auch sie haben Fähigkeiten und

136 Potenziale, die zu fordern es lohnen kann. Die Voraussetzung dafür ist

137 jedoch, dass

138 man ihnen mindestens die Chance dazu gibt. Hierbei besteht für das

139 Saarland durch die Saar SPD die Möglichkeit, mit gutem Beispiel

140 voranzugehen und endlich eine menschenwürdige Asylpolitik zu

141 gewährleisten.

142

143 Begründung erfolgt mündlich

144

145

J1

Antragsteller: Kreisverband St.  
Wendel  
ANGENOMMEN

1  
2 **Mehr Mitsprache für junge Erwachsene sicher – Einrichtung von**  
3 **Jugendparlamenten fördern**

4  
5 Die Juso-Landeskonferenz möge beschließen:

6  
7 Wir fordern:

- 8  
9     ➤ Förderung der Einrichtung von Jugendparlamenten in den  
10        saarl. Landkreisen

11  
12 Begründung:

13  
14 Jugendliche sind an politischen Entscheidungen gegenwärtig kaum  
15 beteiligt. Das Phänomen der „Politikverdrossenheit“ ist daher auch in  
16 den Kreisen der jungen Heranwachsenden häufig zu verorten. Die  
17 Einrichtung von Jugendparlamenten soll dem entgegenwirken und

18 eine Möglichkeit bieten auf kommunalpolitische Entscheidungen  
19 Einfluss ausüben zu können.  
20 Jugendparlamente sind unabhängige und überparteiliche Gremien, in  
21 denen die Angelegenheiten beraten und diskutiert werden sollen,  
22 welche die Belange der Jugendlichen in den Landkreisen betreffen.  
23 Anregungen und Kritik werden über den Jugendrat an den  
24 entsprechenden Kreistag/Gemeinderat/Ortsrat herangetragen, um so  
25 die jugendfreundliche Entwicklung des Gemeinwesens zu fördern.  
26 Die Mitglieder in den kommunalen Räten werden so durch die  
27 Kooperation mit den Jugendlichen in ihrer Aufgabenwahrnehmung  
28 unterstützt. Junge Menschen wissen am besten, was ihnen in ihrem  
29 Lebensumfeld fehlt und verändert werden könnte.  
30 In Jugendräten werden zudem jungen Heranwachsenden  
31 demokratische Entscheidungsstrukturen näher gebracht und nicht  
32 zuletzt das Interesse an kommunalen Themen gefördert. Sie sollen  
33 gegenüber den kommunalen Räten ebenso das Recht erhalten,  
34 Anfragen und Anträge an diese sowie deren Ausschüsse zu stellen.  
35 Zusätzlich soll dem Jugendparlament ein Sitz im  
36 Jugendhilfeausschuss des Landkreises zustehen.  
37 Die Organisation des Jugendparlamentes soll durch eine  
38 Koordinierungsstelle in dem jeweiligen Jugendamt des Landkreises  
39 unterstützt werden. Über das Jugendparlament kann somit eine

- 40 dauerhafte Beteiligungskultur geschaffen werden. Regelmäßige
- 41 Wahlen und offene Beteiligungsformen sollen in der jungen
- 42 Generation das Interesse an politischem Engagement fördern.
- 43 Mitglieder der Jugendräte können Schüler\_innen, Auszubildende oder
- 44 Studierende zwischen 14 und 25 Jahren sein, die an den (Berufs-)
- 45 Schulen und anerkannten Jugendfreizeiteinrichtung im Landkreis
- 46 gewählt werden können.
- 47

**K1**

Antragsteller: Kreisverband  
Neunkirchen  
ANGENOMMEN

2

3 **Mehr Laizismus wagen! - Kirche, Staat und Religion endlich**  
4 **trennen!**

5 Die Jusos fordern, um der Säkularisierung der Gesellschaft endlich  
6 Rechnung zu tragen, eine konsequente Trennung von Staat, Kirche  
7 und Religion. Religion muss endlich Privatsache werden!

8 **Die Jusos Saar fordern deshalb:**

- 9 • Das Anbringen von religiösen Symbolen on öffentlichen  
10 Gebäuden und Schulen zu verbieten.
- 11 • Die Mitgliedsbeiträge der Kirche werden nicht mehr durch den  
12 Staat erhoben (Kirchensteuer).
- 13 • Der konfessionsgebundene Religionsunterricht soll durch ein  
14 konfessionsübergreifendes Schulfach ersetzt werden. Das Fach  
15 soll Einblick in jede Religion geben und des Weiteren

1

16

demokratische Werte eines humanistischen Menschenbildes

17

vermitteln. Der Artikel 7 des Grundgesetzes muss

18

dementsprechend geändert werden.

19

- Die Ewigkeitsklausel in Kirchenstaatsverträgen muss entfallen

20

und Anpassungen an eine säkularisierte Gesellschaft

21

vorgenommen werden.

22

- Subventionen, die der Besoldung von Pfarrer\*innen,

23

Pastor\*innen, Rabbiner\*innen oder einem/einer Imam/  
Mourchida etc. dienen, müssen sukzessive entfallen. Ziel

24

dieser Maßnahmen ist es nicht, das religiöse Leben in

25

Deutschland zum Ersterben zu bringen.

26

- Die so genannten „stillen Feiertage“ sind in allen

27

Bundesländern nicht mehr als "still" durchzuführen.

28

29

- Mitarbeiter\*innen religiöser Einrichtungen sollen im Rahmen

30

einer Angleichung des kirchlichen Arbeitsrechtes die

31

Möglichkeit zu streiken bekommen.

32

- Die Kirchen haben sich nach demselben Arbeitsrecht zu

33

richten, das für alle anderen Tendenzbetriebe in Deutschland

34

gilt. Dafür sind die notwendigen Passagen im

1 Betriebsverfassungsgesetz (§118) und dem Allgemeinen  
2 Gleichbehandlungsgesetz (§9) zu streichen. Ferner sind auch  
3 in kirchlichen Einrichtungen Mitarbeitervertretungen wie in  
4 anderen Organisationen einzurichten, dafür ist §112 des  
5 Personalvertretungsgesetzes zu streichen

- 6 • Die Seelsorge soll von den Kirchen selbst organisiert wie  
7 finanziert werden.
- 8 • Ein Kirchenaustritt muss – solange er noch durch das Amt  
9 erfolgt – gebührenfrei sein.
- 10 • Der Rundfunkstaatsvertrag wird dahingehend überarbeitet,  
11 dass die Kostenerstattung öffentlich-rechtlicher  
12 Rundfunkanstalten sowie privilegierte Sendezeiten der  
13 christlichen sowie jüdischen Religionsgemeinschaften  
14 abgeschafft werden. Zudem sollen keine  
15 Kirchenvertreter\*innen in den Rundfunkräten eingebunden  
16 werden.
- 17 • Ersatzlose Streichung des §166 StGB

18

19 Begründung erfolgt mündlich

20

K2

Antragsteller: Unterbezirk Saar Pfalz  
ANGENOMMEN

2

3 **Bekenntnisfreiheit stärken – Kirchenaustritt darf keine Frage des**

4 **Geldbeutels sein**

5

6 Analyse:

7

8 Die meisten Menschen werden in die kirchliche Gemeinde  
9 hineingeboren ohne in der Lage zu sein zu widersprechen. Beschließt  
10 man dann, aus welchen Gründen auch immer, aus der Kirche  
11 auszutreten, wird man zur Kasse gebeten. Je nach Bundesland fallen  
12 bis zu 60 € Bearbeitungsgebühr an. Im Saarland liegt diese bei 32 €.  
13 Für viele einkommensschwache Personen ist dieser Betrag nur  
14 schwer zu bezahlen. Auch gibt es keine Befreiung von der  
15 Bearbeitungsgebühr bei Bedürftigen. Diese Hürde erschwert den  
16 Kirchenaustritt und verstößt somit gegen die grundgesetzlich  
17 Verankerte Bekenntnisfreiheit. Abgesehen von der

1

18 behördlichen Hürde ist es auch ein normatives Problem Gebühren für  
19 den Kirchenaustritt zu verlangen. Hier liegt der Verdacht nahe, dass  
20 der Staat den Austritt „erschweren“ will.

21

22 Forderung:

23

24 Die Gebühren für den Austritt aus Religions- und  
25 Weltanschauungsgemeinschaften  
26 sind ersatzlos abzuschaffen, die administrativen Kosten des Austritts  
27 sind von den jeweiligen Religions- oder  
28 Weltanschauungsgemeinschaften/Trägerorganisationen  
29 zu übernehmen.

30

31 Begründung:

32 - erfolgt mündlich -

<b>R1</b>	Antragssteller: Unterbezirk Saarlouis ANGENOMMEN
-----------	---

1

2

3 §90a StGB „Verunglimpfung des Staates und seiner Symbole“

4 ersatzlos streichen

5 Die Jusos im Kreisverband Saarlouis fordern die

6 sozialdemokratischen Bundestagsabgeordneten, sowie die

7 sozialdemokratischen Mitglieder der Bundesregierung, insbesondere

8 den Landesvorsitzenden der SPD Saar und Justizminister im Bund

9 Heiko Maas dazu auf, sich für die ersatzlose Streichung des §90a

10 StGB „Verunglimpfung des Staates und seiner Symbole“ einzusetzen.

11

V1

Antragssteller: Kreisverband  
Neunkirchen  
ANGENOMMEN

2

### 3 **Keine Kampfdrohnen für die Bundeswehr**

4

5 Dieses Jahr beschäftigte sich der Verteidigungsausschuss des  
6 Deutschen Bundestages wieder mit dem Einsatz von Kampfdrohnen  
7 im Rahmen von Bundeswehreinsetzungen. Anlass zur erneuten  
8 Diskussion gibt der aktuelle Sachstandsbericht aus dem  
9 Verteidigungsministerium, demnach hält Ministerin von der Leyen die  
10 Einführung von bewaffneten, unbenannten Drohnen zur  
11 Verwirklichung der Fürsorgepflicht gegenüber den Soldatinnen und  
12 Soldaten für notwendig. Verfassungsrechtlich, sicherheitspolitisch  
13 und vor allem ethisch scheint dieses Vorhaben jedoch höchst  
14 bedenklich.

15

### 16 **Die Bundeswehr- Eine Verteidigungsarmee**

17 Art. 87a GG regelt klar die Befugnisse der Bundeswehr auf  
18 Verfassungsebene. Eine Interventionsarmee ist und war für

1

19 Deutschland niemals vorgesehen. Klar ist aber auch, dass dieser  
20 Grundsatz Einschränkungen findet, so kann die Bundeswehr auch  
21 abseits der Verteidigung an gemeinsamen Einsätzen im Rahmen von  
22 UN, EU oder Nato-Mandaten teilnehmen. Diese Ausnahmen werden  
23 derzeit insbesondere unter den Schlagwörtern „responsibility to  
24 protect“ – kurz R2P diskutiert.  
25 Mit der Anschaffung von Kampfdrohnen ist jedoch ein klarer und  
26 krasser Trend weg von der Verteidigung hin zur extralegalen  
27 Intervention zu erkennen. Kampfdrohnen eröffnen die Möglichkeit  
28 exterritorial Menschen zu töten. Mit dem Blick in Richtung der  
29 völkerrechtlich fragwürdigen Praxis der Kampfdrohneinsätze  
30 scheint eine solche Verfahrensweise mit dem Grundgesetz nicht  
31 vereinbar, spätestens seit den Koalitionsverhandlungen müsste dies  
32 sogar der CDU klar sein.  
33 **Sicherheitspolitisch unnötig.**  
34 Sieht man diese verfassungsrechtliche Voraussetzung als Schranke  
35 des Handelns der Bundeswehr beim Kampfdrohneinsatz so bleibt  
36 kaum ein Einsatzszenario übrig. Nach Angaben des BMVg sollen die  
37 bewaffneten Drohnen im Einsatzland zur Unterstützung von am

1 Boden kämpfenden Truppen eingesetzt werden. Die Notwendigkeit  
2 einer solchen Luftnahunterstützung hat jedoch bereits Thomas de  
3 Maizière in seiner damaligen Funktion als Bundesminister der  
4 Verteidigung inzident verneint, indem er auf eine Anfrage festgestellt  
5 hat, dass in den 13 Jahren Afghanistaneinsatz lediglich zweimal ein  
6 solcher Anwendungsfall theoretisch gegeben war. Die  
7 sicherheitspolitische und praktische Relevanz scheint demnach mehr  
8 als fragwürdig. Die heraufbeschworenen neuen operative  
9 Anforderungen für die Bundeswehr die einen Einsatz von  
10 Kampfdrohnen rechtfertigen sollen sind nicht ersichtlich, zumal die  
11 Bundeswehr auch durch andere luftnahe Unterstützung den Zweck der  
12 Selbstsicherung ausreichend gewährleisten kann.

13

#### 14 **Ethisch nicht vertretbar**

15 Durch eine Anschaffung von Kampfdrohnen könnte der Weg frei  
16 gemacht werden für eine Automatisierung der Kriegsführung und  
17 damit die Automatisierung der Tötung von Menschen. Denn klar ist,  
18 die Schwelle zum Tötung sinkt mit dem Wachsen der räumlichen  
19 Distanz. Eine leichtfertige Tötung von Menschen aus einem sicheren  
20 Container in Europa ist schlicht nicht vertretbar.  
21 Joachim Gauck rief zu mehr Engagement im Bereich der Wahrung  
22 von Menschenrechte, Demokratie und Rechtsstaat auf. Damit könnte

23 die SPD-Bundestagsfraktion bereits jetzt beginnen, wenn sie im  
24 Bundestag klar den Vorschlägen von Ursula von der Leyen  
25 widerspricht.

26

#### 27 **Die Landeskonzferenz der Jusos Saar fordert:**

- 28 • keine Ausrüstung der Bundeswehr mit bewaffneten und  
29 bewaffnungsfähigen unbemannten Flugobjekten

30

**WAS1**

Antragssteller: Unterbezirk Saar  
Pfalz  
ANGENOMMEN

1

19 Wandel zuzuschreiben sind. Daher werden jedes Jahr händeringend  
20 neue Azubis eingestellt, um diesem Fachkräftemangel  
21 entgegenzuwirken. Es ist also eine WIN-WIN Situation für jeden.  
22 Spricht man mit jungen Menschen, die sich für das duale System und  
23 somit gegen die Universität entscheiden, kommt einem die WIN-WIN  
24 Situation plötzlich sehr einseitig vor. Nach der Bewerbungsfrist  
25 kommt die Durststrecke. Niemand weiß, in welchem Stadium  
26 seine Bewerbung ist, ob er noch im Bewerbungsverfahren ist oder ob  
27 seine Bewerbung schon zum Altpapier degradiert wurde. Wer nach  
28 einigen Wochen Funkstille dann die Initiative ergreift und bei dem  
29 jeweiligen Wunscharbeitgeber nachfragt, bekommt wenn  
30 überhaupt nur eine sehr spärliche Auskunft. Dieser Schwebezustand  
31 schafft neben Zukunftsängsten auch eine eingeschränkte  
32 Handlungsmöglichkeit was einen eventuellen  
33 Wohnortwechsel angeht, um die Wunschstelle überhaupt antreten  
34 zu können. Mit dem Hintergrund des Fachkräftemangels ist dieses  
35 Verhalten der Unternehmen gegenüber den Bewerbern/innen zu  
36 beklagen, da jede kompetente Arbeitskraft mit Kusshand begrüßt  
37 werden müsste. Gerade junge Menschen brauchen nach der Schule

2

### 3 Recht auf Auskunft – Unternehmen Manieren beibringen

4

#### 5 Analyse:

6

7 Jährlich werden zwischen 500.000 und 600.000 Ausbildungsverträge  
8 neu abgeschlossen. Das duale Berufsausbildungssystem in  
9 Deutschland ist sehr attraktiv, da man ab dem  
10 ersten Tag im Unternehmen integriert ist und neben dem Praktischen  
11 auch das Fachliche in der Berufsschule vermittelt bekommt. Eine  
12 Vergütung wird ebenfalls gezahlt, mit der man  
13 vielleicht noch nicht seinen Lebensunterhalt finanzieren kann, die  
14 aber trotzdem als kleine Anerkennung dient. Man sollte also denken,  
15 dass eine Ausbildung durchaus attraktiv für junge Menschen ist. Auf  
16 der anderen Seite wird in Deutschland von einem akuten  
17 Fachkräftemangel gesprochen. Unternehmen beklagen sich über  
18 sinkende Ausbildungszahlen, die so scheint es dem demographischen

1 eine Perspektive und dürfen im Kampf gegen den Fachkräftemangel  
2 nicht auf der Strecke bleiben. Es wäre daher zu begrüßen, eine  
3 verpflichtende Online-Abrufstelle einzurichten, die jedem/  
4 jeder Bewerber/in Auskunft über den Prozess und das aktuelle  
5 Stadium seiner/ihrer Bewerbung gibt. Des Weiteren sollte jede/r  
6 Bewerber/in, der/die ein Testverfahren  
7 durchlaufen hat Einsicht in seine/ihre Prüfung bekommen, um  
8 eventuelle Fehler und Defizite aufarbeiten zu können. Zusätzlich  
9 schützt dieses Einsichtsrecht vor Vetternwirtschaft bei der  
10 Ausbildungsplatzvergabe. Es versteht sich von selbst, dass sich dieser  
11 Antrag an Unternehmen ab einer Mindestgröße von über 50 festen  
12 Ganztagsstellen richtet. Kleinst- und Kleinunternehmen  
13 nach der Definition der Europäischen Union sind somit  
14 ausgeschlossen, da diese ihre freien Stellen aus wirtschaftlichen  
15 Gründen erst kurzfristig festlegen können.  
16 !  
17 Forderung:  
18  
19 Einrichten einer verpflichtenden Online-Auskunftsstelle für  
20 Bewerberinnen und Bewerber eines Ausbildungsplatzes. Dabei sollten  
21 der Prozess des Bewerbungsverfahrens sowie der

22 aktuelle Stand der Bewerbung klar für den/die Bewerber/in  
23 einzusehen sein. Des Weiteren hat er/sie ein Recht auf Einsicht  
24 seiner/ihrer korrigierten Prüfung bei einem Testverfahren,  
25 um Defizite aufarbeiten zu können und Vetternwirtschaft bei der  
26 Ausbildungsplatzvergabe entgegen zu wirken.  
27  
28 Begründung:  
29  
30 - erfolgt mündlich -

A1

Antragsteller: Kreisverband  
Neunkirchen, Unterbezirk Saar Pfalz  
VERWIESEN AN LANDESAUSSCHUSS

2

3 **Zusammen stehen gegen Rechts – Keine Zusammenarbeit mit der**

4 **AfD**

5

6 Mit der AfD tritt seit der Bundestagswahl 2013 eine  
7 rechtspopulistische Protestpartei zu Wahlen in Deutschland an. Diese  
8 Scheinalternative bewegt sich in der Lücke zwischen der  
9 Konservativen CDU und der Nationalsozialistischen NPD. Gerade bei  
10 Protestwählerinnen und -wählern erntet die AfD Zuspruch.

11 Die AfD ist inzwischen zu einem relevanten Problem geworden. So  
12 verpasste sie mit 4,9% den Einzug in den Bundestag nur sehr knapp.  
13 Bei den Europa- und Kommunalwahlen 2014 stellten sich die ersten –  
14 in Mandaten messbaren - Wahlerfolge für die neuen Rechten ein.

15 Die AfD wird sieben Abgeordnete in das Europaparlament entsenden.  
16 Dazu gehört Parteichef Lucke, der allerdings angekündigt hatte, 2017  
17 in den Bundestag einziehen zu wollen und sein Mandat dann  
18 abzugeben. Weiter zieht Hans-Olaf Henkel in das Europaparlament

1

19 ein. Ähnlich wie Luke versucht Henkel sich als Experte für alle  
20 Wirtschaftsfragen darzustellen.

21 Allgemeinen Widerspruch erntete Henkel auf seine These, dass die  
22 Vergabe von Sozialleistungen die Finanzkrise ausgelöst habe. Henkel  
23 tarnte hier mit wirtschaftspolitischen Argumenten, dass er die soziale  
24 Marktwirtschaft ablehnt und stattdessen einen Neoliberalismus  
25 installieren möchte, in dem Schwache nicht mehr unterstützt werden.

26 So kritisierte unter anderem William Black, dass Henkel das  
27 „Redlining“ wieder einführen wolle, durch welches die Kreditvergabe  
28 an Angehörige von Minderheiten erschwert wird.

29 Henkels Verhältnis zur Europäischen Union wird daran deutlich, dass  
30 er mit dem Kampfbegriff „EUdSSR“ die Europäische Union mit den  
31 damaligen Sowjetrepubliken gleichzusetzen versucht.

32 Mit Beatrix von Storch zieht eine weitere zweifelhafte Figur in das  
33 Europäische Parlament ein. Von Storch kontrolliert das  
34 Protestunternehmen „Zivile Koalition e.V.“. Ihr als Verein  
35 organisiertes Unternehmen treibt erzkonservative und  
36 wirtschaftsradikale Kampagnen (z.B. gegen die sog. „Homoehe“ oder  
37 für den Abbau von Arbeitnehmerrechten) voran. Das Unternehmen

1 gilt als deutsches Pendant zur „Tee-Party-Bewegung“. Von Storch  
2 kontrolliert mehrere Netzwerke in der AfD. Aus Protest gegen diesen  
3 Rechtsruck waren hochrangige Funktionäre aus der jungen Partei  
4 wieder ausgetreten.  
5 Die AfD ist dabei in einer strengen Hierarchie organisiert. Luke lässt  
6 nur wenig Kritik an sich und seinen Entscheidungen zu. Er verlangt,  
7 dass die strategischen Leitlinien seines inneren Zirkels von den  
8 unteren Ebenen mitgetragen und ausgeführt werden. Das belegen  
9 unter anderem die zahlreichen schriftlichen Begründungen für  
10 Parteiaustritte, in denen regelmäßig der Führungsstil Luckes  
11 angeprangert wird. Lucke wird von ehemaligen AfD-Mitgliedern  
12 vorgeworfen, dass es keine Möglichkeit für die Mitglieder gibt, sich  
13 inhaltlich einzubringen und dass der Vorsitzende in die  
14 Entscheidungen niederer Ebenen eingreift.  
15 Darum ist es sehr wahrscheinlich, dass sich die Mitglieder der AfD in  
16 den kommunalen Parlamenten der rechtspopulistischen Strategie ihres  
17 Parteivorsitzenden unterwerfen.  
18 Weiter begründen viele ehemalige AfD-Mitglieder ihren Austritt mit  
19 dem Erstarken rechter Strömungen in der AfD. Der  
20 öffentlichkeitswirksam verkündete Aufnahmestopp von ehemaligen  
21 Mitglieder rechter Kleinparteien sei nicht umgesetzt worden.

22 Auch im Kreis Neunkirchen hat sich die AfD mit der Kommunalwahl  
23 2014 festgesetzt. So konnten die Rechtspopulisten im Kreistag zwei  
24 Mandate erringen.  
25 Der Kampf gegen rechtspopulistische Einstellungen ist somit nicht  
26 länger nur ein Thema in der Bundes- und Europapolitik. Die AfD ist  
27 nicht an einer sachlichen Politik und der Lösung von vorhandenen  
28 Problemen interessiert. Viel mehr versucht sie Ängste in der  
29 Bevölkerung zu nutzen, um ideologische Positionen durchzusetzen.  
30 Das lokale Auftreten als „Kümmerer“ ist Teil dieser Strategie.

### 31 **Forderungen:**

32 ▪ Keine außerparlamentarische Zusammenarbeit mit der AfD  
33 oder ihr nahestehenden Gruppen!

34  
35  
36 ▪ In einem offenen Brief an die Fraktionen in den  
37 Regionalparlamenten fordern wir diese auf, eine Ehrenerklärung  
38 auszuarbeiten, dass nie ein Antrag der AfD unterstützt wird. Diese  
39 Ehrenerklärung sollte veröffentlicht werden.

40  
41 ▪ Die Ablehnung der Zusammenarbeit darf sich nicht auf streitbare  
42 Themen begrenzen. Häufig versuchen populistischen und radikale

- 1 Kräfte scheinbar normale Themen auf die Agenda zu setzen, um
- 2 Anerkennungs- und Normalisierungseffekte zu erreichen.
- 3
- 4 ▪ Bei der Erarbeitung einer solchen Ehrenerklärung sollen alle anderen
- 5 Fraktionen eingebunden werden.
- 6
- 7 ▪ Spricht die AfD ein existierendes Problem an, kann ein
- 8 gleichlautender Antrag von allen anderen Fraktionen eingebracht und
- 9 abgestimmt werden.
- 10
- 11 ▪ Gleichzeitig muss sich mit der AfD politisch auseinander gesetzt
- 12 werden, ohne ihr zu hohe Aufmerksamkeit zuzuspielen. Bringen
- 13 Mitglieder der AfD Anträge ein, soll nur ein Mitglied des
- 14 Kommunalparlaments erwidern. Anschließend wird der Antrag
- 15 gemeinsam abgelehnt.
- 16
- 17 Begründung:
- 18 Erfolg mündlich

A3

Antragsteller: Unterbezirk Saar Pfalz  
VERWIESEN AN LANDESAUSSCHUSS

2

3 **Kein identitärer Faschismus - Verbot der Reichskriegsflagge**

4

5 Analyse:

6

7 Nach § 86 a StGB (Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger  
8 Organisationen) ist es untersagt, Kennzeichen verbotener  
9 Organisationen zu verbreiten und öffentlich zu verwenden.

10 Kennzeichen, die denen verbotener Organisationen zum Verwechseln  
11 ähnlich sind, dürfen ebenfalls nicht verwendet werden. Zu den  
12 Kennzeichen im Sinne des Gesetzes zählen nicht nur Symbole,  
13 sondern auch Fahnen, Abzeichen und Uniformstücke, ebenso Parolen  
14 und Grußformen, Lieder und Bildnisse. Neben dem großen Syllabus  
15 verfassungswidriger Symbole, welche die Neo-Nazis auf öffentlichen  
16 Veranstaltungen und Demonstrationen nicht zeigen dürfen, gibt es  
17 doch eine ganze Reihe an weiteren Identifikationsmitteln und

1

18 Symbolen, die sie dazu nutzen ihre menschenverachtende Ideologie  
19 zu verkörpern. Eine dieser Symbole ist die Reichskriegsflagge. Die  
20 Flagge gehört zu den beliebtesten Symbolen der Neonazi-Szene. Die  
21 Farbkombinationen Weiß-Schwarz und Weiß-Rot gehen  
22 schon auf Preußen, bzw. die Wappen zahlreicher deutscher  
23 Hansestädte zurück. Verbunden zur Trikolore Schwarz-Weiß-Rot  
24 wurde die Flagge im Jahre 1866 vom Norddeutschen Bund genutzt.  
25 Im darauf folgenden Jahr wurde sie als Flagge der „Kriegsund  
26 Handelsmarine“ genutzt. Später entstand aus den Farben die  
27 Reichskriegsflagge, die ein schwarz-weißes Kreuz auf rotem Grund  
28 zeigt, dem Reichsadler darauf und mit dem  
29 Eisernen Kreuz in der linken oberen Ecke. Sie war Kriegsflagge des  
30 Deutschen Reiches seit 1892, wurde in der Weimarer Republik  
31 kurzzeitig durch die Farben Schwarz-Rot-Gold  
32 ersetzt und fand ihre Wiederbelebung durch die Machtergreifung der  
33 Nationalsozialisten im Jahre 1933. Bis 1935 war sie zusammen mit  
34 der Hakenkreuzflagge das Nationalsymbol  
35 des deutschen Reichs. Aufgrund der verbreiteten Nutzung während  
36 des NS-Regimes

- 1 empfiehlt sich eine Aufnahme der Reichskriegsflagge in die
- 2 Sammlung von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen
- 3 nach §86 a StGB. Es ist zwar richtig, dass rechte
- 4 Strukturen und Organisationen immer einen Weg finden werden sich
- 5 durch Symbolik, Wappen, Fahnen oder sonstige Kennzeichnungen
- 6 auszudrücken, aber die Geschichte der
- 7 Reichskriegsflagge verlangt einen nicht weniger sensiblen Umgang
- 8 als mit der Hakenkreuzflagge. Wir fordern deshalb:!

9

10 Forderung:

11

- 12 Aufnahme der Reichskriegsflagge in den Syllabus
- 13 verfassungswidriger Kennzeichen nach §86 a StGB!

14

15 Begründung:

16 - erfolgt mündlich -

**B1**

Antragsteller: Kreisverband  
Saarbrücken-Land  
VERWIESEN AN LANDESAUSSCHUSS

1

2

3 **Erhalt der Universität des Saarlandes als Volluniversität**

4

5 Die Juso Landeskonferenz möge sich dafür aussprechen, die  
6 Universität des Saarlandes als Volluniversität mit all ihren derzeitigen  
7 Standorten zu erhalten. Das Land soll im Rahmen seiner sozialen  
8 Verantwortung sämtlich notwendige Subventionen unternehmen.  
9 Kürzungen sind keine Möglichkeit.

10

11 Begründung erfolgt mündlich

**B2**

Antragsteller: Kreisverband  
Neunkirchen  
VERWIESEN AN LANDESAUSSCHUSS

2

3 **Für eine echte Bafög-Reform**

4 Seit seiner Einführung 1971 regelt das

5 Bundesausbildungsförderungsgesetz wer wie viel Anspruch auf

6 Bildungsförderung hat. Im Laufe der Jahre wurde an diesem Gesetz

7 diverse Male herum reformiert; leider nicht immer zum Vorteil der

8 Studierenden und Schüler\_innen. So werden die aktuellen

9 Lebensumständen von potenziellen Bafög-Empfängern nicht im dem

10 Maße berücksichtigt, wie es in einem modernen Fördergesetz nötig

11 wäre. Deshalb braucht es endlich eine progressive Bafög-Reform die

12 u.a. folgende Punkte enthält.

- 13 • Die Bedarfssätze müssen die Lebenshaltungskosten von
- 14 Schüler\_innen und Studierenden zur Gänze abdecken. Die
- 15 Fördersätze müssen jährlich angepasst werden.
- 16 • Bafög wieder als Vollzuschuss gewährt werden. Ein

1

17 Studiengangswechsel darf nicht mehr als Bafög-schädlich  
18 ausgelegt werden.

- 19 • Die Zuverdienstgrenze muss auf 450€ angehoben werden. Die
- 20 Einhaltung der sog. Regelstudienzeit ist für den Bafög-Erhalt
- 21 nicht relevant. Bafög muss unabhängig von Vermögen und
- 22 Einkommen der Eltern gezahlt werden.
- 23 • Das Bafög soll zukünftig auch nicht zurückgezahlt werden
- 24 müssen.

25 Die Landeskonferenz der Jusos Saar möge daher beschließen:

- 26 • Das Bundesausbildungsförderungsgesetz wird auf Grundlage
- 27 der oben genannten Punkte reformiert.

28

29

**B3**

Antragsteller: Unterbezirk  
Saarbrücken Stadt  
VERWIESEN AN LANDESAUSSCHUSS

2

3 **Für eine zukunftsfähiges Hochschulsystem**

4

5 Die Regierungsfractionen im saarländischen Landtag haben in der  
6 Drucksache 15/997 vom 10.07.2014 "*Für ein zukunftsfestes*  
7 *Hochschulsystem: Eckpunkte für eine Hochschulentwicklungsplanung*  
8 *im Saarland*" eine gemeinsame Position zur Hochschulentwicklung  
9 veröffentlicht. Dies sieht Einschnitte in unterschiedliche Bereiche der  
10 Hochschule und deren Autonomie vor.  
11 Das Papier erweckt den Eindruck, Einsparungen und  
12 Hochschulentwicklungsstrategien sollten vom Land außerhalb der  
13 Hochschulautonomie entwickelt und umgesetzt werden. Eine  
14 Diskussion innerhalb der Hochschulen mit allen Beteiligten wurde  
15 nicht umgesetzt, auch eine breite öffentliche Debatte fand nicht  
16 statt und wurde auch nicht angestoßen. Eine breite öffentliche  
17 Diskussion und eine transparente Einbeziehung aller Betroffenen ist

1

18 für die Akzeptanz und den Erfolg solcher Maßnahmen aber  
19 erforderlich.

20 Der Kreisparteitag der SPD fordert bezugnehmend auf die Drucksache  
21 15/997 die SPD Landtagsfraktion auf, folgende Punkte zu beachten  
22 und Zeit für eine breite Diskussion zu schaffen, die alle Beteiligten  
23 mit einbindet.

24

25 **Einsparmöglichkeiten:**

26 Um Einsparziele für die Verwaltung formulieren zu können, sollen die  
27 Verwaltungskosten, speziell für Mitarbeiter, mit denen vergleichbarer  
28 Hochschulen in anderen Teilen Deutschlands in Relation gesetzt  
29 werden.

30 Ebenso sind die Haushaltspläne der Universität detailliert und  
31 transparent für die Senatoren offen zu legen um ihnen eine effiziente  
32 Mitwirkung bei Entscheidungen über die Mittelverwendung zu  
33 ermöglichen.

34 Das Land könnte auch mit gutem Beispiel vorangehen und  
35 Möglichkeiten zur Einsparung durch Kooperation der Hochschulen  
36 mit dem Land prüfen, wie etwa eine Zentralisierung der Lohn- und

1 Gehaltsabrechnung und des Beihilfewesens (Beihilfe im  
2 Krankheitsfall) beim Land.  
3 Es gilt: Einsparpotential muss zuerst in der Verwaltung und bei nicht  
4 lehrenahen Dienstleistungen realisiert werden, die Qualität der Lehre  
5 selbst sollte keinesfalls beschnitten werden. Tutorien oder Vorkurse  
6 dürfen keinesfalls gekürzt werden.  
7 Die angestrebte Steigerung der Absolventenquote wird sich sonst nur  
8 durch eine Absenkung der Standards erreichen lassen, was wir  
9 nachdrücklich ablehnen.

10

11 **Mittelakquise:**

12 Die begrüßenswerte Verstärkung der Drittmittelakquise darf kein  
13 Selbstzweck sein, sondern muss vielmehr der Stärkung von Forschung  
14 und Lehre dienen und darf die Freiheit von Forschung und Lehre  
15 keinesfalls gefährden.

16 Die derzeit an vielen Hochschulstandorten entstehenden  
17 Zertifikatsstudiengänge, sowie Bezahlstudiengänge, die in  
18 Kooperation mit Unternehmen stattfinden, bedürfen einer besonderen  
19 Transparenz im Hinblick auf Kosten, Lehrqualität und rechtliche  
20 Aspekte. Eine weitere Privatisierung des Lehrangebots lehnen wir ab.  
21 Auch die Verstärkung von Weiterbildungsangeboten und andere  
22 Maßnahmen zum Zweck der Einnahmengenerierung müssen unter

23 dem Vorbehalt einer gründlichen und transparenten Kosten/Nutzen-  
24 Abwägung stehen, dies schließt eine Prüfung ein, wie viele  
25 Ressourcen der Hochschule dadurch gebunden werden.

26

27 **Lehrverbesserung und Stellenabbau:**

28 Beim Abbau und der Neuschaffung von Stellen muss die  
29 Gesamtperspektive im Auge behalten werden z.B. erfordert die  
30 Einführung von Lehrprofessuren eine genaue Prüfung, für welche  
31 Lehrinhalte Forschungsnahe zwingen erforderlich ist, und welche  
32 darauf verzichten können.

33 Die wissenschaftlichen Mitarbeiter, die an Lehrstühlen befristet  
34 angestellt sind, haben einen breiten Aufgabenbereich in Forschung  
35 und Lehre. Der geplante Verzicht auf betriebsbedingte Kündigungen  
36 sollte daher auch die Verlängerung ihrer befristeten Verträge mit  
37 einschließen.

38 Die Schaffung neuer Studiengänge in Zeiten knapper Kassen ist ein  
39 riskantes Unterfangen, hier sollte sorgfältig abgewogen werden, ob  
40 das Erhalten bereits erprobter Strukturen nicht kostengünstiger sein  
41 könnte als der normalerweise kostenintensive Aufbau neuer  
42 Studiengänge.

43

44 **Kooperationsplattformen:**

1 Bei konkreten Maßnahmen, wie dem Aufbau von  
2 Kooperationsplattformen für alle Fachrichtungen, muss das Land klar  
3 darstellen, welche Aufgaben dabei von wem erfüllt werden sollen und  
4 wie sich die geforderte Kostenneutralität herstellen lässt, ohne dass  
5 der Ressourcenverbrauch die Lehre oder die Forschung belastet.  
6 Während wir Vorschläge zur Kooperation, etwa zur Schaffung von  
7 Raum- und Flächenpools ausdrücklich begrüßen, lehnen wir  
8 Sanktionsmaßnahmen in diesem Kontext ab, da sie Fehlanreize zur  
9 Pseudonutzung von Ressourcen schaffen würden, funktionierende  
10 Kooperation setzt Freiwilligkeit und Einsicht in den gegenseitigen  
11 Nutzen voraus. Außerdem würde eine effektive Kontrolle erhebliche  
12 Verwaltungskosten generieren.

13

14 **Kompensationsmittel:**

15 Kompensationsmittel wurden um die Hälfte gekürzt, für die  
16 Restmittel sollen Studierende eingebunden werden. Hier herrscht zu  
17 wenig Transparenz über die Verwendung, zudem gibt es keine klaren  
18 Richtlinien über die Verwendung der Kompensationsmittel. Diese  
19 Mittel dürfen ausschließlich für Verbesserungen im Umfeld der  
20 Studierenden eingesetzt werden, mit Schwerpunkt in der Lehre, und  
21 niemals als Mittelersatz für schon bestehende Leistungen verwendet

22 werden. Minimum wäre hier eine festgeschriebene paritätische  
23 Mitbestimmung durch die Studierenden.  
24 Schwerpunktstärkung wie z.B. der Europaschwerpunkt oder das  
25 Frankreichzentrum müssen entsprechend finanziert sein, und dürfen  
26 nicht zu Lasten eigentlich zu dezentralisierender Mittel, etwa  
27 Kompensationsmittel, gehen.

28

29 **Schlusswort:**

30 Daher ist eine Reduzierung der Landesmittel für den Globalhaushalt  
31 der Universität der falsche Weg, um das Saarland zukunftsfest zu  
32 machen.  
33 Durch die Nichterhöhung des Landesanteils am Globalhaushalt leisten  
34 die Hochschulen bereits einen ausreichenden Beitrag zur  
35 Haushaltskonsolidierung.  
36 Das Spannungsfeld zwischen steuernden Vorgaben des Landes  
37 einerseits und der Hochschulautonomie andererseits erfordert eine  
38 Stärkung der Mitbestimmung an den Hochschulen. Das Land sollte  
39 sich verstärkt auf große strategische Richtungsvorgaben und ein  
40 gründliches Controlling konzentrieren, um der Hochschulautonomie  
41 einen stabilen Rahmen zu geben, die Motivation aller Beteiligten  
42 durch Selbstbestimmtheit zu stärken, und die Freiheit von Forschung  
43 und Lehre zu gewährleisten.

**B4**

Antragsteller: Unterbezirk Saar Pfalz  
VERWIESEN AN LANDESAUSSCHUSS

2

3 **Digitale Schulbücher**

4 !

5 Analyse:

6

7 Wir alle kennen das: Schwere Taschen und unzählige von Büchern  
8 dabei. Egal ob an der Uni oder an Schulen. Besonders hart trifft dies,  
9 junge Schülerinnen und Schüler, die mit schweren Ranzen von  
10 daheim, meist mit Bus oder Bahn zur Schule fahren und schwere  
11 Taschen mit sich führen müssen.

12 Des Weiteren der hohe Kostenfaktor. Die Schulbuchausleihe ist eine  
13 gute Möglichkeit für Familien mit geringerem Einkommen ihre  
14 Kinder mit Schulbüchern zu versorgen, jedoch  
15 sind diese Bücher meistens nach ein oder zwei Schuljahren nicht mehr  
16 zu gebrauchen und müssen ersetzt werden.

17 Daher soll verstärkt auf Tablets und eBook – Reader gesetzt werden,  
18 da eine Aktualisierung

1

19 der Schulbücher so wesentlich einfacher, schneller und  
20 kostengünstiger durchgeführt werden kann. Die Neuanschaffung  
21 entsprechender Geräte amortisiert sich schnell durch vermiedene  
22 Kopierkosten, die Umwelt wird geschont, zudem müssen die Schüler  
23 weniger Material mit sich herumtragen. Wir fordern daher:

24

25 Forderung:

26

27 1. Zusätzlich zur Schulbuchausleihe soll die Ausgabe von Tablets und  
28 Digitale Lehrbücher gefördert werden.!

29 2. Die Kultusminister sollen entsprechende Reformen auf den Weg  
30 bringen

31 3. Einzelne Schulen sollen als Piloten fungieren und diese Reform  
32 testen

33

34 Begründung:

35

36 - erfolgt mündlich -

**B5**

Antragsteller: Unterbezirk Saar Pfalz  
VERWIESEN AN LANDESAUSSCHUSS

2

3 **Doktoranden sind nicht länger Leibeigene der Universität!**

4

5 Analyse:

6

7 Doktoranden stehen in einem besonderen Arbeitsverhältnis und in  
8 einer extremen Abhängigkeit zur Universität und insbesondere zu  
9 ihrem Betreuer. Gerne werden sie zur Lehre nahezu  
10 unverhältnismäßig stark eingesetzt, arbeiten zeitgleich an  
11 Industrieprojekten mit und sollen möglichst hoch und häufig  
12 publizieren. Je nach Arbeitskreis und Arbeitsgebiet ist eine  
13 ausbeuterische Tendenz mehr oder weniger stark ausgeprägt. Die  
14 Anzahl der geleisteten Arbeitsstunden wird selten bis gar nicht  
15 dokumentiert, Urlaub lässt der Doktorand „gerne“ zu Gunsten seiner  
16 Arbeit verfallen. Die Möglichkeiten sich gegen  
17 dieses System effektiv zu wehren sind gering, riskiert man es schnell  
18 in Ungnade zu fallen.

1

19 Es wird daher gefordert:

20

21 Forderung:

22

23 Doktoranden zur Einhaltung ihrer Freizeit verpflichtet.

24

25 Jeder Doktorand ist dazu verpflichtet seine Arbeitszeit zu

26 dokumentieren und von seinem Betreuer gegenzeichnen zu lassen.

27 Werden in der Woche mehr als 40 Arbeitsstunden überschritten, so

28 müssen diese als Zeitausgleich im Folgemonat abgefeiert werden. Es

29 ist einem Doktoranden an der UdS nicht gestattet, mehr als 10 Tage

30 Urlaub pro Jahr verfallen zu lassen. Mindestens müssen unabhängig

31 vom Beschäftigungsstandort 20 Tage nachweislich genommen

32 werden.

33

34 Lehrepflicht für alle Promotionsstudenten an der UdS!

35

36 Unabhängig ihres Beschäftigungsstandorts muss ein Minimum an

37 Lehre an der UdS geleistet werden. Zusätzlich wird ein Maximum an

1 Stunden für alle Doktoranden in der Lehre festgeschrieben, welches  
2 nicht überschritten werden darf. Zur Einhaltung dieser  
3 Regelung sind die einzelnen Arbeitsgruppen explizit dazu angehalten,  
4 Doktoranden auch an andere Arbeitskreise zu „verleihen“ um ein  
5 Ungleichgewicht in der Arbeitsbelastung durch die Lehre unter den  
6 Doktoranden zu vermeiden. Die Lehrepflicht gilt auch für externe  
7 Doktoranden und solche, die über Drittmittel finanziert werden.

8  
9 Reisekostenbudget für Doktoranden

10  
11 Bei Einstellung eines Doktoranden muss ein Mindestbudget für  
12 Konferenzen in Höhe von 1000 Euro zu Beginn der Promotion  
13 bereitgestellt werden welches ausschließlich dem  
14 Doktoranden zu Gute kommen darf. Die Finanzierung kann durch  
15 Dritte erfolgen. Die Regelung soll gewährleisten dass jeder Doktorand  
16 im Laufe seiner Promotion die Möglichkeit hat seine Daten auf einer  
17 Konferenz zu präsentieren.

18  
19 Doktoranden sind keine akademische Leiharbeiter - Bezahlung der  
20 Doktoranden  
21

22 Unabhängig des Beschäftigungsstandorts darf ein Doktorand sich nur  
23 in die Promotionsliste der UdS einschreiben wenn er ein Gehalt von  
24 mindestens 65 % TV-L E 13 über den  
25 gesamten Promotionsverlauf nachweisen kann. Die Regelung gilt für  
26 alle Promotionsstudenten unabhängig ihrer Herkunft und ihres  
27 Beschäftigungsstandorts.

F1	Antragsteller: Kreisverband Neunkirchen <b>VERWIESEN AN LANDESAUSSCHUSS</b>
----	---

1

## 2 **Steuerpflicht für alle!**

3 In Zeiten, in denen in Deutschland endlich ein breiter Diskurs über  
4 Steuern und Steuerhinterziehung geführt wird, fällt ein Begriff  
5 erstaunlich selten: nämlich den der Steuerpflicht. Die Steuerpflicht  
6 regelt, wo und in welchem Umfang eine BürgerIn Steuern zahlen  
7 muss.

8 Tatsächlich ist es in der BRD für Wohlhabende erstaunlich einfach  
9 Steuern zu sparen. Und das sogar auf legale Art und Weise. Ob  
10 jemand in der BRD steuerpflichtig ist hängt nämlich nicht von der  
11 Staatsbürgerschaft ab, sondern vom gewöhnlichen Aufenthaltsort  
12 eben jener Person. So können z. B. deutsche Multimillionäre die ihr  
13 Vermögen „steuereffizient“ rund um den Globus investieren und sich  
14 damit abfinden können 183 Tag im Jahr an einem Strand auf den  
15 Cayman Islands (oder dem Steuerparadies ihrer Wahl) zu liegen, ihr

16 Geld ganz legal am deutschen Fiskus vorbei führen.

17 Hierbei kann man sich durchaus ein Beispiel an den USA nehmen:  
18 Als einziges Land weltweit verlangen die USA, dass ihre Bürger in  
19 ihrem Heimatland in vollem Maße Steuern zahlen, und zwar  
20 unabhängig davon, wo sie leben. Ein (Schein-)Umzug in die Karibik  
21 nützt amerikanischen Millionären also in steuerlicher Hinsicht nichts.

22 Wenn die Steuerpflicht also von der Staatsbürgerschaft abhängt,  
23 gehören „steuereffiziente“ Anlagemodelle in Steueroasen der  
24 Vergangenheit an. Die Vorteile dieser Reform sind deutlich: Die  
25 Mehreinnahmen an Steuern können für Investitionen in Bildung und  
26 Infrastruktur verwendet werden; fließen also in Bereiche von denen  
27 wiederum alle profitieren und von denen auch jene profitiert haben,  
28 die ihr Vermögen am Fiskus vorbeischleusen wollen.

## 29 **Die Landeskonferenz der Jusos Saar möge daher beschließen:**

- 30 1. Alle Bürger der BRD werden unabhängig von ihrem Wohnort für  
31 voll steuerpflichtig erklärt.
- 32 2. Für Bürger, die aus beruflichen oder privaten Gründen ins Ausland  
33 ziehen wird ein Freibetrag für im Ausland erwirtschaftetes und  
34 versteuertes Einkommen eingeführt.

35 3. Mittelfristig wird ein einheitlich-europäisches Steuersystem nach

36 den oben genannten Kriterien angestrebt.

37 *Begründung erfolgt mündlich.*

38

39

**F2**

Antragsteller: Unterbezirk Saar Pfalz  
VERWIESEN AN LANDESAUSSCHUSS

2

3 **Erbschaftssteuer reformieren**

4

5 Analyse:

6

7 In den kommenden zehn Jahren wird ein Drittel des deutschen  
8 Gesamtvermögens vererbt. Mit 2,6 Billionen Euro übersteigt der Wert  
9 die deutsche Gesamtverschuldung um 600 Milliarden Euro. Etwa 30%  
10 des gesamten Erbvolumens fallen auf die oberen 2% der  
11 Erbschaftsempfänger. Angesicht des großen Potentials ist das aktuelle  
12 Aufkommen aus der Erbschaftssteuer bei weniger als 5 Milliarden €  
13 jährlich absurd gering und zeigt: Das Erbschaftssteuergesetz ist in  
14 vielen verschiedenen Punkten ungerecht: 1. Von hohen Erbschaften  
15 profitieren statistisch gesehen jene Menschen, die sozial und finanziell  
16 bessergestellt sind und einen höheren Bildungsgrad aufweisen. Das!  
17 ErbStG verfestigt gesellschaftliche Unterschiede zunehmend. Der  
18 Aspekt der

1

19 Chancengleichheit ist nicht gegeben.  
20 2. Die Erbschaftssteuersätze liegen im Schnitt weit unter den  
21 Bestimmungen zur Einkommenssteuer. Es ist unvermittelbar, warum  
22 Einkommen, dass auf eigener Leistung beruht, progressiver besteuert  
23 wird, als Erbschaft. Auch das Bundesverfassungsgericht hat des  
24 öfteren darauf verwiesen, das leistungsabhängiges Eigentum generell  
25 niedriger besteuert werden sollte, als leistungsabhängiges. Der Aspekt  
26 der Leistungsgerechtigkeit ist also nicht gegeben.  
27 3. Die Einteilung der Erbschaftsempfänger in Steuerklassen nach!  
28 Verwandtschaftsgrad verkennt die Lebensrealitäten der Menschen.  
29 Hier bevorzugt der Staat konservative Familienbilder unnötig indem  
30 er bestimmte tradierte Beziehungsmuster zwischen Menschen  
31 voraussetzt, die so oft nicht der Wirklichkeit entsprechen.  
32 Die Ausgestaltung des ErbStG ist weder Chancen- noch  
33 leistungsgerecht. Es verfestigt soziale Selektion in der Gesellschaft  
34 und begünstigt tradierte Familienbilder und schöpft nicht den  
35 möglichen Spielraum aus, gerade unter Berücksichtigung der  
36 immensen Staatsverschuldung. Die Unterbezirkskonferenz möge  
37 beschließen:

1 Forderung:

2

3 1. Das ErbStG wird dahingehend reformiert, dass der  
4 Erbschaftssteuersatz moderat erhöht wird. Denkbar wäre eine  
5 Besteuerung von 15 % bis 75.000 € , 30 % bis 300.000 € und 45 % bis  
6 zu einer Million Euro. Erbschaften über einer Million Euro sollten  
7 pauschal mit einem Steuersatz von 60 % besteuert werden.

8 2. Das System der Steuerklassen wird vereinfacht. Die Steuersätze aus  
9 Punkt 1 gelten generell für Erbschaften und Schenkungen. Die alten  
10 Freibeträge nach Verwandtschaftsgrad bleiben in ihrer Staffelung  
11 bestehen, werden aber moderat gekürzt.

12 3. Die Bestimmungen des ErbStG zu Betriebsvermögen und sonstigen  
13 Steuerbefreiungen bleiben bestehen.

14

15 Begründung:

16 - erfolgt mündlich -

G2

Antragsteller: Unterbezirk  
Saarbrücken Stadt  
VERWIESEN AN LANDESAUSSCHUSS

1

2 Wir fordern die SPD-Landtagsfraktion und den Kultusminister auf  
3 sich für einen Einführung eines verpflichtenden Ersten Hilfe Kurses in  
4 der Schule einzusetzen.

5 Dabei soll jeder Schüler ab der 9. Klasse jedes Jahr an einem ein-  
6 tägigen Erste-Hilfe Kurs in der Schule teilnehmen.

7 **Begründung:**

8 Jährlich sterben ca. 700.000 Menschen eines plötzlichen Herztodes,  
9 dies ist der häufigste Grund für eine reanimationspflichtige Situation.

10 Diese Zahl könnte deutlich gesenkt werden, wenn früh mit einer  
11 Reanimation begonnen wird. Pro Minute Herzstillstand verringert sich  
12 die Überlebenschance um 10% wenn keine Reanimation begonnen  
13 wird. Es ist sehr wichtig, wenn ein Mensch gefunden wird, der keine  
14 Atmung mehr hat und bewusstlos ist, dass zuerst Hilfe gerufen wird  
15 und dann mit der Wiederbelebung begonnen wird.

16 Irgendeine Reanimation ist besser als keine!

17 Viele haben Angst, bei einer Reanimation dem Menschen zu schaden,  
18 und wissen nicht wie man eine Reanimation durchführt. Die meisten  
19 lernen nur ein einziges mal, beim Erste-Hilfe Kurs für den  
20 Führerschein, wie reanimiert wird. Dies ist meist zu wenig, um sich  
21 sicher zu fühlen und im Ernstfall ohne Zögern mit einer Reanimation  
22 zu beginnen.

23 Wird hingegen ab der 9. Klasse der Erste-Hilfe Kurs auch in der  
24 Schule angeboten, lernen die Schüler wiederholt wie man  
25 wiederbelebt. Dadurch wird die Angst gemindert, etwas falsch  
26 machen zu können! Durch schnellere und bessere Reanimation  
27 können so viele Menschenleben gerettet werden, oft im direkten  
28 Familienumfeld.

29 Darüber hinaus ist grundlegendes Erste-Hilfe-Wissen auch in anderen  
30 Situationen hilfreich: Es verbessert die Genesungschancen bei allerlei  
31 Verletzungen durch richtige Erstversorgung. Es hilft beim Erkennen  
32 und Erstversorgen von Schock, Hitzeschlag, Dehydration,  
33 Unterzuckerung und vielen anderen Gesundheitsproblemen, die fast  
34 jedem in seinem Leben begegnen. Manche Probleme lassen sich durch  
35 das gesteigerte Problembewusstsein sogar vermeiden.

G4

Antragsteller: Kreisverband Merzig  
Wadern  
VERWIESEN AN LANDESAUSSCHUSS

1

## 2 Gesundheitliche Prävention im Sport

3

4

5 Sport ist ein wichtiger Bestandteil eines gesunden Lebensstils.

6 Menschen mit großer Oberweite sind hierbei im besonderen

7 benachteiligt. Durch die Kinetik, Geschwindigkeit und die Masse der

8 Brüste wirken ganz andere Kräfte als bei kleineren Oberweiten und

9 führen zu einer deutlich höheren Beanspruchung des Gewebes. Durch

10 die ungleich verteilte Last wirken im Besonderen starke Kräfte auf die

11 Wirbelsäule ein, woraus in den meisten Fällen Rückenschmerzen

12 resultieren.

13 Ohne vernünftige Oberbekleidung kann dies zu weiteren,

14 schwerwiegenden gesundheitlichen Schäden führen. Wenn die

15 Bewegung unzureichend abgefangen wird, führt dies häufig neben

16 Rückenschmerzen auch noch zu Nacken- und Kopfschmerzen, sowie

17 Schmerzen im Brust-, genauer im Drüsengewebe. Die Stützung durch

18 einen Büstenhalter soll eine dauerhafte Dehnung der Cooper-

19 Ligamente vermeiden, was zu einer irreversiblen Absenkung der

20 Brust führen kann. Daraus folgen Entzündungen der betroffenen

21 Hautpartie.

22 Die Suche nach dem richtigen Sport-Büstenhalter stellt sich vor allem

23 bei großer Oberweite als besonders schwierig heraus. Die meisten

24 Hersteller produzieren nur bis maximal D-Cup. Diese bieten dann

25 aber selbst für diese Größe wenig Halt und Stabilität. Jenseits davon  
26 ist es schon sehr schwierig einen vernünftigen BH zu finden, der auch  
27 unter Belastung hält was er verspricht. Hat sich ein entsprechendes  
28 Modell finden lassen, schreckt sicherlich der stolze Preis von um die  
29 100€ vom Kauf ab. Einige können sich dies auch einfach nicht leisten.  
30 Die Folge ist, dass Sie entweder einen schlecht sitzenden BH kaufen  
31 oder gleich einen normalen zum Sport tragen.

32 Schmerzen führen in der Regel dazu, dass wir Ihnen aus dem Weg  
33 gehen. Da aus oben genannten Folgen Schmerzen resultieren, führt es  
34 in vielen Fällen dazu, dass weniger Sport getrieben wird, und das vor  
35 allem von denjenigen, bei denen es gesundheitlich sinnvoll wäre  
36 Rückenmuskulatur zu Stärken um den - durch die Große Oberweite  
37 ohnehin schon existierenden - Nachteilen entgegen zu arbeiten.

38

39

40 Daher fordern wir, dass aus gesundheitlichen Gründen einmal pro Jahr  
41 die Kosten für einen Sport-Büstenhalter bei Körbchengrößen ab D-  
42 Cup von den Krankenkassen als Präventionsmaßnahme übernommen  
43 werden.

44

45

46 **Begründung erfolgt mündlich.**

47

11	Antragsteller: Kreisverband Neunkirchen <b>VERWIESEN AN LANDESAUSSCHUSS</b>
----	---

1  
2 **Keine gemeinsamen Datenpools von Polizei und**  
3 **Nachrichtendiensten**  
4  
5 Vor wenigen Wochen hat die Bundesregierung ihre „Digitale Agenda  
6 vorgestellt“ neben Breitbandausbau oder Förderung von Start Up’s ist  
7 gerade der Bereich Kontrolle und Überwachung des Internets  
8 zentrales Element der „Strategie“.  
9 Seit mehreren Jahren existieren sogenannte gemeinsamen Dateien,  
10 welche das Bundesverfassungsgericht im Grunde nach für  
11 verfassungsgemäß erklärt hat. Durch diese gemeinsamen Dateien  
12 können Behörden auf bislang faktisch getrennte Datenbestände  
13 zuzugreifen. Durch die Verabschiedung des Gemeinsame-Dateien-  
14 Gesetz wurde es Behörden möglich ehemals getrennte Datensätze zu  
15 vernetzen.

16 Diese Vernetzung von Datensätze untergaben institutionelle und  
17 grundrechtliche Garantien der Verfassung, welche gerade im Bereich  
18 der Digitalisierung und Vernetzung dynamisch zu interpretieren sind.  
19 So ist es unter der Leitung des BKA’s nun möglich die Datensätze  
20 von den beteiligten Behörden Bundeskriminalamt (BKA),  
21 Bundesnachrichtendienst (BND), Militärischer Abschirmdienst  
22 (MAD), Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV), Zollkriminalamt,  
23 die Landesverfassungsschutzbehörden, Polizeibehörden des Bundes  
24 und der Länder, Landeskriminalämter miteinander zu verknüpfen und  
25 prinzipiell schrankenlos auf diese zuzugreifen.  
26 Was Beispielhaft an der Antiterrordatei gezeigt werden kann ist  
27 sinngemäß auf andere gemeinsame Dateien, wie etwa die  
28 Rechtsextremismus-Datei, anzuwenden und könnte auch in anderen  
29 Bereichen zur Regel werden. Im Ergebnis darf es nicht zu einem  
30 Unterlaufen von verfassungsrechtlichen Grundsätzen führen. Dieses  
31 Unterlaufen fördert auf Seiten von Bürger\*innen die berechnete  
32 Unsicherheit darüber über welche Daten die spezifische Behörde  
33 verfügt oder verfügen kann und führt damit faktisch große Bereiche  
34 des Rechts auf informationelle Selbstbestimmung ad absurdum.  
35  
36  
37

1 **Die Landeskonzferenz der Jusos Saar fordert:**

2

3 • eine Abkehr von dem Konzept der gemeinsamen Datenpools

4 • eine Befugnis zur Beteiligung saarländischer

5 Sicherheitsbehörden an dem Abrufen von Daten aus

6 gemeinsamen Datenpools zu verhindern

12

Antragsteller: Kreisverband

Neunkirchen

VERWIESEN AN LANDESAUSSCHUSS

1

## 2 Keine Polizeigewalt im Rechtsstaat

3

4 In den letzten Monaten und Jahren konnte die Öffentlichkeit vermehrt

5 Zeuge davon werden, wie Polizeibeamten, welche sich doch gerade

6 die Wahrung der Rechtsordnung zur Aufgabe gemacht haben, selbst

7 strafrechtlich in Erscheinung traten. Insbesondere im Zusammenhang

8 mit Großdemonstrationen oder der erkennungsdienstlichen

9 Behandlung fremdländisch aussehender Bürger wurden immer

10 häufiger Fälle bekannt, in denen man von Polizeigewalt sprechen

11 kann. Damit sind sowohl rechtswidrige Eingriffe gegenüber Personen

12 gemeint, als auch rechtmäßige, die aber die Grenzen der

13 Verhältnismäßigkeit überschritten.

14 Jedoch hat die Debatte bis heute noch nicht die höchsten Ebenen der

15 Politik erreicht. Bislang hat keine Landes- oder Bundesregierung das

16 Thema Polizeigewalt auf ihre Agenda geschrieben. Kleine Erfolge

17 wie eine Kennzeichnungspflicht etwa in Rheinland-Pfalz sind dem

18 Engagement von Bürgerrechtsverbänden oder der politischen

19 Opposition zu verdanken. Stattdessen konzentriert sich die Politik fast

20 ausschließlich auf den umgekehrten Fall der Gewalt gegen Beamte.

21 So forderte erst kürzlich der Bremer Justizsenator Martin Günthner

22 deutlich härtere Strafen für Angriffe gegen Polizeibeamte. Gewalt

23 gegen Polizisten, Feuerwehrleute und Sanitäter sind selbstverständlich

24 strafrechtlich zu ahnden und dürfen nicht entschuldigt werden.

25 Dennoch ist hier eine klare Doppelmoral erkennbar, da das Problem

26 der Gewalt von Polizisten gegen Bürger fast vollständig ignoriert

27 wird. Es wird frei nach dem Motto gehandelt „Was nicht sein darf, das

28 kann auch nicht sein“.

29 In Zeiten der sozialen Medien, Smartphones und Handykameras ist es

30 einfacher geworden, derartige Fälle zu dokumentieren. Die

31 Verfolgung der Handlungen erscheint dagegen immer schwieriger zu

32 werden.

33 In Bundesländern wie dem Saarland, in denen keine

34 Kennzeichnungspflicht für Beamte besteht, ist es für Betroffene oft

35 gar nicht oder nur unter erschwerten Bedingungen möglich, die Täter

36 im Nachhinein zu identifizieren.

37 Ist die Identifikation dennoch gelungen, tritt häufig der Umstand ein,

38 dass Ermittlungsbehörden gegen eigene Kollegen ermitteln müssen.

39 Dabei entsteht ein begründet erhöhtes Risiko, dass Ermittlungen

40 verschleppt, Beweise nicht oder nicht ausreichend gewürdigt werden  
41 oder die Ermittlungen ergebnislos verlaufen.  
42 Kommt es doch zu einer Anklage des beschuldigten Beamten, ist in  
43 der Justiz häufig zu beobachten, dass Verfahren innerhalb kürzester  
44 Zeit eingestellt, fallengelassen oder mit einer Verwarnung oder  
45 geringen Geldbuße geahndet werden. Milde Strafen schaffen hier ein  
46 Klima, durch das sich Beamte vor Strafe sicher fühlen dürfen und  
47 Nährboden für künftige Straftaten bietet.  
48 Von einer systematischen Polizeiverfehlung wie in Diktaturstaaten  
49 kann in Deutschland zur Zeit sicher noch nicht gesprochen werden.  
50 Jedoch ist jeder einzelne Fall ein kleiner Bruch des Vertrauens in den  
51 Rechtsstaat, weswegen mittlerweile auch Amnesty International  
52 Richtlinien zur Eindämmung der Polizeigewalt erarbeitet hat. Als  
53 Jusos müssen wir diese Forderungen unterstützen.  
54 Die Kreiskonferenz möge daher beschließen:  
55 1. Eine allgemeine und bindende Kennzeichnungspflicht zur  
56 einfachen Identifizierung einzelner Beamte muss eingeführt werden.  
57 2. Sämtliche Polizei- und Vollzugsbeamte müssen während ihrer  
58 Ausbildung ein verstärktes Modul „Bürger-, Menschenrechte und  
59 Verhältnismäßigkeit“ besuchen, welches mit einer zu bestehenden  
60 Prüfung abschließt.

61 3. Es müssen unabhängige Ermittlungskommissionen eingesetzt  
62 werden, die Vorfälle von Polizeigewalt untersuchen und  
63 dokumentieren.  
64 4. Politik, Verwaltung, Justiz und die Öffentlichkeit muss durch  
65 konsequentes Aufzeigen der Umstände für das Problem sensibilisiert  
66 werden.  
67 5. Gewalt geschieht insbesondere dann, wenn Täter sich unbeobachtet  
68 fühlen. Polizeiwachen und Verhörräume müssen zum Schutz von  
69 Festgenommenen videoüberwacht werden, um Vorwürfe transparent  
70 zu machen.  
71 6. Eine Befugnis zur Videoüberwachung auf Demonstrationen ist  
72 auszuschließen.  
73 Begründung: mündlich  
74  
75

14

Antragsteller: Unterbezirk Saar Pfalz  
VERWIESEN AN LANDESAUSSCHUSS

1

2 **Kennzeichnungspflicht jetzt**

3

4 Analyse:

5

6 Im Zusammenhang mit dem Polizeieinsatz am 30. September 2010 in  
7 Stuttgart wurden 156 Verfahren gegen Polizist\*innen eingestellt, weil  
8 die Polizist\*innen nicht identifiziert werden konnten. Dies stellt ein  
9 Problem für einen Rechtsstaat dar, der zur Transparenz verpflichtet  
10 ist, wenn Straftaten nicht verfolgt werden können, weil Personen nicht  
11 identifiziert werden können. Die Gewerkschaft der Polizei sieht  
12 allerdings kein Problem mit der Identifikation  
13 von Polizeibeamt\*innen. Im Gegenteil sie sieht in der  
14 Kennzeichnungspflicht einen „Generalverdacht“ gegen  
15 Polizist\*innen. Stattdessen werden ganze Einheiten unter

16 Generalverdacht gestellt, weil einzelne Beamt\*innen nicht ermittelt  
17 werden können. Durch die Kennzeichnungspflicht lassen sich  
18 Polizist\*innen ermitteln und Einheiten bekommen  
19 nicht das Image von „Schlägertrupps“. Welches leider teilweise  
20 gewollt scheint.

21

22 Jede\*r Polizist\*in ist, auch bei chaotischen Situationen, für das was  
23 er\*sie tut selbst verantwortlich. Wenn der\*die Polizeibeamte von  
24 vornherein weiß, dass er\*sie durch Anonymität geschützt ist läuft das  
25 auf eine Paramilitarisierung der Polizei hinaus. Wer  
26 etwas verheimlicht, hat etwas zu verbergen. Dass sich der Bürger  
27 ausweisen muss, die Polizeibeamt\*innen jedoch nicht, sieht der  
28 Hamburger Polizei-Professor Rafael Behr als  
29 „eines der Geheimnisse des staatlichen Gewaltmonopols in  
30 Zentraleuropa. Der Staat genießt eine Vormachtstellung, er darf  
31 kontrollieren, lässt sich selbst aber nicht gerne von  
32 der Bevölkerung in die Karten schauen. Das ist anders als im  
33 angloamerikanischen Raum. Dort wird der Sheriff von den Bürgern  
34 gewählt. Wir leben staatstheoretisch immer noch in der Tradition des  
35 aufgeklärten Absolutismus, da wird davon ausgegangen, dass etwa  
36 das Verhalten der Polizei rechtsstaatlich immer in Ordnung ist, weil es

37 vom Staat ausgeht, und keiner weiteren Kontrolle mehr bedarf.“In  
38 Berlin und Brandenburg gibt es bereits eine  
39 Kennzeichnungspflicht, die Erfahrungen sind dort sehr positiv. Es  
40 wurde niemand aufgrund seiner Nummer identifiziert oder  
41 unberechtigt angezeigt. Auch in anderen Ländern wie z.B.  
42 England gibt es kein Problem mit der Kennzeichnungspflicht. Durch  
43 die Anonymität kann der\*die Bürger\*in die Polizei nicht  
44 kontrollieren. Zur Demokratie gehört Transparenz. Durch  
45 eine Kennzeichnungspflicht und die Schaffung einer unabhängigen  
46 Kontrollinstanz zur Untersuchung von Polizeigewalt wird diese  
47 Transparenz gegeben.

48

49 Forderung:

50

- 51 •die Kennzeichnungspflicht für Polizist\*innen.
- 52 •die Schaffung einer unabhängigen Kontrollinstanz zur Untersuchung
- 53 von Polizeigewalt
- 54 •eine lückenlose Aufklärung von Anzeigen gegen Polizist\*innen.
- 55 •die Einführung einer Innenrevision
- 56 •die Weiterleitung an den SPD Landesparteitag und die SPD
- 57 Landtagsfraktion

58

59 Begründung:

60 - erfolgt mündlich -

15

Antragsteller: Kreisverband St.  
Wendel

VERWIESEN AN LANDESAUSSCHUSS

1

2 **Mobilität junger Menschen in der Großregion stärken**

3

4 Die Juso-Landeskonferenz möge beschließen:

5

6 Der öffentliche Personennahverkehr in der Großregion Saarl-Lor-Lux  
7 und Rheinland-Pfalz ist gekennzeichnet durch eine Vielzahl an

8 Verkehrsverbänden und kaum aufeinander abgestimmte Bahn- und

9 Busfahrzeiten. In der Großregion überwinden täglich nicht nur mehr  
10 als 200.000 Berufspendler\_innen regionale oder nationale Grenzen,  
11 sondern auch viele Auszubildende, Schüler\_innen und Studierende.

12 Das Angebot und die Leistungsfähigkeit des grenzüberschreitenden  
13 ÖPNV sind nicht mehr zeitgemäß. Lange Wartezeiten, wegen nicht

14 abgestimmten Fahrplänen, oder das umständliche Umsteigen an vielen  
15 Bahnhöfen sehen viele Pendler\_innen als Hindernisse an, wodurch sie  
16 nicht bereit sind, auf den umweltschonenden ÖPNV umzusteigen.

17 Die neue Informationsplattform „mobiregio“ stellt einen ersten Schritt  
18 in der Kooperation und Vernetzung des öffentlichen

19 Personennahverkehrs in der Großregion dar, ist aber noch weit

20 entfernt von einer optimalen grenzüberschreitenden

21 Verkehrsinfrastruktur. Neben den Berufspendler\_innen sind vor allem

22 Schüler\_innen, Studierende und Auszubildende die Leidtragenden.

23 Eine stärkere Zusammenarbeit der Universität und HTW des

24 Saarlandes sowie der Hochschulen in der Großregion (Trier, Mainz,

25 Kaiserslautern, Koblenz-Landau, Speyer, Luxemburg, Metz, Nancy)

26 mit den jeweiligen Regierungen und den lokalen Verkehrsverbänden

27 könnte zu einer Optimierung der grenzüberschreitenden Mobilität

28 beitragen.

29 Zur Stärkung des Hochschullandschaft sowie zur

30 Attraktivitätssteigerung des öffentlichen Personennahverkehrs in der

31 Großregion SaarLorLux und Rheinland-Pfalz fordern die Jusos Saar

32 die saarländische Landesregierung dazu auf, Initiativen zu ergreifen,

33 die die länder- und verkehrsverbundüberschreitende Mobilität von

34 Studierenden und Auszubildenden erhöhen und zugleich zu weniger

35 automobilen Verkehrsaufkommen führen. Ziel der zu ergreifenden

36 Maßnahmen ist ein grenzüberschreitendes öffentliches

37 Verkehrsverbundsystem für SchülerInnen, Studierende und

38 Auszubildende für den gesamten ÖPNV im SaarLorLux-Raum, das  
39 auch für Rheinland-Pfalz gültig ist.  
40 Zur Finanzierung eines solchen grenzenlosen "Mobilitätstickets"  
41 fordern die Jusos Saar die Einrichtung eines entsprechenden Fonds, in  
42 den alle Beiträge der Semestertickets der verschiedenen Universitäten  
43 und Hochschulen sowie finanzielle Mittel aus dem Europäischen  
44 Fonds für Regionale Entwicklung (EFRE) einfließen. Eine  
45 unterstützende Finanzierung durch Steuermittel wäre aus sozialen  
46 Erwägungen denkbar.  
47  
48  
49 Begründung: Erfolgt mündlich.  
50

18

Antragsteller: Kreisverband Merzig  
Wadern  
VERWIESEN AN LANDESAUSSCHUSS

1

2 **Anbindung des Saarlandes an den Schienenfernverkehr**

3

4 Analyse

5

6 Die Anbindung des Saarlandes an das Fernverkehrsnetz der  
7 Deutschen Bahn wird in den letzten Jahren sukzessive reduziert und  
8 soll in Zukunft noch weiter zurückgeschraubt werden.

9 Die ICE-Verbindungen nach Paris und Frankfurt (Main) seit Juni  
10 2007 werden nach jüngstem Beschluss der DB auf täglich 4 Züge

11 reduziert. Außerdem sollen ab 2016 Verbindungen mit InterCity und  
12 EuroCity in andere deutsche oder europäische Großstädte gestrichen  
13 werden.

14 Damit wäre das Saarland vom Schienenfernverkehr faktisch  
15 abgekoppelt.

16

17

18 Wir fordern

19

20 Es darf keinen Wegfall der InterCity- und EuroCity-Linien von und  
21 nach Saarbrücken geben, die Anbindung des Saarlandes an den  
22 bundesweiten Schienenfernverkehr muss langfristig garantiert sein.

23 Wir fordern daher die saarländische Landesregierung auf, sich für den

24 Erhalt der regelmäßigen Verbindungen einzusetzen. Ein ersatzloser

25 Abbau der nationalen Fernverkehrsverbindungen des Saarlandes darf

26 nicht akzeptiert werden.

27

28 Begründung

29

30 Erfolgt mündlich.

31

32

01

Antragssteller: Unterbezirk Saarlouis  
VERWIESEN AN LANDESAUSSCHUSS

2

3 „El pueblo unido...“ – bitte was?!

4 Jedes Jahr am 1. Mai schließen wir uns als Juso des Landesverbandes  
5 Saar der Kundgebung des DGB in Saarbrücken an. Und in den  
6 vergangenen Jahren waren es auch meistens wir als Jusos, welche  
7 gemeinsam im Chor Arbeiter\*innenlieder von sich gaben. Oft  
8 gedrängt um eine\*n Genoss\*in, welche\*r ein mehr oder weniger altes  
9 Liederbüchlein oder ein paar altersschwache Kopien mit  
10 sozialistischem Liedgut dabei hatte.

11 In den vergangenen Jahren zeigte sich aber auch, dass immer weniger  
12 neue und junge Genoss\*innen mit den Texten der  
13 Arbeiter\*innenebewegung etwas anfangen, geschweige denn die Texte  
14 auswendig mitsingen konnte. Und auch bei Genoss\*innen die schon  
15 länger Mitglied unseres Verbandes sind reicht es oft leider nur für den

1

16 Refrain einiger bekannter Texte. Eine geschichtliche Einordnung und  
17 die Bedeutung vieler traditioneller Stücke in ihrer Entstehungszeit ist  
18 vielen Genoss\*innen mittlerweile fremd.

19 Als Jusos im Landesverband Saar haben wir in den vergangenen  
20 Jahren versucht diese Lücke teilweise durch  
21 Arbeiter\*innenliederseminare und durch gemeinsames singen auf  
22 Veranstaltungen wie dem Sommercamp zu schließen. Außerdem gibt  
23 es die gute Tradition die „Internationale“ als Lied der sozialistischen  
24 Bewegung am Ende jeder Landeskonzferenz gemeinsam zu singen.  
25 Um jedoch auch noch weitere Lieder stärker ins Bewusstsein der  
26 Genossinnen und Genossen zu rufen, sowie die Möglichkeit sich im  
27 Vorfeld von Veranstaltungen wie beispielsweise dem 1. Mai leicht  
28 über Arbeiter\*innenlieder zu informieren fordern wir:

29

- 30 • *Dass der Kreisverband und der Landesverband einen*  
31 *Arbeitskreis bilden und ein Arbeiterliederbuch hierzu*  
32 *erstellen. Ebenfalls soll ein Singkreis gebildet werden.*

33

34

02

Antragssteller: Unterbezirk Saar Pfalz  
VERWIESEN AN LANDESAUSSCHUSS

1

2

3 **Der Wahlkampf und die JUSOS**

4

5 Jusos sollten sich bei Personenwahlen oder Direktwahlen in Zukunft  
6 nur am Wahlkampf einer Person in der SPD beteiligen, wenn diese  
7 sich persönlich im Unterbezirk Saarpfalz  
8 vorgestellt hat und sich im Vorfeld ausgiebig für die Zusammenarbeit  
9 bedankt. Es soll der einfache Grundsatz gelten: „Ich hänge keine  
10 Plakate von Personen auf, deren Hand ich nicht zuvor persönlich  
11 geschüttelt habe.“

R2

Antragssteller: Unterbezirk Saar Pfalz  
VERWIESEN AN LANDESAUSSCHUSS

2

3 **Mehr direkte Demokratie auf kommunaler Ebene**

4

5 Analyse:

6

7 Die Bedeutung der Kommunen bei der Bevölkerung ist größer als bei

8 Bund und Länder, da sie als direkte Ansprechpartner dienen sollen.

9 Jedoch sieht man schnell bei der Wahlbeteiligung der letzten Jahre auf

10 kommunaler Ebene, dass die Interessensvertretung

11 im Gemeinde- bzw. Stadtrat keinen hohen Stellenwert bei den

12 Bürgerinnen und Bürgern hat. In Abbildung 1 wird exemplarisch die

13 Wahlbeteiligung der Kommunalwahl 2014 mit der

14 Wahlbeteiligung der letzten Bundestagswahl in St. Ingbert im

15 Saarland verglichen. Ein Unterschied von über 20 Prozent bekräftigt

16 die Annahme des geringen Stellenwertes der Kommunalvertretung

17 und der damit einhergehenden Legitimationskrise. Ausgehend davon,

1

18 dass sich lediglich die Hälfte der Wahlberechtigten vom aktuellen

19 Wahlsystem angesprochen fühlt, kann man eine Verstärkung der

20 direkten Demokratie als einen Lösungsansatz sehen.

21 Die Wahl und Abwahl der kommunalen Exekutiven erfolgt

22 zurzeit systemunlogisch. Der Bürgermeister wird seit einer

23 flächendeckenden Reform im Jahre 1994 direktdemokratisch gewählt.

24 Die Abwahl ist allerdings wesentlich komplizierter. Hierzu ist der

25 Gemeinderat essentiell. Der Wähler, der dem Bürgermeister noch sein

26 Vertrauen aussprechen durfte, kann sein Misstrauen nicht offen und

27 direkt äußern. In §58 Abs. 1 des Kommunalselbstverwaltungsgesetzes

28 ist geregelt, dass die Hälfte der Gemeinde- bzw.

29 Stadtratsmitglieder einen Antrag auf Abwahl stellen müssen. Danach

30 muss dieser Antrag zu zwei Drittel Mehrheit im Gemeinderat

31 beschlossen werden. Sollten die Antragssteller diese

32 Mehrheit zur Beschlussfassung nicht erreichen können, so wird der

33 Antrag abgelehnt.

34 Nachdem diese institutionelle Hürde überwunden wurde, geht die

35 Beschlussfassung in

1 Form einer Abwahl an die Wahlberechtigten der Gemeinde. Die  
2 Wählerinnen und Wähler werden also als letzte Instanz gesehen.  
3  
4 Durch diese schwierige institutionelle Hürde ist es nicht  
5 verwunderlich, dass im Saarland erst einmal eine solche Abwahl  
6 erfolgte. Schenkt man dem Volk das Vertrauen ihre kommunale  
7 Exekutive per Direktwahl zu wählen,  
8 so wäre es nur systemlogisch, wenn auch die Möglichkeit einer  
9 direkten Abwahl bestünde. Ein weiterer Punkt für den Ausbau der  
10 direkten Demokratie auf Kommunalebene, ist die  
11 Wahl des Stadt-bzw. Gemeinderats. Die Erhaltung der „starren“ Liste  
12 grenzt an ein Armutszeugnis der saarländischen Kommunalpolitik.  
13 Nimmt man dem Wähler schon die Mitsprache bei der  
14 innerparteilichen Listenaufstellung, so verwehrt man sie ihm  
15 weiterhin im Wahlgang. Die saarländischen Wahlberechtigten haben  
16 lediglich die Möglichkeit die vorher angefertigte Liste zu wählen.  
17 Betrachtet man das Wahlsystem des Nachbarlandes Rheinland-Pfalz  
18 und vergleicht es mit dem saarländischen, so wird das  
19 Demokratiegefälle umso deutlicher. Seit der Reform 1989  
20 hat in Rheinland-Pfalz jeder Wahlberechtigte so viele Stimmen, wie  
21 Gemeinderatsmitglieder zu wählen sind. Zudem kann der Wähler  
22 einer Person bis zu drei Stimmen geben

23 (kumulieren) und er kann seine Stimmen an verschiedene  
24 Wahlvorschläge geben (panaschieren). Dies bedeutet, dass er die  
25 Möglichkeit hat einen Kandidaten auf der Liste zu bevorzugen und  
26 dadurch eben andere Kandidaten benachteiligt. Zusätzlich steht es ihm  
27 frei zwischen den Listen der einzelnen Parteien zu wechseln. Es  
28 besteht nicht die konsequente Pflicht einer Parteienbindung, wie das  
29 im Saarland der Fall ist. Dringender Handlungsbedarf besteht, da das  
30 Saarland das einzige Bundesland ist, das nach diesem  
31 veralteten Verfahren heute noch wählt.  
32  
33 Die Versammlung möge daher folgende Punkte beschließen:  
34  
35 Forderung:  
36  
37 1) Eine Abänderung des § 58 Abs. 1 des KSVG, sodass der  
38 Bürgermeister von den Bürgerinnen und Bürgern per Direktwahl  
39 abgewählt werden kann, wenn ein 2/3 Quorum  
40 erfüllt ist und mindestens 40% Wahlbeteiligung herrscht. Der  
41 Gemeinderat, als institutionelle Hürde kann dabei übergangen werden.  
42 2) Die Abschaffung von § 38 Abs. 2 des SaarlKWG und somit die  
43 Abschaffung der „starren

- 1 Liste“. Anstelle dessen, soll der Wähler so viele Stimmen erhalten,
- 2 wie Gemeinderatsmitglieder zu wählen sind. Die Möglichkeit von
- 3 „panaschieren“ und „kumulieren“ soll zeitgleich eingeführt werden.

4 !

5 Begründung:

6

7 - erfolgt mündlich -

R3

Antragssteller: Unterbezirk Saar Pfalz  
VERWIESEN AN LANDESAUSSCHUSS

2

3 **Entkriminalisierung von Cannabis - Chancen nutzen**

4

5 Analyse:

6

7 Seit dem Einheitsabkommen über Betäubungsmittel vom 30 März  
8 1961 ist Cannabis nun in über 180 Staaten der Welt illegal. Die SPD  
9 Saar hat schon seit Jahren die Beschlusslage, dass dieser Zustand zu  
10 ändern ist. Es haben sich in den letzten Monaten auf der Welt, wie  
11 auch in Deutschland, wieder Menschen gegen dieses Abkommen  
12 gestellt, seinen es die Strafrechtsprofessoren die unlängst ihre Petition  
13 zur Entkriminalisierung von Cannabis an den Bundestag gerichtet  
14 hatten, oder die Legalisierung in Uruguay, Colorado oder  
15 Washington. Wie hier zu erkennen ist, hat selbst der Initiator des  
16 Abkommens, nämlich die USA, seine Schranken deutlich gelockert,  
17 so ist Cannabis in nunmehr 11 Staaten der USA als Medizin  
18 zugelassen, gemessen an diesen Fakten scheint es unbillig, dass

1

19 Konsumenten in Deutschland immer noch in die Illegalität gedrängt  
20 werden. Dieses Problem konnte auch bisher, von keiner  
21 Drogenbeauftragten der Bundesregierung, erläutert  
22 werden. Die Drogenbeauftragte der schwarz/gelben -  
23 Vorgängerkoalition Frau Dykmanns erläuterte, dass Cannabis wohl  
24 aufgrund der gesellschaftlichen Entwicklung illegal wäre, da  
25 Alkohol eher, als Cannabis, als Volksdroge angesehen werden könne.  
26 Diese These ist klar zu verneinen da der letzte Bundessuchtbericht,  
27 wie die Welt am 25.11.13 in einem Artikel mit dem Namen  
28 "Deutschland wird zur Kiffer -Republik", eine Zahl von ca 2 - 4  
29 Millionen Konsumenten in Deutschland feststellt hat. Frau Dr. Merkel  
30 argumentiert auch nicht anders als ihre ehemalige Drogenbeauftragte,  
31 sie sagt auch das Alkohol eine gesellschaftlich anerkannte Droge wäre  
32 und deshalb legal sei, um das Argument der Regierung zu entkräften  
33 verweise ich auf die oben genannte Zahl der Konsumenten laut dem  
34 letzten Bundessuchtbericht, somit ist auch ihre Argumentation  
35 hinfällig und bedarf der Reflektion, jedenfalls wenn man den Zahlen  
36 Glauben schenken

1 darf, die unter ihrer Regenschaft, von ihren Ministerien,  
2 veröffentlicht wurden. Zusammenfassend ist also festzustellen das  
3 kein vernünftiges Argument dafür besteht, dass Cannabis weiterhin in  
4 der Illegalität anzutreffen sein sollte, auch medizinisch ist kein  
5 Grund erkennbar, denn wenn Die Regierung es für richtig hält ein  
6 Freihandelsabkommen mit den USA zu schließen und die dort  
7 üblichen Marktstandards in der EU einzuführen und  
8 Cannabis dort in 11 Staaten als Medizin gehandelt wird, so ist es nicht  
9 ersichtlich, wieso dann eine erhöhte Gesundheitsgefährdung von  
10 dieser Substanz ausgehen sollte.

23 Begründung:

24

25 - erfolgt mündlich -

11

12 Forderung:

13

14 – Die Einführungen sog. Cannabis Social Clubs d.h. Kommunen und  
15 Gemeinden sollten berechtigt sein Cannabis anzubauen und dieses an  
16 Personen über 21 abzugeben.

17 – Die daraus gewonnenen Steuern sollten wie in Colorado, in Schulen  
18 und Preventionsarbeit investiert werden, um einen besseren Umgang  
19 mit Drogen im allgemeinen zu ermöglichen, sowie die  
20 Bildungseinrichtungen zu stärken.

21

22

R4

Antragssteller: Unterbezirk Saar Pfalz  
VERWIESEN AN LANDESAUSSCHUSS

2

3 **Abzocke ausbremsen - für eine Neureglung der**

4 **Geschwindigkeitsüberwachung im Straßenverkehr**

5

6 Analyse:

7

8 Die Jusos Homburg setzen sich für mehr Sicherheit im Straßenverkehr

9 und gegen die reine Aufbesserung der staatlichen Finanzen ein. Daher

10 soll 90% der mobilen und 100% der stationären

11 Geschwindigkeitsüberwachung, in vorab von einer Kommission aus

12 Polizei, Vertreter des Staates sowie Automobilverbänden festgelegten

13 Straßenabschnitten stattfinden. Diese Straßenabschnitte sollen primär

14 auf Grund von Unfallhäufigkeiten und Gefahrenstellen

15 ausgewählt werden. Eine Überprüfung der Abschnitte findet alle 3

16 Jahre statt. Zur weiteren Erhöhung der Sicherheit im Straßenverkehr

17 werden alle Straßenabschnitte mit erhöhtem Gefährdungspotential und

18 die Position aller stationären Geschwindigkeitsüberwachungsanlagen

1

19 veröffentlicht, damit diese in Karten von Navigationssystemen

20 implementiert werden können. Wir fordern daher:

21

22 Forderung:

23

24 1. Eine Kommission aus Polizei, Vertreter des Staates sowie

25 Automobilverbänden soll gegründet werden und ihre Arbeit

26 aufnehmen

27 2. Eine entsprechende Rechtsverordnung soll auf den Weg gebracht

28 werden

29 3. Keine Blitzerfinanzierung durch private Firmen oder Institutionen!

30

31 Begründung:

32

33 - erfolgt mündlich -

**WAS2**

Antragssteller: Kreisverband St.  
Wendel  
VERWIESEN AN  
LANDESAUSSCHUSS

1

2 **Aktive Arbeitsmarktförderung stärken**

3

4 Die Juso-Landeskonferenz möge beschließen:

5

6 Wenn es um die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit geht, wird viel um  
7 Effizienz und Effektivität staatlicher Maßnahmen debattiert. Dabei sind  
8 die aktiven arbeitsmarktpolitischen Leistungen von großer Bedeutung für  
9 den sogenannten Zweiten Arbeitsmarkt und setzen an der beruflichen  
10 Weiterbildung sowie Qualifizierung von Beschäftigten an, die auf dem  
11 regulären Arbeitsmarkt keine Aussichten auf ein  
12 Beschäftigungsverhältnis haben, so z.B. Langzeitarbeitslose. Ein  
13 Modellprojekt für den Zweiten Arbeitsmarkt war z.B. die unter der  
14 schwarz-gelben Bundesregierung eingeführte „Bürgerarbeit“.  
15 Bürgerarbeit ermöglicht es, Langzeitarbeitslosen, die im Bezug von  
16 Leistungen nach dem SGB II stehen, nach Absolvieren einer  
17 Aktivierungsphase eine sozialversicherungspflichtige Arbeit im

1

18 gemeinnützigen Bereich anzubieten. Dabei handelt es sich um befristete  
19 Arbeitsverhältnisse mit einem Arbeitsumfang von maximal 30  
20 Wochenarbeitsstunden. Durch die Initiative sollen möglichst viele  
21 Langzeitarbeitslose durch qualitativ gute und konsequente Aktivierung  
22 wieder in den allgemeinen Arbeitsmarkt integriert werden. 2014 wird  
23 dieses Modellprojekt auslaufen, die Bundesregierung unter Angela  
24 Merkel sah keinerlei Gründe für eine weitere finanzielle Förderung des  
25 Projektes. Im Saarland werden dadurch voraussichtlich 1.103  
26 Bürgerarbeiter zurück in Hartz IV geschickt.  
27 Für die Kommunen bringt das Ende der Bürgerarbeit ebenfalls schlechte  
28 Auswirkungen mit sich, denn die Beschäftigungsmaßnahmen auf dem  
29 Zweiten Arbeitsmarkt dienen vor allem auch dem öffentlichen Interesse,  
30 d.h. die Leistungen werden für die Allgemeinheit erbracht. In den  
31 Kommunen leisteten Bürgerarbeiter primär solche Dienste, für die diese  
32 sonst keine finanziellen Mittel haben.  
33 Unter Schwarz-Gelb wurden immer wieder massive Kürzungen im  
34 Bereich der finanziellen Mittel für die aktive Arbeitsmarktförderung  
35 vorgenommen. Diese Kürzungen werden sich besonders zulasten der

36 Eingliederungsleistungen und Förderung von Langzeitarbeitslosen  
37 auswirken.  
38 Die neue Bundesregierung wird daher aufgefordert, der verfehlten  
39 Arbeitsmarkt- und kurzfristigen Fiskalpolitik von Schwarz-Gelb  
40 entgegenzuwirken, durch eine zukunftsorientierte Arbeitsmarktpolitik,  
41 die eine Bereitstellung weiterer finanzieller Fördermittel im Bereich der  
42 aktiven Arbeitsmarktförderung vorsieht.  
43  
44 Begründung: Erfolgt mündlich.  
45